

8 *9 Jahre Buchklub*
ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XI. JAHRGANG 1934

2.

HEFT / FEBRUAR

Schoen: Die Agrarstruktur des Ostseeraumes

utensach: Geopolitische Eindrücke einer Ostasienreise

Gross: Die Türkei und Europa

Fester: Das Chacoproblem III

Colin Ross: Auseinandersetzung mit Spengler

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinckel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83
Fernsprecher: H 9, Schmargendorf 2234

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XI. JAHRGANG / HEFT 2 / FEBRUAR 1934

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Walter Granzow: Das Bauerndorf</i>	83
<i>Max Schoen: Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum</i>	84
<i>Hermann Gross: Die Türkische Republik und Europa</i>	92
<i>Hermann Lautensach: Geopolitische und wehrgeographische Eindrücke von einer Ostasienreise</i>	99
<i>Gustav Fester: Das Chacoproblem III</i>	111

BERICHTE

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	114
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	119

GRUNDFRAGEN

<i>Colin Ross: Gedanke und Tat im Weltgeschehen</i>	126
<i>Hans Offe: Zum Problem der Staatspersönlichkeit</i>	132

LITERATURBERICHTE

<i>Karl Haushofer: Hans Spethmanns Werk und die Geopolitik</i>	142
<i>Oskar Aust: Weltmacht Japan</i>	143
<i>Hans Hummel: Büchertafel</i>	144

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelnen M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postscheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Oskar Aust, Berlin-Britz, Onkel-Bräsig-Str. — Prof. Dr. Gustav Fester, Santa Fé, Argentinien, Gobernador Candiotti 1059 — Ministerpräsident a. D. Walter Granzow, Berlin W 8, Wilhelmstr. 67 — Dr. Hermann Gross, Leipzig C 1, Leplaystr. 51 — Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des Geopolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., o. Professor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Hans Hummel, Berlin W 15, Lietzenburgerstr. 38 — Dr. Hermann Lautensach, a. o. Professor a. d. Universität, Gießen, Ostanlage 25 — Dr. Hans Offe, z. Zt. Südafrika, Anschrift durch Verlag — Colin Ross, z. Zt. USA, Anschrift durch Verlag — Max Schoen, Leipzig S 3, Brandvorwerkstr. 31^{II} — Rupert Schumacher von Tännengau, Berlin-Charlottenburg, Oranienstr. 17.

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

WALTER GRANZOW:**Das Bauerndorf**

Unter Hinweis auf den Aufsatz von Wiedemann, Das Fabrikdorf (November 1933), stellt uns Ministerpräsident a. D. Granzow die nachfolgenden kurzen Ausführungen zur Verfügung. War von Wiedemann Siedlungsintensivierung durch Industriesiedlung, also eine Förderung gemäßigter Verstädterung als notwendig bezeichnet, so weist Granzow demgegenüber auf die Ziele des Reichsbauernführers hin: sie streben Bildung in sich weitgehend geschlossener Landschaften an mit betont bäuerlich-handwerklicher Bevölkerung, sie wollen Bildung verwurzelter Städte ohne die Verfallsmerkmale der Verstädterung.

Die Schriftleitung.

Unter den vielen Aufgaben, die der Kanzler seinen Mitarbeitern im Kabinett gestellt hat, steht die Siedlung an erster Stelle. Sie schafft nicht nur durch die erforderlichen Bauten der Häuser, Höfe und Straßen sofort für alle Zweige des Handwerks neue Arbeit, sondern auch jungen Familien neue Ziele und ihren Kindern eine Heimat.

Es ist auch in weiten Kreisen ihre zwiefache Wertung mit besonderem Interesse erkannt, denn wir finden täglich in den Tageszeitungen und Zeitschriften neue Vorschläge, neue Forderungen für die Siedlung. Aus der Unterschiedlichkeit der Verfasser erklärt sich die Verschiedenheit der Tendenz solcher den Regierungsstellen und der Presse zahlreich vorgelegten Arbeiten.

Soweit der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an diesen Aufgaben beteiligt ist, handelt es sich um die Schaffung neuen Bauerntums, wie sie der Reichsbauernführer Darré in dem von ihm vorgeschlagenen, vom Kabinett am 14. 7. 1933 erlassenen Gesetz gefordert hat. Wer seine Absichten verstehen will, muß seine Schriften kennen, denn für den Reichsbauernführer handelt es sich um eine staatspolitische Aufgabe von außerordentlich weitgehender Bedeutung.

Das Reichserbhofgesetz vom 29. 9. 1933 ist mit folgenden Sätzen begründet:

Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten.

Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.

Es soll auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet.

Solche Gesetze sind auch dringend notwendig gewesen, um eine Auswanderung zu vermeiden, wie sie in vergangenen Jahrzehnten alljährlich zum Schaden des

deutschen Volkstums stattfand. Wenn es zutrifft, daß 16 Millionen Deutsche mit ihren Nachkommen bereits 1914 „drüben“ und „draußen“ waren, so versteht man nach allen Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte die dringende Notwendigkeit der Schaffung der Bauerngesetze noch viel mehr.

Der Bauernhof als Sitz eines Geschlechts ist ein Familienbetrieb im besten Sinn. Wenn nach langen Monaten eiliger Arbeit vom März bis Oktober die Ernte geborgen ist, warten die kurzen Wintertage schon wieder mit besonderen Aufgaben. Bei richtiger Bemessung der Anbauflächen auf die einzelnen Fruchtarten ergibt sich eine Arbeitsverteilung, die alle im Sommer benötigten Hilfskräfte auch im Winter nützlich beschäftigt.

Die Agrarpolitik der heutigen Zeit nimmt Rücksicht auf diese notwendigen Maßnahmen. Mit der Vermehrung der Fruchtarten wird neben der verbesserten Arbeitsverteilung auch eine Verringerung des Gesamtrisikos im Anbau verbunden sein. Durch vielseitige, dem Klima und Boden angepaßte Eigenerzeugung verringert sich die Abhängigkeit vom Markte, und es steigert sich die Stetigkeit der Erzeugung für den Verbraucher.

Wo man beim häuslichen Fleiß der Frauen im Winter beim Spinnen und Weben, beim Flechten und Stricken rückschauend der Leistungen der Vorfahren gedenkt, knüpfen sich durch neue Arbeiten gleichzeitig echte Beziehungen zu den nachkommenden Generationen.

Wenn wir in allen Gauen des Reiches in solcher Erkenntnis neue Dörfer bauen, neue Straßen schaffen, dann werden aus Marktflecken kleine Landstädte. Dort werden in wachsender Zahl die Berufe des selbst schaffenden Mittelstandes neue Aufträge, neue Arbeit finden. In solchen Kleinstädten wird mit emsigem Fleiß des Meisters hier und da aus einer Werkstatt eine Fabrik entstehen; aber der echte Träger der inneren Kolonisation unserer dünn bevölkerten Gebiete wird mit Arbeitern und Gesellen die breite Schicht des Mittelstandes in Stadt und Land, werden Bauer und Bäuerin, Meister und Meisterin mit ihren Kindern sein. Auch bei der Schaffung neuen Bauerntums steht genau wie in der Gesamtzielsetzung der Staatspolitik Adolf Hitlers der Mensch im Mittel aller Maßnahmen.

MAX SCHOEN:

Wandlungen der Agrarstruktur im Ostseeraum

Die politische Karte Europas zeigt uns neun unmittelbare Anlieger der Ostsee, von denen aber nur fünf als eigentliche Ostseestaaten bezeichnet werden können. Der Anteil der UdSSR. äußert sich nur in dem berühmten „Fenster“ bei Leningrad. Deutschland ist zwar ein typischer Ostseeanlieger, der politisch und wirt-



schaftlich die Geschehnisse des Ostseeraumes wesentlich mitbestimmt, aber kein eigentlicher Ostseestaat. Schließlich sind Polen und Litauen zwar heute wieder Anrainer der Ostsee, wie es ihre Mutterzelle, das Königreich Polen bis zu seiner Auflösung, gewesen ist, aber ihnen mangelt das, was man die „Ostseementalität“ nennen

möchte. Es fehlt ihnen vor allem die germanische Prägung, die alle eigentlichen Ostseeanlieger haben. So bleiben denn fünf echte Ostseeländer übrig, denen man als sechstes Norwegen anschließen kann. Zwar gehört es lagegeographisch nicht zu den eigentlichen Ostseestaaten, doch ist es kulturell eng mit ihnen verbunden. Vor allem aber hat es — was in diesem Zusammenhange besonders beachtenswert ist — gerade in agrarhistorischer Hinsicht so viele Berührungspunkte mit den beiden Nachbarn, Dänemark und Schweden, mit denen es auch politisch ja vielfach gleiche Wege gegangen ist, daß man es ohne Zwang dem skandinavisch-baltischen Staatenkomplex angliedern kann.

Der so umrissene Ostseeraum läßt sich in zwei Unterabteilungen zu je drei Staaten zerlegen: in eine nordgermanisch-skandinavische mit Schweden, Norwegen, Dänemark und eine finnisch-baltische, die Finnland, Estland und Lettland umfaßt. Daß allen diesen Staaten trotz mancher Gegensätze im einzelnen das germanische Kulturgepräge eigen ist, braucht an dieser Stelle nicht besonders bewiesen zu werden. Die enge Verbundenheit der baltisch-finnischen Ländergruppe mit dem germanischen Kulturkreis ist bekannt genug. Für unsere Zwecke genügt es, auf zwei besonders markante Tatsachen aus der geistigen und wirtschaftlich-sozialen Sphäre hinzuweisen. Die geistige Kultur aller sechs Staatsvölker ist eine durch und durch protestantische, sogar von einer spezifisch lutherischen Prägung. Nirgends sonst auf der Erde findet sich ein weiteres Religionszentrum dieser Art. Auf diese Weise hebt es sich als eine Einheit von der übrigen Welt ab. Eine zweite Tatsache beweist, daß diese Staaten auch soziologisch eine Einheit bilden, denn der Ostseeraum ist der einzige Bezirk auf der Erde, wo das Anerbenrecht, die Sitte der ungeteilten Vererbung des bäuerlichen Grundbesitzes, die Agrarstruktur entscheidend bestimmt. Gerade diese Tatsache gibt das Recht zu einer gesonderten Betrachtung der Agrarstruktur der Ostseestaaten, deren Flächenräume und Bevölkerungszahlen aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen sind:

Tabelle I¹⁾

Staaten	Flächenraum in qkm	Bevölkerungs- zahl	Bevölkerungs- dichte
A. Nordgermanischer Block	815 180	12 011 654	14,7
1. Schweden	448 460	5 904 489	13,2
2. Norwegen (ohne Svalbard).....	323 793	2 649 775	8,2
3. Dänemark (ohne Farøer)	42 927	3 457 390	80,5
B. Finnisch-baltischer Block	501 791	6 371 911	12,7
4. Finnland	388 451	3 364 807	8,7
5. Estland	47 549	1 107 059	23,3
6. Lettland	65 791	1 900 045	28,9
Insgesamt	1 316 971	18 383 565	13,9

1) Nach Statist. Jahrbuch f. d. Deutsche Reich 1930.

Das hervorstechendste Kennzeichen dieser Tabelle ist das starke Mißverhältnis zwischen dem Raum und seiner Erfüllung. Nur Dänemark macht hiervon eine Ausnahme, die einmal durch seine geographische Lage bedingt ist, dann aber vor allem dadurch, daß es schon frühzeitig seine Sendung in der europäischen Agrarwirtschaft erkannt hat. Die geringe Bevölkerungsdichte der übrigen Länder ist aber durchaus nicht etwa allein lagegeographisch und klimatisch bedingt. Im Gegenteil: es ist nachgewiesen, daß insbesondere der finnisch-baltische Sektor ein Mehrfaches an Menschen beherbergen kann. Überall haben soziale und politische Ursachen lange Zeit eine stärkere Raumerfüllung verhindert. Die Auswanderung als Dauererscheinung, besonders nach den Vereinigten Staaten von Amerika, war die Folge der Bodensperre.

Wie überall in Europa hat auch im Ostseeraum die Grundherrschaft der ursprünglichen Agrarstruktur ihr Gepräge aufgedrückt; allerdings haben gerade hier manche Gebiete ihren Druck nur im abgeschwächten Maße erfahren. Zwei Tatsachen haben, zuerst retardierend, später desto stärker revolutionierend gewirkt. Einerseits hat sich die alte, feudal orientierte Grundherrschaft im Ostseeraum, besonders im eigentlichen Baltikum, teilweise bis ins 20. Jahrhundert hinein gehalten. Dann aber trat im Laufe des 19. Jahrhunderts, beim Aufkommen der modernen Holzwirtschaft in den Waldländern des Nordens, eine kapitalistisch orientierte Grundherrschaft auf. Beide verursachten eine Bodensperre und wirkten in der Richtung der Proletarisierung der Agrarbevölkerung und ihrer Loslösung von der Scholle. Da hier außerdem traditionelle sozialrechtliche Bindungen bestanden und die Erbsitten besitzkonservierend wirkten, so konnte auch von dieser Seite keine Milderung der sozialen Gegensätze zwischen den einzelnen Klassen der an der Agrarwirtschaft beteiligten Volksteile kommen. Die Folge waren starke soziale und politische Spannungen, die sich in den letzten Jahrzehnten mehrfach explosiv und revolutionär entluden, soweit eben nicht der Ausweg der Auswanderung als Ventil wirksam war.

Die jetzige Agrarstruktur der Ostseeländer, die sich schon die letzten Jahrzehnte vor dem Weltkriege anzubahnen begann, nach dem Weltkriege aber ihre endgültige Ausprägung erfuhr, bildet die Voraussetzung und den Ausgangspunkt für eine bedeutend stärkere Raumerfüllung in der Zukunft. Schon in einigen Jahrzehnten ist eine veränderte Menschenverteilung, besonders im östlichen Bereich unseres Gebiets, zu erwarten. Kann man doch wohl nicht mit Unrecht Lettland und Estland eine — *cum grano salis* — holländisch-belgische Position prophezeien. Ebenso sind Schweden und Finnland durchaus keine volkerfüllten Räume. Von Finnland wird beispielsweise mit Recht behauptet, daß es in seinen fruchtbaren Teilen eine gegenüber der jetzigen fünfmal so große Bevölkerung beherbergen könnte.

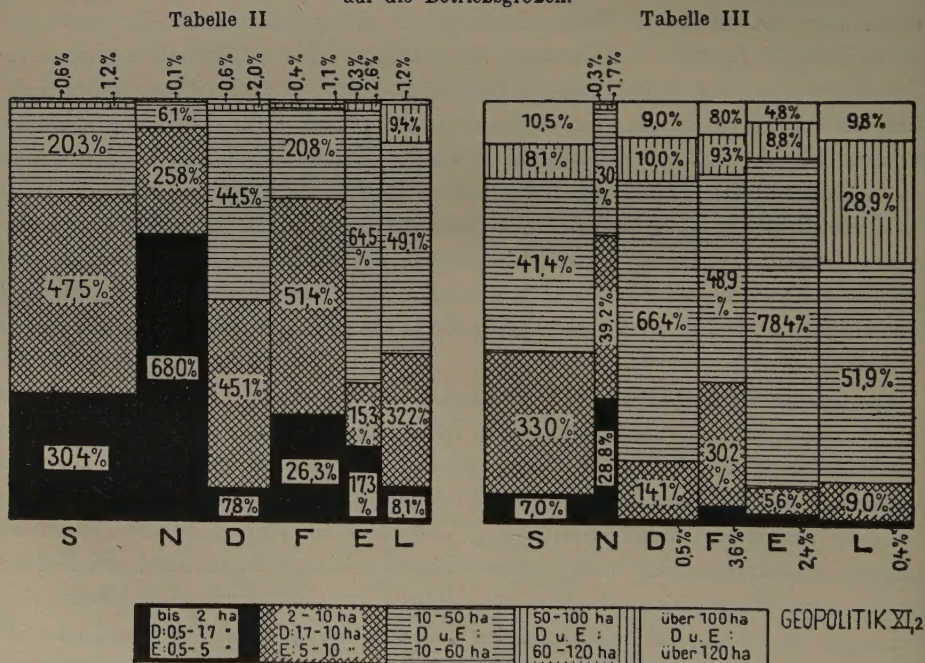
Das zukünftige Schicksal der Ostseestaaten ist durchaus durch ihre soziale Agrarstruktur und den weiteren Ausbau ihrer Agrarwirtschaft bestimmt. Praktisch sind

sie heute alle ausgesprochene Bauernländer. Der Eigenbesitz des Klein- und Mittelbauern bildet das entscheidende Kennzeichen der sozialen Agrarstruktur, und die ganze Entwicklung geht überall noch weiter in der Richtung der Verstärkung des Kleinbauerntums. Damit ist aber gleichzeitig die Entwicklungstendenz der Agrarwirtschaft dieser Länder gegeben. Denn eine Verkleinerung der bäuerlichen Besitzanteile kann nur im Zusammenhange mit einer Intensivierung der Agrarwirtschaft vor sich gehen. Da die Vorbedingungen dafür naturgeographisch durchaus gegeben sind, so stehen hier natürliche Bedingungen und soziale Entwicklungstendenzen im Zusammenklang miteinander.

Der gegenwärtige Anteil der in der Agrarwirtschaft Tätigen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen beträgt in allen sechs Staaten zusammengenommen etwa 50% und schwankt zwischen 35% in Dänemark und 70% in Finnland.

Einen genaueren Einblick in die augenblickliche Agrarstruktur mögen aber die nachfolgenden beiden graphischen Übersichten vermitteln¹⁾.

Prozentuale Verteilung der Betriebszahlen (Tabelle II) und Anbauflächen (Tabelle III) auf die Betriebsgrößen.



1) Die statistischen Zahlenangaben der einzelnen Länder, insbesondere in der Tabelle 3, sind, streng genommen, nicht ganz gleichwertig. Da es hier aber auf den Gesamteindruck ankommt, so wird man einige „Unexaktheiten“ in Kauf nehmen dürfen.

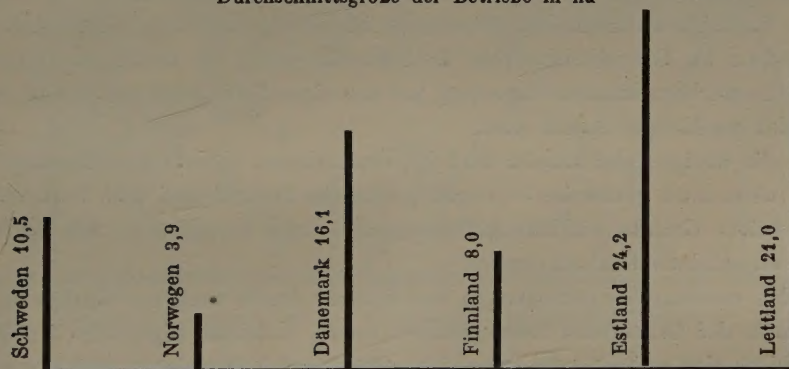
Die den beiden Tabellen zugrunde liegenden Absolutzahlen sind für¹⁾:

Land (Jahr)	Zahl der Betriebe		Anbaufläche	
	absolut	in % der Gesamtzahl	in ha	in % der ges. Anbaufläche
S = Schweden (1920) ..	447 808	30,5	4 717 500	26,0
N = Norwegen (1917) ..	248 025	16,9	973 143	5,4
D = Dänemark (1919) ..	205 929	14,0	3 313 633	18,3
F = Finnland (1920) ...	250 749	17,0	2 015 175	11,1
E = Estland (1925) ...	126 561	8,6	3 068 922	16,9
L = Lettland (1923) ...	192 174	13,0	4 044 045	22,3
Insgesamt	1 471 246	100,0	18 132 418	100,0

Wie die beiden Tabellen zeigen, spielen in der eigentlichen Agrarwirtschaft — in der mit ihr vielfach verbundenen Forstwirtschaft liegen die Verhältnisse teilweise anders — Großgrundbesitz und Großbetrieb im Gegensatz zum früheren Zustand keine bedeutsame Rolle mehr. In den Ländern des kulturell fortgeschrittenen nordgermanischen Sektors finden sich gegenüber dem finnisch-baltischen Gebiet die höheren Betriebszahlen, dementsprechend auch die kleineren Durchschnittsbetriebsgrößen.

Die durchschnittliche Betriebsgröße berechnet sich für den Gesamtraum zu 12,3 ha pro Betrieb. Für die einzelnen Länder aber ergibt sie sich aus der nachstehenden Aufstellung.

Durchschnittsgröße der Betriebe in ha



Im nordischen Bereich herrschen also die kleineren Betriebsgrößen durchaus vor. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß darin nur die Anbauflächen zum Ausdruck kommen, während der anderweitige (beispielsweise Wald-) Besitz, der in den skandinavischen Ländern vielfach einen wesentlichen Bestandteil der einzelnen Grundbesitze bildet, hier nicht in die Erscheinung tritt.

Die Betriebe sind größtenteils Eigentumsbetriebe. Zwischen Betrieb und Besitz besteht jetzt im allgemeinen eine weitgehende Übereinstimmung. Das mit der andersartigen Verteilung des Grundbesitzes früher verbundene Pachtwesen spielt

1) Die Zahlen sind teils dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften, teils Woytinski, „Die Welt in Zahlen“ Bd. 3, entnommen. Alle Prozentberechnungen rühren vom Verfasser her.

heutzutage eine viel geringere Rolle. Nur Schweden und Finnland haben Pachtzahlen um 25 % der vorhandenen Betriebe aufzuweisen. In den anderen Ländern sind diese viel kleiner, ja teilweise geradezu belanglos. In den eigentlichen bäuerlichen Betriebsgrößen aller Länder sind sie überhaupt wenig vertreten.

Wie die Tabelle 3 ausweist, entfallen auf die großbäuerlichen Betriebe und die Großbetriebe im Durchschnitt gegen 20 % der Anbaufläche. In Lettland ist der Anteil der großbäuerlichen Betriebe besonders groß, während nur in Norwegen beide Größenklassen von untergeordneter Bedeutung sind. Daher ist die Zahl der Landarbeiter mit mehreren Hunderttausend als beträchtlich zu bezeichnen.

Von ausschlaggebender sozialer Bedeutung ist schließlich die Tatsache der weitaus vorherrschenden Anerbensitte in den eigentlich bäuerlichen Kreisen. (Vergleiche die nebenstehende Karte.)

Die Karte zeigt deutlich das Vorherrschen der althergebrachten Sitte der geschlossenen Vererbung im ganzen Ostseeraum. Ausgesprochene Realteilungsgebiete finden sich nur in gewissen Teilen Schwedens, besonders in Dalarne und Värmland. Allerdings ist in Schweden sonst die Hofteilung recht weit verbreitet, wenn auch in verschiedenen Bezirken aus historischen und wirtschaftlichen Gründen verschieden stark. Es gibt dort Mischgebiete, wo bald die eine Art, bald die andere überwiegt. Man kann sogar im gleichen Bezirk dauernd geschlossen vererbende und dauernd teilende Familien unterscheiden. Überhaupt ist eine gewisse allgemeine Mobilisierungstendenz im Grundstückverkehr in Schweden nicht zu verkennen. Ganz im Gegensatz zum benachbarten Norwegen, wo der eigentlich bäuerliche Besitz so gut wie immer geschlossen vererbt wird.

Auch die übrigen vier Länder sind im wesentlichen Gebiete geschlossener Vererbung, wenn auch gradweise — durch gesetzliche Maßnahmen und Vorschriften, wirtschaftliche Gründe, sittliche Auffassungen — sich verschiedene Abweichungen von der allgemeinen Tendenz ergeben¹⁾.

Aus den vorstehenden Darlegungen und Belegen dürfte wohl zur Genüge hervorgehen, daß der Ostseeraum trotz gewisser durch volkliche Eigenarten bedingten Unterschiede eine weitgehende einheitliche Prägung seiner sozialen und wirtschaftlichen Agrarzustände aufweist.

Eine freie, kulturell vielfach hochentwickelte Agrarbevölkerung — man denke etwa an die dänische —, die die politische Entwicklung des eigenen Landes entscheidend zu beeinflussen vermag, bestimmt die Richtung der Agrarpolitik und Wirtschaft. Von der Seite der natürlichen Ausstattung des Raumes kommt einmal die geographische Lage zu den großen Trägern der europäischen Wirtschaft und Politik, besonders England, Deutschland und UdSSR., unterstützend hinzu. Dann

1) Die auf der Karte mehr oder minder weiß gelassenen Stellen sollen eine gewisse Vorstellung von den tatsächlichen Siedlungsverhältnissen in den skandinavischen Ländern geben. Daher ist auch der schwach oder gar nicht besiedelte Norden auf der Karte fortgelassen worden.

aber darf man die drei großen Reichtümer des Ostseeraumes, ohne die der allgemeine Charakter seiner Agrarwirtschaft nicht zu verstehen wäre, nicht vergessen: Wasserkräfte, Wald- und Fischreichtum. Das sind keine vergänglichen Güter, wenn



sie eine hochentwickelte Bevölkerung betreut. Die auf den Wasserkräften aufgebaute Elektrowirtschaft durchdringt je länger je mehr die gesamte Agrarwirtschaft. Forst- und Landwirtschaft lassen sich gerade im Norden Europas nicht voneinander trennen. Ebenso ist das Fischereiwesen hier viel inniger mit der Landwirtschaft verknüpft als anderwärts.

Im Rahmen der europäischen Agrarwirtschaft sind die Länder des Ostseeraums schon heute Träger der Viehzucht und ihrer Erzeugnisse. Das wird mit der Zeit, gerade in Anbetracht der vollzogenen sozialen Strukturänderung, noch mehr in die Erscheinung treten. Der Begriff der Viehzucht dürfte sich besonders durch die Einbeziehung der zukunftsreichen systematischen Zucht des Renntiers und der Pelztiere zur allgemeinen Tierzucht erweitern. In dieser Hinsicht wird der Ostseeraum eine besondere Aufgabe in der Europawirtschaft zu erfüllen haben.

Europa hat von diesen entwicklungsfähigen Gebieten noch viel zu erwarten. Vor allem aber hat Deutschland pflegliche Beziehungen zu den Ländern des Ostseeraumes zu unterhalten. Ist es doch nicht nur selber Ostseeanlieger, sondern auch durch innige Bande der Abstammung und tiefer Kulturverbundenheit an diese Länder geknüpft. Es muß ein dauerndes Geben und Nehmen zwischen Deutschland und seinen Ostseebachbarn bestehen. Eine blühende Agrarwirtschaft im Ostseebereich im weitesten Sinne des Wortes ist eine Voraussetzung auch für das Gedeihen der deutschen Wirtschaft, vor allem seiner Industrie. Und Deutschland ist der gegebene Vermittler zwischen dem Ostseeraum und dem Mittelmeergebiet. Hier walte es auf einer höheren Ebene seines Amtes, wie es einstmals im Hochmittelalter — in einer seiner größten Blüteperioden — schon einmal getan hat.

HERMANN GROSS:

Die Türkische Republik und Europa

Im Oktober 1933 konnte die Türkei ihr zehnjähriges Bestehen unter begeisterter Teilnahme des ganzen türkischen Volkes feiern.

Die gesunden Unterlagen der türkischen Republik sind gegeben in ihrer verkehrsgeographischen Lage zwischen Orient und Okzident, in der großen Mannigfaltigkeit ihrer Bodenformation, Gebirge — Hochebene — Tiefebene, und in ihrem Klima: subtropisch an den Gestaden des Meeres und extrem kontinental in Zentralanatolien. Daraus ergeben sich vielfältige Anbaumöglichkeiten: intensivste Gartenwirtschaft, ausgedehnte Getreide- und Industriepflanzenkulturen (Tabak, Baumwolle, Opium) bis zur extensivsten und noch halbnomadischen Steppen- und Weidewirtschaft. Endlich aber liegen die Unterlagen des türkischen Staates in den verschiedenartigen und wertvollen Bodenschätzen — Steinkohle, Erdöl, Kupfer, Eisen, Mangan, Chrom, Quecksilber, Zinn, Blei, Pandermit, Meerscham u. a. m. Die Türkei besitzt einen so reichen Lebensraum, daß sie auf ihrem Staatsgebiet ein vielfaches der gegenwärtigen Bevölkerung von 14 Millionen beherbergen könnte. Darum legt der Staat mit Recht auf Bevölkerungsvermehrung durch gesunde Bevölkerungspolitik hohen Wert.

Heute schon hat sich die neue Türkei zu einem Machtfaktor ersten Ranges im Südosten entwickelt. Durch den Vertrag von Athen (1930) und den im September

1933 abgeschlossenen Vertrag von Ankara wurde die Erbfeindschaft zwischen ihr und Griechenland nicht nur begraben, es wurde zwischen den beiden Staaten ein wahres Freundschaftsverhältnis geschaffen; seitdem hat die Türkei bei der Neugestaltung und Befriedung des Balkans eine führende Rolle übernommen. Die von einer ganzen Anzahl von Staaten in den letzten Jahren mit der Türkei abgeschlossenen Freundschaftsabkommen, — darunter die politisch besonders bemerkenswerten Verträge mit Sowjetrußland, Italien und Rumänien, — und die Besuche Herriots, Alexanders von Jugoslawien, Gömbös' und von Kanyas sowie des rührigen Titulescu beim türkischen Staatschef im Herbst 1933 dokumentieren die Bedeutung, die der Türkei in der Balkan- und Schwarzmeerpolitik von den übrigen Mächten beigegeben wird; sie haben Ankara zu einem sehr beachtlichen Nebenzentrum der großen Politik werden lassen. Die guten Beziehungen zu Bulgarien lassen die Türken als besonders geeigneten Vermittler in den griechisch-bulgarischen Spannungen und als Vorkämpfer für einen Zusammenschluß der Balkanländer erscheinen, zu denen sich die Türkei ja selbst zählt.

Dies folgt zum Teil aus der Tatsache, daß die Bezeichnung „Balkanland“ oder „Balkanvolk“ seit dem Weltkrieg im Zusammenhang mit den Balkan-Unionsbestrebungen (Balkankonferenz)¹⁾ ihre engere geographische Bedeutung abgestreift und sich zu einem politisch-kulturellen Begriff gewandelt hat; der engste Sinn der Bezeichnung „Balkan“ ist ja überdies schon mit der irrtümlichen Übertragung des Gebirgsnamens auf die ganze Halbinsel längst verlorengegangen.

Zwischen der Insel- und Halbinselwelt im Südosten Europas und dem westlichen Kleinasien sind seit dem Altertum über das Ägäische Meer und die Dardanellen-Bosporus-Meerenge hinweg so enge Bande wirtschaftlicher und kultureller sowie politischer Art geknüpft worden, daß im Grunde genommen zwar eine rassenmäßige, aber keine länderkundliche Grenze zwischen beiden zu finden ist²⁾. Weder die Kulturarten und Haupterzeugnisse, noch die Anbauweisen auf dem Lande, noch die Beschaffenheit der Siedlungen oder die Sitten und Gebräuche der Bevölkerung lassen in vielen Fällen auf eine andere politische oder gar kontinentale Zugehörigkeit schließen. Von der inselreichen und verkehrsfreundlichen Ägäis führen sanfte Senken zum inneranatolischen Hochland hinauf, das besonders im Osten noch stark naturalwirtschaftlich eingestellt ist und erst in letzter Zeit durch die großartigen Bahnbauten immer mehr erschlossen wird³⁾.

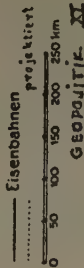
1) Vgl. Hermann Groß, Grundlagen und Ziele der Balkankonferenz. In: Zeitschrift für Politik, Berlin 22. Bd. 1932/33, Seite 19 ff. Ins Türkische übersetzt von Muhlis Etem, Balkan Konferenslari (Balkankonferenzen). In: Istanbul Darülfünunu. Hukuk Fakültesi Mecmuası. Hukuk-Iktisat (Zeitschrift der Juristischen Fakultät der Universität Istanbul. Recht und Wirtschaft). Istanbul. April 1933, Jg. 10, Nr. 61, S. 150 ff. 2) Vgl. Otto Maull, Länderkunde von Südeuropa (Enzyklopädie der Erdkunde, Teil 22), Leipzig und Wien 1929. — Joan Cvijić, La Péninsul balkanique. Géographie humaine. Paris 1918. — Marion I. Newbigin, Geographical aspects of Balkan problems in their relation to the great European War. London 1915. 3) Vgl. die anliegende Übersichtskarte, S. 95.

Außer den natürlichen in der Lage gegebenen Verbindungen zwischen Orient und Okzident vereinen, über das Gebiet der Ägäis hinausgreifend, gleiche geschichtliche Entwicklung und ähnliche kulturelle, soziale und wirtschaftliche Momente alle osmanischen Nachfolgestaaten in Europa: Griechenland, Bulgarien, Albanien, Südslowenien und Rumänien mit dem Stamm- und Erbland des Osmanenreiches. „Immer wieder ist im Sinn der Brückenwirkung die südosteuropäische Halbinsel unter den Einfluß des vorderasiatischen Kontinents gekommen“ (O. Maull). Haben doch alle Balkanländer — mit Ausnahme einiger südslowenischer und rumänischer Landesteile — im Byzantinischen Reich und unter der Herrschaft der Osmanen jahrhundertlang ein gemeinsames Leben, mit gleichen Schicksalen, unter gleichem politischem System und ähnlicher Zivilisation und Kultur geführt und sind in ihrem sozialen, kulturellen sowie wirtschaftlichen Leben auf das nachhaltigste beeinflusst worden. Diese aus dem Nahen Orient kommenden Einflüsse sind so tiefgehend gewesen, daß auch heute noch die europäischen Nachfolgestaaten des Osmanenreiches zusammen mit der Türkei im Vergleich zum übrigen Europa zahlreiche gemeinsame Merkmale und eine ähnliche Struktur bewahrt haben. Die Modernisierungs- und Industrialisierungsbestrebungen der südöstlichen Agrarstaaten haben diese gemeinsamen Züge seit dem Weltkrieg eher verstärkt und den Charakter des Südostens als Durchgangs- und Vermittlungsgebiet in letzter Zeit wieder besonders hervortreten lassen. Während früher das kulturelle Spannungsfeld vom Orient nach dem Nordosten verlaufen ist, geht in der modernen Zeit das Kulturgefälle von Mitteleuropa nach Südosteuropa und Vorderasien (Türkei und Palästina).

Mit den grundlegenden Reformen unter dem Gazi hat sich die moderne Türkei bewußt Europa zugekehrt und sich in ihrer staatlichen Verfassung und in ihrem kulturellen Leben den früher selbständig gewordenen Balkanländern angeglichen. Gleichzeitig hat sich ihr Abstand in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber ihren asiatischen Nachbarländern vergrößert. Die Türkei Kemals ist damit zu dem südöstlichsten Vorposten gegenüber den selbständigen vorder- und mittelasiatischen Ländern Irak, Persien und Afghanistan geworden, denen sie in ihrer staatlichen, sozialkulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung vielfach als Vorbild dient. Sie bildet ferner ein Bollwerk gegen die unselbständigen Mandatsgebiete im Vorderen Orient und gegen den sowjetrussischen Koloß im Nordosten.

Mit Sowjetrußland pflegt die Türkei freundschaftliche Beziehungen, läßt sich aber in ihrem inneren Aufbau in weiser Erkenntnis, daß eine Übertragung sowjetrussisch-asiatischer Verhältnisse auf Anatolien nur eine Schwächung und Verunselbständigung statt einer nationalen Stärkung der Türkei bedeuten würde, nicht entscheidend beeinflussen. So übernimmt die Türkei von Sowjetrußland im Wege des Warenaustausch-Abkommens vom Oktober 1931 und der inzwischen getroffenen Vereinbarungen keine typisch sowjetrussischen Organisationsformen, vielmehr die Einrichtungen von nach europäischem oder nordamerikanischem Wirtschaftsprinzip

der Türkei



bahnen im Nahen Osten in Karl Haushofer, Jenseits der Großmächte, Leipzig und Berlin 1932 Abb. 41, Seite 228

arbeitenden Fabriken, die von Rußland eben zu besonders günstigen Bedingungen geliefert werden. Die Türkei war dabei klug genug, sich vom *rage de nombre* nicht blenden zu lassen und die Einrichtung von Riesen- und Mammutbetrieben abzulehnen, die sich in Sowjetrußland so wenig bewährt haben, für die Türkei aber außer ungünstigen wirtschaftlichen auch verhängnisvolle soziale Folgen haben könnten.

So macht sich die Türkei die Möglichkeit, aus den Erfahrungen anderer, vor allem ausgereifterer Volkswirtschaften zu lernen, zunutze. Sie muß dabei bestrebt bleiben, nur das Zweckmäßige und Erprobte zum Besten des türkischen Staates und Volkes sinngemäß zu übernehmen und alle noch so reizvoll und bestechend erscheinenden Experimente zu vermeiden, bei denen das eigene Volk der Leidtragende sein würde. Die durch die geschichtliche Entwicklung, insbesondere durch die Fesseln der Kapitulationen bedingte Einfachheit und Unkompliziertheit der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten für die Türkei insoweit eine Stärke und auch einen Vorteil, als sie bei der Genügsamkeit ihrer Bevölkerung gegen Wirtschaftskrisen widerstandsfähig ist. Sie kann weiter ohne Belastung von schon vorhandenen und ohne Zerstörung schon bestehender Anlagen von Anfang an mit einem zweckentsprechenden und vor allem organischen Aufbau einer modernen und leistungsfähigen türkischen Volkswirtschaft beginnen.

Jeder, der Anatolien in der letzten Zeit kennengelernt hat, sieht mit Bewunderung, wie die neue Türkei unter Anspannung aller Kräfte und mit eiserner Energie unter Führung ihres Befreiers Gazi Mustafa Kemal Pascha an diese verdienstvolle, aber unter den gegebenen Umständen auch enorm schwere und verantwortungsvolle Aufgabe herangeht, bei deren Durchführung es auch an empfindlichen Rückschlägen nicht gefehlt hat. Darum wird, wie die Erfahrung lehrt, das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft, als der Grundlage des ganzen türkischen Staatswesens, und derjenigen Industriezweige zu legen sein, die ihre Rohstoffe aus dem Inland beziehen können¹⁾. Die industrielle Entwicklung der Türkei ist vom nationalen und wirtschaftlichen Standpunkt vollauf zu rechtfertigen, wenn sie in organischer Weise und durch Nutzbarmachung der so reichen heimischen produktiven Kräfte allmählich und bis zu einem bestimmten Umfang durchgeführt wird. Zunächst wären die Verbrauchsgüterindustrien zu entwickeln und zu fördern, da für diese zum Teil in den landwirtschaftlichen Unterlagen eine natürliche Basis und im Inland ein genügend großer Absatzmarkt gegeben ist. Es wären also neben der Landwirtschaft in erster Linie die landwirtschaftlichen Nebengewerbe, insbe-

1) Vgl. die ausgezeichnete und grundlegende Arbeit von Schewket Raschid, *Die türkische Landwirtschaft als Grundlage der türkischen Volkswirtschaft*. (Moderne Wirtschaftsgestaltungen, hrsg. von Kurt Wiedenfeld. Heft 16. Veröffentlicht in Verbindung mit dem Institut für Mittel- und Südost-Europäische Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig.) Berlin und Leipzig 1932.

sondere die auf dem Garten- und Industriepflanzenbau sowie auf der Viehzucht und der Forstwirtschaft fußenden Gewerbezeige, sowie außerdem der einheimische Bergbau zu fördern. Bei einem organisch-stufenweisen Aufbau der nationalen Industrie werden die investierten Kapitalien auch volkswirtschaftlich nutzbringend arbeiten. Dagegen bringt eine willkürliche und unorganische Industrialisierung — wie sie in manchen südosteuropäischen Ländern getrieben worden ist¹⁾ — die Gefahr, daß die Rendite der betreffenden Unternehmungen auf Kosten der Allgemeinheit durch Prohibitivzölle oder andere Einfuhrbeschränkungen aus der kapital-

Wirtschaftszonen der heutigen Türkei

Zone	Oberfläche qkm	% des Landes	Landw. Bevölkerungsanteil in %	Bevölkerungsdichte Köpfe je qkm	Kulturlfläche in % der Gesamtfläche	davon Getreide %	Hülsenfrüchte %	Industriepflanzen %	Bestand an Nutzvieh	Anzahl landwirtsch. Maschinen. Stck.	Eine Maschine auf qkm bebauter Fläche	Düngung (Stallmist und Handelsdüngung)	Bodenprodukte	Ausfuhr
Zone: der Osten (Kurdian und Armenen).....	183 913	24,12	64,4	9,1	2,11	96,8	1,8	1,4	3 188 889	1508	2,5 qkm	(Stallmist nur Heizstoff)	Ackerbau	—
Zone: Östliches Zentralanatolien.....	81 845	10,73	73,8	17,1	4,5	94,7	2,6	2,7	2 358 633	298	9,5 qkm	„	„	—
Zone: Westliches Zentralanatolien.....	207 315	27,73	77,35	15,9	5,84	94,6	3,5	1,9	9 011 827	6260	1,7 qkm	Stallmist zum Teil als Dünger	Pflanzenbau	Wolle, Magervieh, Weizen, Gerste, Opium
Zone: Das Blet am Schwarzen Meer	65 701	8,6	81,2	30,5	5,5	90,6	4,7	4,2	2 425 261	1702	3,9 qkm	Stallmist auf Gartenland	Orangen, Zitronen, Haselnüsse, Mais, Reis, weiße Bohnen, Tabak	Tabak, Haselnüsse, Orangen
Zone: Südliches Anatolien.....	80 944	10,61	54,0	12,7	5,0	75,9	2,8	21,8	2 111 877	3032	1,3 qkm	—	Baumwolle, Sesam, Weizen, Wein, Orangen, Oliven	Baumwolle, Weizen, Wein, Orangen, Oliven
Zone: Europäisches u. Nordanatolien..	46 672	6,12	46,0	40,1	—	—	—	—	—	—	—	Stallmist	Obst und Gemüse	—
Zone: Westliches Anatolien.....	96 087	12,62	67,3	24,7	7,16	82,8	7,7	9,5	4 587 797	1832	3,7 qkm	Stallmist, zum Teil Handelsdünger	Tabak, Baumwolle, Bohnen, Opium, Rosinen, Feigen, Oliven	Tabak, Baumwolle, Feigen, Oliven, Hülsenfrüchte

1) Vgl. Mittel- und Südost-Europäische Wirtschaftsfragen. Hrsg. von Hermann Groß. Leipzig 1931.

armen Volkswirtschaft herausgepreßt werden und einigen wenigen Kapitalisten im Inland oder, falls das Kapital aus dem Ausland stammt, diesem zugute kommen.

Der Gefahr, unter den Einfluß ausländischen Kapitals zu kommen, ist die türkische Republik entgangen, die nach einer völligen Kapitalsvernichtung im Weltkrieg und in ihrem Unabhängigkeitskrieg es verstanden hat, die Aufbauarbeiten, insbesondere die Bahnbauten, im wesentlichen aus eigener Kraft und ohne eine bemerkenswerte Verschuldung an das Ausland durchzuführen. Die Türkei lehnt auf Grund der bitteren Erfahrungen der Vorkriegszeit eine übermäßige Inanspruchnahme ausländischen Kapitals mit Recht grundsätzlich ab. Sie begrüßt aber durchaus jede loyale Mitarbeit ausländischer Unternehmer um so mehr, als ihr das Kapital und die erforderlichen Spezialisten im nötigen Ausmaße noch fehlen. Insoweit sind die Aussichten für die Betätigung deutscher Unternehmerkreise in der Türkei günstig. Niemand wird ihnen irgendwelche kolonisatorischen oder machtpolitischen Absichten unterstellen können. Es ist somit kein Zufall, wenn bei den Bahnbauten, der Elektrifizierung des Landes, dem Ausbau der Städte und anderen Arbeiten in der Türkei deutsche Unternehmungen in größerem Umfang mitwirken.

Auch im Güteraustausch der Türkei, der sich seit 1923 trotz aller Schwierigkeiten günstig entwickelt hat, nimmt Deutschland, das seine handelspolitischen Beziehungen mit der Türkei erst kürzlich wieder (August 1933) neu geregelt und gefestigt hat, eine maßgebende, tatsächlich sogar die erste Position ein; denn die Ein- und Ausfuhrbedürfnisse des türkischen Agrarstaates und des deutschen Industriestaates lassen sich zum großen Teil ergänzen. Aber auch mit dem übrigen Europa ist die Türkei wirtschaftlich eng verquickt, wie folgende Übersicht über den Güteraustausch der Türkei mit dem Ausland erkennen läßt.

Wertmäßiger Anteil der wichtigsten Länder am Außenhandel der Türkei in den Jahren 1930—1932 in Mill. Türk. Pfund und Prozents

Land	1930						1931						1932					
	Einfuhr		Ausfuhr		Gesamt-handel		Einfuhr		Ausfuhr		Gesamt-handel		Einfuhr		Ausfuhr		Gesamt-handel	
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
Deutschland	27,4	18,6	19,8	13,4	47,2	15,8	27,0	21,3	18,6	10,7	40,6	16,0	20,0	23,2	13,7	13,5	33,7	18,0
Italien ¹⁾	20,3	13,8	32,0	21,1	52,4	17,5	18,4	14,5	30,7	24,1	49,1	19,3	11,1	12,8	16,4	16,2	27,5	14,6
England....	16,5	11,2	13,5	8,9	30,0	10,0	14,4	11,4	10,8	8,5	25,2	9,9	10,6	12,5	10,0	9,9	20,6	10,4
Frankreich...	15,5	10,6	18,4	12,2	33,9	11,3	12,8	10,1	12,2	9,6	25,0	9,8	7,2	8,4	7,8	7,7	15,0	8,0
Belgien.....	8,7	5,9	3,7	2,4	12,4	4,1	8,1	6,4	3,6	2,8	11,7	4,6	6,2	7,2	3,5	3,4	9,7	5,2
Tschecho-Slovakien..	8,2	0,8	1,1	0,6	9,3	3,1	5,9	4,7	3,1	2,4	9,0	3,5	3,7	4,3	1,2	1,1	4,9	2,6
USA.....	6,1	4,1	17,8	11,7	23,9	8,0	4,1	3,2	12,7	10,0	16,8	6,6	2,3	2,7	12,1	11,9	14,4	7,7
Rußland...	10,6	7,2	7,3	4,9	17,9	6,0	7,2	5,7	4,7	3,7	11,9	4,7	5,9	6,9	5,4	5,3	11,3	6,0
Andere Länder.....	34,2	22,9	37,8	25,2	71,9	24,2	23,8	22,9	35,8	28,2	64,6	25,6	19,0	22,0	31,2	31,0	50,2	27,5
Zusammen	147,5	100	151,4	100	298,9	100	126,7	100	127,2	100	253,9	100	86,0	100	101,3	100	187,3	100

1) Die hohe italienische Quote erklärt sich aus der Tatsache, daß Italien (Triest) Durchfuhrland für die Türkei nach Deutschland und dem übrigen Mitteleuropa sowie nach Amerika ist. Vgl. Türkische Post, Tageszeitung für den Nahen Osten, Wirtschaftsausgabe, Istanbul, II. Jg. (1932), Nr. 6, S. 161 ff.

Auch auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung bestehen zahlreiche Bande von der Türkei zu Europa und vor allem zu Deutschland. Viele junge Türken sind nach dem Kriege von ihrer Regierung zur Ausbildung ins Ausland und zum größten Teil nach Deutschland gesandt worden. Nachdem sich die Türkei auf diese Weise einen kleinen Stamm tüchtiger junger Lehrer und Wissenschaftler geschaffen hat, ist sie nunmehr (Oktober 1933) durch die Gründung einer eigenen Landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara, an der ebenso wie an der reformierten Universität von Istanbul bekannte deutsche Professoren wirken, dazu übergegangen, die europäische Wissenschaft im Lande selbst zur Ausbildung des türkischen Nachwuchses heranzuziehen.

Daß zur Unterrichtssprache an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara eine fremde Sprache bestimmt wurde, ist ein Zeichen für die Stärke und Festigkeit der jungen türkischen Republik: nur ein selbstbewußter und national durch und durch gefestigter Staat kann das wagen. Und daß gerade Deutsch gewählt wurde, erfüllt jeden von uns mit Stolz und Genugtuung, ist es doch ein Beweis für die alte Kraft der deutschen Kultur, die ganz Mitteleuropa ihr Gepräge gegeben hat.

HERMANN LAUTENSACH:

Geopolitische und wehrgeographische Eindrücke von einer Ostasienreise

Wer wie der Schreiber dieser Zeilen im Jahre 1933 über die Sibirische und Amurbahn nach Wladiwostok gefahren ist, die großen Bevölkerungszentren und historischen Stätten Altjapans aufgesucht, 7½ Monate in Korea verweilt und sich schließlich in der Mandschurei, dem östlichen China, auf den Philippinen und um Singapur orientiert hat, der kehrt mit einer Fülle von Eindrücken und Einblicken in die Heimat zurück, in der inzwischen das Sehnen vieler Millionen von Volksgenossen Verwirklichung gefunden hat, und fühlt sich gedrängt, den um die Geopolitik Gescharten unter ihnen einiges davon mitzuteilen, um an seinem bescheidenen Teil dabei zu helfen, daß in der Zeit wiederbegonnener aktiver Außenpolitik das politische Bild vom Fernen Osten richtig gesehen werde. Den Rahmen zu diesem Bild hat uns Karl Haushofer seit nunmehr zwei Jahrzehnten immer erneuert umrissen, und in seinen allmonatlichen Berichten in der Z. f. G. gibt er ihm immer wieder lebensgetreuen Inhalt. Meine durch vielfältige Eindrücke gewonnene Grundeinstellung deckt sich mit der seinen, die er letzthin wieder im „Auftakt zum Ostasienheft“ am Ende des vorigen Jahrgangs der Z. f. G. umrissen hat, und so braucht es an dieser Stelle nicht die Aufgabe sein, den Rahmen neu zu zimmern, sondern nur innerhalb von ihm einige Züge des Bildes aus der Nähe zu beleuchten.

Ein sehr kluger Japaner, ein guter Kenner Europas, hat mir einmal sehr offen gesagt: „Ein Genie werden Sie hier im Osten vergeblich suchen. Es ist alles nur

Bienenfleiß.“ In der individuellen Sphäre von Wissenschaft, Kunst und Technik, auf die sich diese Äußerung allein beziehen sollte, mag das vollkommen richtig sein. Was den nach Japan kommenden Europäer aber viel stärker berührt, das sind die Ausdrucksformen der kollektiven Begabung des japanischen Volkes. Die zu den Shintotempeln hinaufführenden Kirschbaumalleen, die man auch auf dem Festland überall da trifft, wo ein paar Dutzend Japaner zusammenwohnen, sind für das japanische Volk mehr als Stätten ästhetischer Freude an dem Blütenwunder im Schein Hunderter von bunten Papierlampen. Der Kirschbaum, dessen Blüten gemeinsam entstehen und vergehen, ist das Symbol der nationalen und völkischen Einheit, und die mitunter mit Siegestrophäen umgebene Shinto-Jinja ist die Kultstätte der japanischen Vaterlandsliebe, nicht einer übernationalen Religionsform; sie verträgt daher sehr wohl die nächste Nachbarschaft eines Buddhatempels. Gewiß stößt man in den Großstädten, in den Bereichen der Industrie, des Handels, der Parlamente auf Erscheinungen, die nur zu deutlich den Einfluß der westlichen Demokratien verraten, sicher wird es den Millionen der Industriearbeiterschaft, die bei fast völligem Fehlen staatlicher Sozialfürsorge eine selbst für ihren Reisstandard sehr niedrige Entlohnung erhalten, nicht leicht gemacht, den zersetzenden Wirkungen des nahöstlichen Kommunismus zu widerstehen. Was aber überall in der japanischen Sphäre viel nachdrücklicher zur Geltung kommt, das sind die Kennzeichen einer instinktsicheren Beachtung der Rechte der Allgemeinheit: Ehrlichkeit im Geschäftsleben, absolute Sauberkeit in allen Zweigen der Regierung und Verwaltung, Anspruchslosigkeit in Kost und Kleidung, Achtung vor jedem Volksgenossen und daher Takt im Verkehr mit niedriger stehenden Kreisen, glühende Vaterlandsliebe und hohe Aufopferungsfähigkeit. Selbst der brennende Ehrgeiz des Einzelnen wird auf diese Weise in Bahnen gelenkt, die dem Volksganzen nützlich sind. So scheint es mir nicht übertrieben, von gewissen Zügen einer kollektiven Genialität des Volksganzen zu sprechen. Durch sie erhält das japanische Volksleben einen nicht nur überwiegend und bewußt nationalen, sondern auch einen instinktiv sozialen Zug. Diese Eigenschaften haben sich in der durch Erobererzugriff fast nie gestörten Inselabgeschlossenheit von zwei Jahrtausenden, in der verheerende Vulkanausbrüche, Erdbeben, Seebebenwellen und Taifune immer wieder die Schicksalsgemeinschaft des Volkes vor Augen geführt haben, zu solcher Stärke entwickeln können, daß sie in den letzten achtzig Jahren den verwirrenden Einflüssen des Zusammenpralls mit der westlichen Zivilisation im großen und ganzen unversehrt standzuhalten vermochten, und so hat Japan etwas fertiggebracht, was in dieser Vollkommenheit bisher keinem anderen Staat gelungen ist: eine Verminderung des Börsenwertes seiner Währung auf fast ein Drittel des Goldstandard ohne wesentliche Erhöhung der Inlandpreise auf alle nationalen Erzeugnisse. All das zusammengekommen, ist zur breiten Grundlage der japanischen Festlandspolitik der letzten dreißig Jahre geworden.

Korea ist bekanntlich 1905 als Preis des Sieges über die Russen in japanische Hand übergegangen. Ursprünglich war für den Besitz Koreas vorwiegend der wehrgeographische Gesichtspunkt maßgebend, daß diese Landbrücke, die das Japanische und das Gelbe Meer flankiert und erst in der bedrohlichen Nähe von 200 km vom japanischen Inselreich endet, unmöglich in die Hand einer anderen starken Macht gelangen durfte. Daß Korea sich aber nicht aus eigener Kraft selbständig erhalten konnte, hatte es in den vorhergehenden 300 Jahren gezeigt, in der stets nur in Korea und um Korea, aber nie von Korea gekämpft worden war. Die koreanischen Truppen hatten ihre Aufgabe immer nur darin gesehen, sich in die in unzugänglichem Gelände geschickt angelegten, mauerumgürteten Fliehburgen (kor. sansong, jap. sanyo) zurückzuziehen, Stadt und Land dagegen hatten sie ungeschützt gelassen; die allgemeine Moral war in den letzten Jahrzehnten durch die Willkür und Habgier der Beamten zerrüttet, das Land durch ihre und des Hofes Verschwendungssucht völlig verarmt, der Staat ohne Führerschicht. Von allen praktisch möglichen Schicksalen — das muß gegenüber immer erneuten Versuchen einzelner gewiß wohlmeinender Koreaner, für ihr Land in Europa um eine sentimentale antijapanische Sympathie zu werben, scharf betont werden — hat das koreanische Volk das Beste erfahren, nämlich die kulturelle Entwicklung durch eine ihm rassisch und sprachlich verwandte Nation, die die Verteidigung nach außen übernimmt und durch Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten dafür sorgt, daß jeder seines Schweißes Lohn empfangen kann. Bei den noch heute vorwaltenden Charakteranlagen des Koreaners wäre es gar nicht auszudenken, was für eine Hölle ein Sowjet-Korea sein würde. Denn wie Koreaner außerhalb des japanischen Gesetzes sich mitunter zueinander stellen, das zeigen Beispiele aus dem Emigrantenkreis zu Shanghai in krasser Deutlichkeit. Selbstverständlich ist die koreanische, kommunistische „Universität“ zu Wladiwostok für Japan ein Dorn im Auge, und es schützt nicht nur die eigenen Interessen, wenn es das russische Generalkonsulat in Keijo, von dem Tag für Tag die rote Fahne mit Hammer und Sichel weht, auf das schärfste überwacht und die Überschreitung des 8 km langen Grenzstücks zwischen Korea und Sowjetrußland an der Tomanmündung bei Todesstrafe verbietet — mit Ausnahme der Grenze am Dnjestr dürfte es in der Welt keine geben, die so absolut verschlossen ist wie diese.

Bei der Trägheit und Sorglosigkeit des Durchschnittskoreaners, bei der Neigung der älteren Generation, sich heute noch hoffnungslosen Illusionen bezüglich der Wiedererlangung der nie verteidigten Freiheit hinzugeben, haben die Japaner in ihrem Bestreben, die Koreaner zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen sowie ihr Bildungs- und Arbeitsniveau zu heben, eine sehr mühevollen Arbeit zu leisten. Sie sind, von einzelnen Fehlgriffen abgesehen, mit ruhiger Festigkeit in dieser Hinsicht so weit gegangen, wie sie es konnten, ohne ernste Gefahren heraufzubeschwören. In der Verwaltung und Polizei des Landes sind zahlreiche Koreaner tätig, und manche

braven koreanischen Polizeibeamten sind in den letzten Jahren an der Nordgrenze im Kampfe mit chinesischen Räubern an der Seite ihrer japanischen Kameraden gefallen. Den einen wie den andern hat das Generalgouvernement Gedenksteine errichtet. Sechs von den dreizehn Provinzgouverneuren sind Koreaner und werden von ihren japanischen Untergebenen mit voller Ehrerbietung behandelt. Vor allem aber fängt das Generalgouvernement seit rund zehn Jahren bei der koreanischen Jugend an, und hier eröffnen sich entschieden die günstigsten Zukunftsaussichten. Die für koreanische Kinder bestimmten Schulen stehen den japanischen in ihren baulichen Einrichtungen in nichts nach, ja übertreffen sie da und dort. Vom zweiten Schuljahr an lernen die koreanischen Kinder Japanisch; mit entschiedener Begabung finden sie sich, wie ich mehrfach feststellen konnte, sehr schnell in die verwandte Sprache hinein, und die große Gedächtnisarbeit der Erlernung der chinesischen Begriffszeichen kommt ja der Lese- und Schreibarbeit sowohl im Koreanischen wie im Japanischen zugute. In den höheren Volksschulklassen wird jeder Unterricht mit Ausnahme des Koreanischen und — auf den zahlreichen Missionsschulen — des Religionsunterrichtes auf japanisch erteilt, und auf die Entwicklung einer nationalen Willensbildung in japanischem Sinn wird großes Gewicht gelegt. Energisch werden von der Schule her Aberglauben, Unsauberkeit, ansteckende Krankheiten und alle die entwicklungshemmenden Unsitten bekämpft. Fachschulen unterrichten die herangewachsenen Koreaner in Ackerbau, Seidenraupenzucht, Viehhaltung u. a. Die Kinder und jungen Leute gehen mit großer Lust zur Schule und beteiligen sich mit einem unübertrefflichen Eifer am Unterricht. Ein ein- oder gar mehrtägiger Ausschluß von der Schule wird als schwerste Strafe empfunden. Da von keiner äußeren Seite her ein störender Eingriff in diese Aufbauarbeit zu befürchten ist, kann meines Erachtens kein Zweifel über den schließlichen Erfolg derselben bestehen.

Wie gesagt, betrachtete Japan Korea nach der Annexion zunächst fast ausschließlich unter dem wehrgeographischen Gesichtspunkt. Unter ihm schuf es in aller Stille während des Weltkrieges das großartige und ausgezeichnete Werk des Topographischen Atlas von Korea, einer Gradabteilungskarte in 1:50 000. Fast sämtliche Blätter, 722 an Zahl, sind veröffentlicht und zeigen, daß Korea heute das topographisch am besten dargestellte Land des asiatischen Festlands ist. Der einzige Fehler dieses Kartenwerks besteht darin, daß es das Straßensystem nicht nach dem Stande zur Zeit der Aufnahme, sondern nach einem Plan darstellt, der später teilweise in veränderter Form, teilweise überhaupt nicht verwirklicht worden ist. Auf Grund der 50 000-Karte sind Kartenwerke in 1:200 000, 1:500 000 und kleineren Maßstäben gezeichnet und veröffentlicht worden. Sie alle enthalten jenen Straßenplan. Sämtliche mir bekannt gewordenen Ausführungen über die koreanischen Straßen in europäischen Büchern basieren auf ihnen, nicht auf persönlicher Anschauung, und entbehren daher einer sachlichen Grundlage. Man schreibt danach

dem koreanischen Straßensystem Leiterform zu, mit je einem Hauptzug entlang der West- und Ostküste der Landbrücke und verbindenden Quersprossen über die koreanische Hauptkette, und stellt Betrachtungen über den militär- und verkehrsgeographischen Wert dieses Systems an. Richtig ist, daß in jener älteren Periode von der Armee einige sehr gut angelegte Straßen unter strategischen Gesichtspunkten gebaut worden sind; aber in dem Maße, wie ihnen parallel Bahnlinien entstanden, verloren sie jenen Wert und gingen in die Zivilverwaltung des Generalgouvernements über. Sie erscheinen auf den Karten als Straßen erster Klasse, sind aber in dem Maße, wie sie die Rentabilität der Eisenbahnen zu bedrohen anfangen, systematisch vernachlässigt worden und heute größtenteils nahezu unbenutzbar. Erst jetzt fängt das Generalgouvernement an, diese Politik aufzugeben, und beginnt mit der Wiederherstellung, insbesondere der Hunderte von zerstörten Brücken. Als strategische Straßen können heute nur noch die Verbindung von Shingishu unfern der Yalummündung nach Chukochin an der Spitze des großen Nordbogens dieses Flusses sowie einige Wege von den Küstenstationen der Nordostbahn zur östlichen Hälfte der Nordgrenze gelten. Aber auch bei ihnen vermindert sich diese Bedeutung in dem Maße, wie die Herrschaft der mandschurischen Regierung bzw. der japanischen Armee in den angrenzenden Teilen der Mandschurei effektiv wird und Yalu sowie Toman den Charakter einer Wehrgrenze verlieren.

Selbst den Eisenbahnen Koreas kommt heute nur noch eine beschränkte strategische Bedeutung zu. Da die großen Truppentransporte vom Mutterland nach der Mandschurei durch das Japanische Meer über Seishin und besonders das Gelbe Meer über Dairen geleitet werden, besteht ihre militärische Bedeutung nur noch im Transport der Besatzungen von und nach ihren Standorten. Gewiß ist die große Längsbahn der Landbrücke von Fusan über Keijo nach Shingishu um die Zeit des Russisch-Japanischen Krieges für militärische Zwecke gebaut worden, unterdessen aber hat sich ihre Bedeutung gewandelt. Sie ist ein Glied des Personen- und Güterschnellverkehrsweges Tokyo—Mukden, dessen festländischer, über 1200 km langer Teil vom Schnellzug in 16 Stunden durchfahren wird. Das Generalgouvernement ist jetzt intensiv damit beschäftigt, die Bahnlinien Koreas zu einem Netz auszubauen. Dabei sind aber im wesentlichen wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend. Besondere Bedeutung wird künftig der östlichen Küstenbahn zukommen, von der aber noch sehr schwierige 400 km fehlen. Infolge der schroffen Gebirgsnatur des Landes sind überhaupt die technischen Schwierigkeiten und die Kosten fast überall sehr groß. Die Zahl von 4140 km Bahnlinien (1931) stellt daher eine für asiatische Verhältnisse ansehnliche Leistung dar. Die koreanischen Bahnen sind in mitteleuropäischer Spur gebaut und daher wesentlich bequemer und leistungsfähiger als die der japanischen Inseln, die die viel schmalere Kapspur benutzen. Bei einem Fahrpreis von 1,7 Sen = 1,4 Pfg. pro km 3. Kl. gehören sie zu den billigsten der Welt.

Da, wie betont, das Gelbe und das Japanische Meer für die Verbindung mit der

Mandschurei von der größten Wichtigkeit sind, betrachtet Japan natürlich die unbedingte Beherrschung beider Meere als Lebensfrage. An den Küsten des Gelben Meeres braucht es vorläufig, solange von China keine Gefahr droht und solange es sämtliche Zugänge zum Ostchinesischen Meer fest in der Hand hat, keine Flottenstützpunkte und befestigten Küstenplätze, aber gewappnet ist es auch hier für alle Fälle. Anders liegt der Fall am Japanischen Meer, dessen Anrainer auch heute noch Sowjetrußland ist. Die Lehren des Russisch-Japanischen Krieges haben zu den Landbefestigungen am wichtigsten östlichen Eingangstor ins Herz der Halbinsel, an der Bucht von Genzan, geführt. Die entsprechenden Befestigungen von Fusan und der benachbarte Kriegshafen Chinkai sind die kontinentalen Stücke der Tsushima-sperre, die das Japanische Meer im Südwesten verschließt. Infolge der Verschärfung der Beziehungen zu Rußland wird jetzt, nur 30 km von der dem Tomanfluß folgenden Grenze, an einer tief ins Land greifenden, von einer großen gebirgigen Insel abgeschlossenen Bucht mit gutem Ankergrund — das Ganze erinnert auffällig an Hongkong-Kaulun — der Kriegshafen Rashin gebaut. Die 125 km vor der koreanischen Ostküste gelegene, bis 1000 m aufsteigende alte Vulkaninsel Utsuryoto (Dagelet) bildet eine wertvolle, bisher noch nicht genutzte Reserve in den ausgezeichneten Sicherungs- und Stützpunktmöglichkeiten, die das Japanische Meer seinen Herren bietet.

In dem Maße, wie die gebirgige Halbinsel durch Straßen und besonders Eisenbahnen erschlossen wird, wird dieselbe aus der autarken Wirtschaft der koreanischen Gaue herausgerissen und in den großen Rahmen der japanischen Reichswirtschaft eingespannt. Japan bemüht sich, gestützt auf die westliche, durch eigene Versuche und Erfahrungen erweiterte Wissenschaft, mit Einsatz außerordentlich bedeutender Mittel um eine Hebung der koreanischen Wirtschaft, in der Absicht, die Kaufkraft der koreanischen Bevölkerung und damit die Absatzmöglichkeiten der eigenen Industrie zu erhöhen. Besonders wird natürlich die Produktion solcher Erzeugnisse gefördert, die das Mutterland braucht. Ausgezeichnet organisiert ist die Seidenraupenzucht, für die das Zentrallandwirtschaftsinstitut zu Suigen bei Keijo eine eigene Forschungs-, Überwachungs- und Lehrabteilung besitzt. Ebenso staatlich geregelt ist der Anbau des Tabaks, dessen Verarbeitung und Verkauf Staatsmonopol ist und einen wesentlichen Teil der öffentlichen Ausgaben deckt. Bis weit in den Nordwesten hinauf ermuntern Versuchsfelder, öffentliche Plakate, Anbauprämien zum Baumwollbau, dessen Erzeugungsquantum aber immer nur einen kleinen Teil des riesigen Bedarfs der japanischen Industrie wird decken können. Durch den Bau kostspieliger Überschwemmungsdämme, die Erweiterung der künstlich berieselten Flächen mit Hilfe großer Stauteiche und Kanäle, die Gewinnung von Marschland in den Wattbuchten des Gelben Meeres, wie sie die Fujii-Gesellschaft betreibt, durch die Verteilung von Saatgut, die Anleitung zu intensiverer Pflege der Felder und die Anlage von Mustergütern wird vor allem der Reisbau gefördert. Die Produktion ist seit der

Annexion viel schneller gestiegen als der Verbrauch der wachsenden Bevölkerungszahl, so daß der Reis heute mehr als die Hälfte der Gesamtausfuhr stellt. Immer stärker entwickelt sich die Einfuhr der billigen mandschurischen Hirse in die mittleren und südlichen Provinzen, die ein entsprechendes Mehrquantum des teuren Reises über die modern ausgebauten Häfen Gunzan, Moppo, Masan und Fusan nach Japan ausführen. Die koreanische Bevölkerung kauft von dem aus dem Tausch erzielten Erlös japanische Industrieerzeugnisse. So wird die Einschaltung Koreas in den japanischen Wirtschaftsorganismus von Jahr zu Jahr vollständiger.

Unter dem Schutz der Pax japonica und durch den energischen Kampf der japanischen Ärzte gegen die dezimierenden Krankheiten ist die Bevölkerung Koreas in der Zeit der japanischen Herrschaft von 13 auf mehr als 20 Mill. gewachsen. Der japanische Anteil an dieser Zahl ist zwar schneller gestiegen, beträgt aber auch heute erst 2,5%. Die tiefe Heimatsehnsucht lockt den Japaner immer wieder auf sein Inselland zurück, und die eigenwillige Beibehaltung seines leicht gebauten Holzhauses macht ihn gegen die winterlichen Kältegrade des stark kontinental beeinflussten koreanischen Nordens empfindlich. Infolgedessen ist die japanische Bevölkerung Koreas erst zu sehr geringem Teil bodenständig. Drei Viertel von ihr wohnen als Soldaten, Beamte, Kaufleute, Unternehmer, Gastwirte in den 17 größeren Städten, die meist nahe der Küste liegen, und ein ansehnlicher Teil des letzten Viertels besteht aus Küstenfischern. Ein bodenständig gewordenes japanisches Bauerntum fehlt in Korea bisher fast ganz. Die 1000 Reisbauern, die die Fujii-Gesellschaft in einem ihrer Köge südlich von Gunzan angesiedelt hat, bilden eine seltene Ausnahme. Das gute Land, das dem Japaner eine Lebenshaltung über dem Durchschnitt des koreanischen Bauern ermöglichen würde, ist bisher nicht in größeren geschlossenen Blocks von den Koreanern geräumt worden. Der einzelne Japaner aber wohnt nur ungern mitten zwischen Koreanern. In dieser Richtung beginnt sich aber gerade jetzt eine grundlegende Änderung anzubahnen. Die Koreaner haben nicht den tiefen Hang zur Heimat wie die Japaner. Sie sind leicht geneigt, auszuwandern, wenn sich ihnen eine Gelegenheit bietet. Wenn sie in den freien Siedlungsraum der angrenzenden Südmandschurei mit Ausnahme der an den koreanischen Nordzipfel grenzenden Landschaft Kantô bisher nur wenig vorgezogen sind, selbst nachdem die Mandschudynastie die Politik, ihr Ahnenland siedlungsleer zu halten, aufgegeben hatte, so liegt das daran, daß die chinesische Regierung und die chinesische Bevölkerung die Koreaner oft sehr schlecht behandelten. Das ist mit der Selbständigkeitserklärung der Mandschurei mit einem Schlage anders geworden. Die mandschurische Regierung und besonders ihre japanischen Ratgeber begünstigen jetzt aus leicht verständlichen Gründen die koreanische Einwanderung. Verschuldete Koreaner verkaufen in Massen den Rest ihrer Habe und wandern auf den billigen Boden der Mandschurei hinüber. Es ist bestimmt zu

erwarten, daß eine von den parlamentarischen Fesseln völlig befreite japanische Regierung die Stunde erkennt, die koreanische Umsiedlung aus den Südpровинzen nach der Mandschurei organisiert und geschlossene japanische Bauernsiedlungen in Südkorea anlegt. Ist das Klima von Südkorea im Winter doch nicht kälter als das von Mittelhondol! Es gibt nicht wenige Japaner, die damit rechnen, daß auf diesem Wege ganz Südkorea allmählich japanisches Bauernland wird.

Allerdings bedarf die Durchführung dieses Planes der Erfüllung einer Voraussetzung, die geradezu eine Kardinalfrage für die nächste Zukunft des mandschurischen Staates ist, und mit der daher auch eine kurze Betrachtung des letzteren beginnen muß. Es ist die Beseitigung des Räuberunwesens. In Korea ist der letzte Raubüberfall, auf einen Goldtransport von der amerikanischen Unsanmine zur Küste, 1916 erfolgt. Seither ist die Ordnung dieser japanischen Kolonie mit Ausnahme des Koreaneraufstandes von 1919 niemals gestört worden. Nur im Nordosten, wo die koreanische Grenze von Süden und Osten her bis zum alten Vulkan Hakutosan (2750 m) vorspringt, liegt ein dreieckiges Stück unbewohnten koreanischen Bodens von 50 km Nordsüd- und 100 km Westostausdehnung außerhalb des japanischen Polizeischutzes. Durch die dortigen Urwälder wechseln chinesische Räuber hinüber und herüber. Ich habe dort sechsmal Räuber gesehen und bin zweimal mit ihnen zusammengestoßen, kann also aus eigener Anschauung berichten. Die mandschurischen Räuber sind fast restlos ehemalige chinesische Soldaten, meist noch in Uniform. Zu den alten Changtsolin-Soldaten sind Verstärkungen aus den zersprengten Gruppen gestoßen, die nach der Ausrufung des mandschurischen Staates gegen die japanische Armee und die mandschurischen Regierungstruppen gekämpft haben. Die Räuberplage ist dadurch noch bedeutend gewachsen. Es gibt sicher mehrere hunderttausend Räuber in der Mandschurei; die offizielle Regierungszahl von 56 000 (Herbst 1933) ist natürlich aus der Luft gegriffen. Stellenweise und zeitweilig trägt dieses Bandenwesen noch den Charakter eines antijapanischen Guerillakrieges, und in diesem Sinne findet es offenbar in manchen Teilen der Bevölkerung Sympathie. Ein anderer Teil unterstützt es aus Angst. Von den Berufsräubern läuft über die Gelegenheitsräuber, die Räuberspione, die Hehler, die Käufer des Raubguts eine ununterbrochene Kette bis zu den Nurberaubten. Irgendwelche wesentliche Unterstützung erhalten die regulären Streitkräfte im Kampf gegen die Räuber durch die Bevölkerung also nicht, um so schwieriger ist derselbe daher. Mit der derzeitig zur Verfügung stehenden militärischen Macht ist eine schnelle Unterdrückung ausgeschlossen; ist Manchukuo doch viermal so groß wie die japanischen Inseln. Ohne eine japanische Teilmobilisierung scheint eine schnelle Säuberung unmöglich zu sein.

Zur Zeit meiner Anwesenheit in der Mandschurei im Spätherbst 1933 waren die Bahnen der Provinz Mukden (Fengtien) nicht mehr gefährdet. Alle Kunstbauten sind hier durch Verhaue geschützt und stark bewacht; die mandschurische Regierung

setzt in nächste Nähe der unzuverlässigen chinesisch-mandschurischen Soldaten Posten von weißen Russen; diese durch das Elend gestählten Leute scheinen sich gut zu bewähren. Abseits der Bahnen ist jedoch selbst die Provinz Fengtien noch nicht sicher. Man konnte im Herbst 1933 die kaiserlichen Nordgräber, 10 km von Mukden, ohne Gefahr nur an den Sonntagen besuchen, an denen japanische Truppen den Schutz übernahmen. Immerhin siedelt die Bevölkerung in Fengtien so dicht, daß Ernährung und Handel durch die Räuber nicht in ihren Grundpfeilern gestört werden. Sie begrüßt dankbar die jetzige gerechte Verteilung der Steuern und das Aufhören von Willkürakten von seiten der regulären Truppe und ist daher im großen und ganzen der neuen Regierung und Japan nicht feindlich gesonnen. In der Ostprovinz Kirin dagegen sind Überfälle auf die Eisenbahnzüge, selbst auf den am 18. Oktober v. J. eröffneten Changchun-Seishin-Express, häufig, und selbst in kleinere Städte rücken die Räuberbanden mit Musik und Maschinengewehren ein. Unsere deutschen Brüder von der Benediktinermision leiden hier schwer. Die Bevölkerung von Kirin, der von der Ernte oft nicht das Nötigste belassen wird, klagt Japan an, daß sein Eingreifen das Überhandnehmen des Räuberunwesens verschuldet habe. Nicht selten entweichen die Räuber dieser Provinz, wenn sie verfolgt werden, über die Sowjetgrenze, wo sie zum wenigsten unbehelligt bleiben! Die Provinz Heilungkiang schließlich ist sehr dünn besiedelt, und mit dem Seltenwerden des chinesischen Bauern vermindert sich auch die Zahl seiner Schmarotzer. Wie ernst aber auch hier die Gefahr ist, lehren die in den letzten Monaten sich häufenden Überfälle auf den Sibirienexpress. Alles in allem: Ehe mit dem Räuberunwesen nicht gründlich aufgeräumt ist, kann sich das mandschurische Staatswesen nicht festigen, und Japan kann die dortigen Rohstoff-, Ernährungs- und Absatzmarktreserven nicht voll aktivieren. Solange aber bildet die Mandschurei auch keine sichere Operationsbasis für einen Kampf gegen die Sowjets.

Für alle diese Ziele aber bedarf es in dem weiträumigen Land mit seinen spärlichen, zur Zeit der Regen und der Schneeschmelze oft grundlosen Wegen noch einer zweiten Vorbedingung: der Vereinheitlichung und des Ausbaus des Eisenbahnnetzes, dessen einzelne Strecken von den Russen, Chinesen und Japanern in gegenseitiger Rivalität je aus ganz verschiedenen Bedürfnissen heraus angelegt sind. Als schlimmster Fremdkörper in diesem Netz wirkt zur Zeit die bekannte, von den Russen gebaute „Ostchinesische Bahn“ Manchuli(Manchuria)—Harbin—Pogranitschnaja mit der Zweiglinie Harbin—Changchun (Hsinking). Sie besitzt die russische Spur, so daß in der „Neuen Hauptstadt“ Hsinking beim Übergang auf das Netz der Südmandschurischen umgeladen werden muß, eine ernste Erschwerung von japanischen Truppen- und Materialtransporten nach dem Norden. Wir Deutsche wissen zwar genau, wie schnell die Umnagelung auf Normalspur möglich ist, aber immerhin bedeutet die Strecke Hsinking—Manchuli eine Entfernung von fast 1200 km, nicht viel weniger als Warschau—Moskau. Wer heute einen Fahrplan der

Mandschurei in die Hand nimmt, der kann sich leicht überzeugen, wie kümmerlich zur Zeit der Personenverkehr unter der gegenseitigen Schikane von Russen und Japanern und unter der Räuberbehinderung in großen Teilen des Landes ist.

Immerhin hat die Energie der Japaner in der Richtung eines den neuen Verhältnissen entsprechenden Ausbaus während meiner Anwesenheit einen sehr wesentlichen Schritt vollendet: die Fertigstellung der Verbindung von Hsinking über Kirin und Tunghwa nach den nordostkoreanischen Häfen Yuki und Seishin. Die beiden koreanischen Endstrecken dieser Bahn sind mit dem 1. Oktober v. J. im Interesse der Einheitlichkeit des Betriebes aus der Hand des Generalgouvernements Korea in die der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft übergegangen, und die genannten beiden Handelshäfen, für die der dazwischenliegende Kriegshafen Rashin in kurzem den Schutz übernehmen wird, sind zur Zeit in einem rapiden Aufschwung. Sobald die Zuführungslinie von Harbin zu der genannten Bahn vollendet sein wird, soll über sie die kürzeste Verbindung von Europa nach Tokyo laufen. Seit einigen Monaten legen die japanischen Personendampfer, die von Wladiwostok nach Tsuruga an der japanischen Nordwestküste fahren, in Yuki und Seishin an. Bald werden sie nur noch von Yuki abgehen. Schon jetzt ist die Verbindung zwischen der Mandschurei und dem russischen Ussurigebiet in Pograntschnaja völlig unterbrochen. Die einstmals sehr starke Beförderung von Sojabohnen, -öl und -preßkuchen aus der Mandschurei über Wladiwostok nach Japan hat aufgehört. In kurzem wird auch das andere russische Endstück der großen transeurasischen Kontinentallinie, die Amurbahn, endgültig aus dem Weltverkehr ausgeschaltet sein. Das russische Amurland, das geopolitisch schon längst eine Verkümmerspizze ist, wird dann auch verkehrsgeographisch eine Sackgasse sein — es sei denn, daß unterdessen der russische Teil Monsunasiens dem ostasiatischen Staatenverband eingegliedert ist.

Kurz bevor die Amurbahn bei Habarowsk auf einer riesigen Bogenbrücke — zu deren Wiederherstellung die Sowjets sieben Jahre brauchten! — den Amur kreuzt, sieht man einen weißen Obelisk aus der Ebene ragen, der an den Sieg der Roten Armee über die Weißgardisten, Tschechen und Japaner im Jahre 1922 erinnert und die letzteren daran mahnt, die wehrgeographischen Schwierigkeiten der riesigen Raumweite der wasserarmen Steppen und weglosen Sumpfwälder im nördlichsten Monsunasiens nicht zu unterschätzen. Die Eisenbahnentfernung Moskau—Manchuli beträgt zwar 6700 km, die Tokyo—Manchuli über Korea aber immerhin auch 4100 km! Die Unterschiede der zu bewältigenden Entfernungen sind also in einem künftigen Krieg nicht mehr so groß wie 1904/05. Denn sollte die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den beiden Herren des nördlichsten Monsunasiens Wirklichkeit werden, so werden sich die Kriegshandlungen — darin stimme ich mit so guten Kennern wie v. Niedermayer und Plaetschke überein — im wesentlichen auf vier Stellen konzentrieren: um Pograntschnaja, die Sungarimündung, den Raum Mergen—Aigun, vor allem aber auf die Westhälfte der Steppenlandschaft Barga

östlich von Manchuli. Die zwischen diesen vier verkehrsleitenden schmalen Zonen gelegenen weiten Räume sind größtenteils noch wenig erforscht. So weit sie bekannt sind, bilden sie schwer überschreitbare Gebirge, zum Teile mit Urwäldern und versumpften Tälern. An den drei erstgenannten Stellen dürfte die Lage der Russen sich bald schwierig gestalten. Denn jeglicher Nachschub für die an ihnen kämpfenden Truppen ist nur über die Amurbahn möglich. Zwar ist im Frühling vorigen Jahres der Bau einer Entlastungsbahn in Angriff genommen, die ungefähr unter dem 54. Breitenkreis zur Amurmündung führen soll. Ihre Vollendung dürfte bei den großen Schwierigkeiten, die der ewig gefrorene Untergrund mit seinen Aufhebungen macht, eine ganze Reihe von Jahren dauern. Außerdem zweigt sie erst am nördlichsten Punkt der Amurbahn, bei Uruscha, von dieser ab. Der am stärksten gefährdete Teil der letzteren liegt jedoch westlich von dieser Station, auf der etwa 700 km langen Strecke zwischen Nertschinsk und Jerofei Pawlowitsch. Dieselbe quert das gebirgige Land, in dem der Große Chingan mit der Stanowoikette verwächst, und ist eilig während des Weltkrieges gebaut, um Rußland die Materialzufuhr vom Pazifischen Ozean her zu ermöglichen, ohne den bis 1917 neutralen Boden der Mandschurei kreuzen zu müssen. Sie trägt in ihrer schwerfälligen Linienführung alle Mängel dieser eiligen Herstellung und ist seither nicht verbessert worden. Der jetzt begonnene zweigleisige Ausbau ändert an den Hauptmängeln wenig. Außerdem wird die ganze, fast 3000 km lange die mandschurische Nord- und Ostgrenze in geringem Abstand begleitende Amurbahn japanischen Bombengeschwaderangriffen ausgesetzt sein. Die Gefahr der völligen Isolierung der im Amurland kämpfenden russischen Divisionen ist daher groß, auch wenn es den japanischen Truppen zunächst nicht gelingen sollte, von einer der genannten Stellen aus bis zur Amurbahn vorzustoßen. Die Barga dürfte also der einzige Kriegsschauplatz sein, zu dem den Sowjets ein geregelter Nachschub möglich sein wird, während Japan über die uns aus dem Weltkrieg bekannten Vorzüge einer zentral gelegenen Operationsbasis verfügt.

Kehren wir zum Ausgangspunkt dieses Berichtes zurück, der mit voller Absicht ausschließlich an das Selbstgeschaute und Selbstgehörte anknüpft und daher keinerlei Abrundung erstrebt! Die Erfolge, die das für asiatische Verhältnisse kleine und an Naturschätzen in seiner Heimat arme japanische Volk in seiner Festlandspolitik seit dreißig Jahren erringt, beruhen letzten Endes auf seinen seelischen Qualitäten, auf einer kollektiven Begabung nationalen und sozialen Charakters. Die Nötigung zu dieser Politik ergibt sich aus dem rapiden Wachstum des Volkes, dessen jährlicher Bevölkerungsüberschuß jetzt die Million überschritten hat, und die Inselnatur begünstigt die straffe Zusammenfassung aller nationalen Kräfte. Den benachbarten Festlandsvölkern, von denen die Koreaner um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf einer Fläche so groß wie die japanische Hauptinsel immerhin die Hälfte der damaligen Japaner ausmachten, während die Zahl der Chinesen etwa

das Fünffache der Japaner beträgt, fehlt die Fähigkeit zu einer Zusammenfassung ihrer völkischen Kräfte auf nationale Ziele. Der ungeheuren Masse der chinesischen Bauern und Händler gegenüber, die nur ein individuelles Interesse je an ihrer kleinen Einzelwirtschaft kennen und die sich zu gemeinsamem Handeln nur so weit zusammenfinden, wie diese Individualinteressen bedroht sind, haben sich bisher alle auf ein Gemeinschaftserleben hin gerichteten Erziehungsversuche der Kuomintang als im wesentlichen erfolglos erwiesen. Immer noch gilt in Japan das Sprichwort: „Unter den Blumen die Kirschblüte, unter den Männern der Krieger!“, in China dagegen: „Gutes Eisen taugt nicht für Nägel, und gutes Menschenmaterial nicht für Soldaten“. Der Eindruck, den ich von China bei meinem kurzen Besuch erhielt, war, knapp zusammengefaßt, der eines politischen, wirtschaftlichen und moralischen Chaos. Schon aus diesem Grunde werden die Japaner noch eine gewaltige Erziehungsarbeit an den mandschurischen Chinesen zu leisten haben, ehe der Bestand des mandschurischen Staates gesichert sein wird. Leicht aber kann dann einmal ein so gewecktes Gemeinschaftsempfinden in der Mandschurei einen antijapanischen Charakter erhalten.

Japan bezahlt die hohen Kosten seiner Festlandsexpansion mit Hilfe einer Ausfuhrexpansion, wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen hat. Die beispiellose Preisunterbietung beruht darauf, daß der Reisstandard der Ernährung weit billiger als der Fleischstandard ist, und darüber hinaus darauf, daß die japanische Inflation die Nominalhöhe der Inlandpreise nicht wesentlich gesteigert hat. China wird von japanischen Waren überschwemmt, obwohl der Boykott gegen sie immer noch proklamiert wird. Überall auf der philippinischen Hauptinsel Luzon trifft man japanische Reklameschilder, und selbst für einen langen Transport so preismempfindliche Waren wie Flaschenbier und Mineralwasser sind dort japanischen Ursprungs. Die gleichen Eindrücke boten die Straits und Sumatra. Das deutsche Schiff, mit dem ich in die Heimat zurückkehrte, hatte u. a. japanische Baumwollwaren für Abessinien und japanische Gummischuhe für Marokko an Bord! Japan, dessen Technik und Industrie auch heute noch immer wieder durch die Wissenschaft des Westens genährt wird, fordert mit dieser schrankenlosen Ausfuhrexpansion alle Industrieländer der Erde heraus. Unsere eigenen Ausfuhrinteressen in Niederländisch- und Britisch-Indien, ja in viel näher gelegenen Ländern sind schwer bedroht. Die heroische Nation des Fernen Ostens beschwört damit für sich selbst Gefahren herauf, die ihrer Weltstellung leicht verhängnisvoll werden können.

GUSTAV FESTER:**Das Chacoproblem III**

Der Bericht schließt an die Aufsätze im Novemberheft 1932, S. 664 ff., und im Märzheft 1933, S. 136 ff., an. Wir bitten, die dort auf S. 665 bzw. S. 138 und 140 gebrachten Karten auch zur Verdeutlichung der folgenden Ausführungen heranzuziehen.

Die Schriftleitung.

Diplomatisches Chassez-Croisez

Im vorhergehenden Bericht war die Hoffnung ausgesprochen worden, der ganze Chacokonflikt werde baldigst zum Abschluß kommen. Tatsächlich aber herrscht nach wie vor Krieg, und zwar sind die Ereignisse des Jahres 1933 fast durchweg als militärischer und diplomatischer Stellungskrieg zu bezeichnen. Erst die allerletzten Wochen haben das *molto largo* in ein *presto furioso* verwandelt — in militärischer Hinsicht zunächst, was dann auch auf die Diplomatie gleichsam als Abfuhrmittel gewirkt hat.

Es ist schwer, über die ebenso umfangreiche wie ergebnislose diplomatische Jahresproduktion bis Dezember keine Satire zu schreiben. Die Hauptstadien sollen hier nur kurz angeführt werden: die Einzelheiten bieten nur wenig Interesse und sind auch nur teilweise bekannt geworden.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Washington setzte die sogenannte ABCP.-Vermittlung ein; sie erfolgte auf Grund vorläufiger Abmachungen zwischen Argentinien und Chile in Mendoza, denen sich dann Brasilien und Peru anschlossen. Den Kernpunkt des Vorschlages bildete der Rückzug beider Kontrahenten aus der Kampfzone bis zum Rio Paraguay bzw. bis Ballivian am Pilcomayo. Die Verhandlungen, die bis Anfang Mai dauerten, scheiterten in erster Linie an der Weigerung Boliviens, seine Hauptbasis zu räumen. Am 10. Mai erfolgte dann die Kriegserklärung durch Paraguay; gleichzeitig ging die weitere Vermittlungsaktion an den Völkerbund über.

Die Nachbarn der kriegführenden Staaten erklärten ihre Neutralität. Hinsichtlich ihrer Interpretation kam es zu einem wiederholten Notenwechsel zwischen Argentinien und Bolivien, als nämlich bolivianische Flugzeuge Bomben auf die argentinischem Kapital gehörige Tanninfabrik von Puerto Casado abwarfen, und als andererseits Argentinien den Grenzübergang Puerto Irigoyen sperrte, über den das bolivianische Heer bis dahin mit Lebensmitteln versorgt worden war.

Die Genfer „G'schaftelhuber“ stürzten sich zunächst mit großer Begeisterung auf die neue Aufgabe, mußten aber bald ein Haar darin finden und waren offenbar froh, das Mandat Ende Juli wieder einmal an die ABCP.-Staaten zurückgeben zu können. Paraguay hatte verlangt, daß die Bolivianer bis Villa Montes (siehe Skizze IX/II, Seite 665) zurückgingen, und letztere waren nicht damit einverstanden, daß die Völkerbundkommission Vollmacht erhielt, die Einstellung der Feind-

seligkeiten anzuordnen: nur über den Punkt waren sich beide Kontrahenten einig, daß nämlich die Nachbarn eher zur Vermittlung qualifiziert seien als die Genfer Beauftragten.

Die zweite ABCP.-Vermittlung lag im wesentlichen in Händen des brasilianischen Außenministers Mello Franco. Am 26. August wurde den beiden Parteien eine Note überreicht, die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und Annahme eines Schiedsgerichts vorschlug. Im übrigen sind die Einzelheiten des Vermittlungsversuchs und die Gründe des Scheiterns Ende September nicht genau bekanntgeworden; es scheint, daß Brasilien mehr die Bolivianer begünstigte, während die anderen Staaten den paraguayischen Standpunkt vertraten. Das Mandat ging jetzt wieder einmal an Genf zurück; doch traten nunmehr militärische Ereignisse ein, welche auch den Verhandlungen einen kräftigen Impuls gaben.

Die militärischen Ereignisse im Dezember 1933

Die im 2. Bericht erwähnte bolivianische Gegenoffensive war nach gewissen Anfangserfolgen etwa im März mit der Rückeroberung des Forts Aliquata (bei Saavedra, siehe Skizze X/3, S. 138) zum Stehen gekommen. Von da an bis November herrschte im wesentlichen ein Stellungskrieg. Die zahlreichen Kampfhandlungen, bei denen sich in der Regel beide Parteien den Sieg zuschrieben, haben keine nennenswerte Veränderung der im zweiten Aufsatz gekennzeichneten Frontlinie vom Jahresbeginn herbeigeführt. Den Hauptkampfplatz bildete der Saavedra-Abschnitt im Süden, doch gingen einige der bolivianischen Offensivstöße auch gegen den rechten paraguayischen Flügel bei Corrales-Toledo in Richtung auf die Mennonitenkolonien und die Casado-Eisenbahn. Soweit man sich aus den Berichten ein Bild zu machen vermag, scheint der paraguayische Führer Estigarrabia im wesentlichen eine Zermürbungstaktik verfolgt zu haben; die überraschenden Ereignisse am Jahresschluß haben ihm darin recht gegeben. Eine seiner Gegenoffensiven führte bereits am 15. September zu einem nennenswerten Erfolg, indem 900 Gefangene und erhebliches Kriegsmaterial in seine Hände fielen; nebenbei bemerkt, haben die Paraguayyer, die nur wenig Auslandslieferungen erhielten, sich wohl den Hauptteil ihres Waffen- und Munitionsbedarfs auf der Gegenseite „besorgt“. Soweit Paraguay ausländisches Kriegsmaterial erhält, wird es auf der Reede von Buenos Aires in Leichter umgeladen, die den internationalen Wasserweg des Parana-Paraguay aufwärts geschleppt werden. Bolivien versorgt sich hauptsächlich über den peruanischen Hafen Mollendo. Daß die Bestrebungen der ausländischen Rüstungskonzerne kriegsverlängernd wirken, kann vermutet werden, wenn auch naturgemäß peinlichste Diskretion gewahrt wird.

Im November machte sich dann eine erneute stärkere Erschütterung der bolivianischen Front bemerkbar, die im Aliquata-Abschnitt um 15 km zurückgenommen wurde; auch fiel das Fort Mariscal Lopez im Norden wieder in paraguayische

Hände. Es war dies aber nur das Vorspiel des großen Schlages, den man auf paraguayischer Seite wohlweislich auf den Beginn der Regenzeit und anderer Plagen der „grünen Hölle“ verlegt hatte.

Finale?

In den ersten Dezembertagen begann der paraguayische Hauptangriff im Saavedra-Samaclay-Abschnitt, während die auf dem rechten Flügel vorgehende Kavallerie mehr der Verschleierung diente. Der inzwischen zum General beförderte paraguayische Führer Estigarribia wandte abermals die Methode der doppelseitigen Umfassung an; es gelang ihm, nachdem schon am 7. Aliquata wieder in seine Hände gefallen war, erhebliche Teile des bolivianischen Heeres zwischen diesem Fort und dem Hauptstützpunkt Saavedra einzukesseln. Gerade der etwas vorspringende Frontteil bei Aliquata war eine der Hauptschwächen der bolivianischen Stellung gewesen; daher konnten die mit dem Gelände wohlvertrauten Paraguayer den Bolivianern die rückwärtigen Verbindungen abschneiden, die nur aus wenigen und zur Zeit vielfach verschlammten Schneisen im Dickicht bestehen. General Kundt hatte die vom bolivianischen Kriegsrat empfohlene Räumung von Aliquata abgelehnt; nach der Niederlage wurde er im Oberbefehl durch General Peñaranda ersetzt.

Nachdem ein Entsatzversuch vereitelt worden war, mußten die beiden nordöstlich von Saavedra eingekreisten bolivianischen Divisionen am 11. Dezember die Waffen strecken. Den Paraguayern fielen damit, einschließlich der in den folgenden Tagen gemachten Gefangenen, zwei Divisionskommandeure, etwa 300 Offiziere und über 10000 Mann in die Hände, dazu 20 Geschütze, 25 Minenwerfer, 60 Lastautos usw. Wenn man bedenkt, daß auf beiden Seiten kaum mehr als je 30—40000 Mann im Felde stehen dürften, kann man die Bedeutung dieses südamerikanischen Tannenberg für den weiteren Kriegsverlauf ermessen; insbesondere der Offiziersverlust wird auf bolivianischer Seite kaum zu ersetzen sein. Die bolivianische Südmee jedenfalls ist praktisch „außer Gefecht gesetzt. Das erste Korps, das ebenfalls nur noch wenige tausend Mann zählen dürfte, räumt am 12. Samaclay, am 14. das stark ausgebaute Saavedra und zieht sich auf das ehemalige Hauptquartier, den letzten Stützpunkt Muñoz, zurück. Am 20. Dezember, nach paraguayischer Version unmittelbar vor, nach bolivianischer einige Stunden nach Beginn des Waffenstillstandes, besetzte das paraguayische Heer auch noch die letzte Frontlinie Bolívar—Corrales—Muñoz—Sorpesa, so daß also zu Jahresschluß die Front ungefähr nord-südlich längs des 61. Meridians verlief.

Inzwischen war die unter dem Spanier Alvarez del Vayo stehende Völkerbundkommission gerade rechtzeitig auf dem Kriegstheater erschienen; in den Tagen der bolivianischen Niederlage befand sie sich in La Paz, so daß sie von einem Besuch dieser Frontseite Abstand nehmen mußte. Zur gleichen Zeit begannen die Vermittlungsversuche der panamerikanischen Konferenz in Montevideo; durch

die Bemühungen des uruguayischen Präsidenten Terra gelang es, eine kurze Waffenruhe vom 21. bis 31. Dezember zustande zu bringen (es zweifelt aber niemand, daß das Hauptverdienst daran auf der Seite des Generals Estigarribia lag!). Die Verhandlungen, die jetzt folgten, standen von vornherein unter einem ungünstigen Stern. Einesteils wegen der angeblichen oder tatsächlichen Waffenstillstandsverletzung durch die Besetzung von Muñoz. Zum anderen aber befürchteten die Paraguayer, die Bolivianer könnten die Frist zur militärischen Konsolidierung benutzen, und schließlich werde ihnen die Diplomatie das wieder rauben, was sie mit der Waffe erstritten hatten. Insbesondere bestand Paraguay darauf, die ihm durch den Präsidenten Hayes seinerzeit zuerkannte Zone (innerhalb derer auch Muñoz liegt) müsse von dem künftigen Schiedsspruch ausgeschlossen sein, und weiter habe das bolivianische Heer bis zur Status-quo-Linie von 1907, also fast bis zum 62. Meridian, zurückzugehen.

Der Waffenstillstand wurde dann noch einmal bis zum 6. Januar verlängert, ohne daß jedoch die Verhandlungen, die nach Abschluß der panamerikanischen Konferenz nach Buenos Aires verlegt wurden, irgendwelche Fortschritte machten. Eine nochmalige Verlängerung des Waffenstillstandes wurde von Paraguay abgelehnt. So begann am 7. Januar der neue Vormarsch, der zunächst zur Besetzung einiger weiterer von den Bolivianern geräumter Forts bei Muñoz und auf dem rechten Flügel (Platanillos usw.) führte; mit der Besetzung des letztgenannten Stützpunktes hat Paraguay annähernd seine Status-quo-Linie von 1907, den Meridian 61° 30' erreicht.

Mit dem Wiederaufleben des Krieges war die Aktion des Völkerbundes, die er in seiner mageren Jahresbilanz als Erfolg bereits im vorweg diskontiert hatte, gegenstandslos geworden; allerdings scheinen die inoffiziellen Bemühungen fortzudauern. Als Nebensatyrspiel sei noch ein Protest Uruguays erwähnt, weil man den Schauplatz der letzten Verhandlungen von Montevideo nach Buenos Aires verlegt hatte.

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Wie die Wellen aus ganz großen Erdbebenzentren fühlbar über die ganze Erde jagen, so strahlen die großen Erschütterungszentren der Politik nach allen Richtungen aus. Die Welt der Gegenwart hat zwei große Herde der politischen Erschütterung: Mitteleuropa und den Fernen Osten; in der Mitte des einen lebt das deutsche Volk; darum ist er uns in ständiger Bewußtheit; der andere ist uns ferner; darum ist er den meisten Menschen im Westen des eurasischen Kontinents fremd; selten werden die Zusammenhänge, die vom Fernen Osten nach Mitteleuropa, von Mitteleuropa nach dem Fernen Osten führen, in ihrer vollen Bedeutung richtig gewertet. Wenn

wir einmal auch von der atlantischen Seite her die Grenze der Berichterstattung nach Asien zu überschreiten, so geschieht es aus der Notwendigkeit heraus, die Bedeutung der beiden Krisenherde für die großen Weltmächte atlantischen oder eurasischen Gepräges gegeneinander abzuwägen.

Was in Ostasien vor sich geht, ist den Lesern unserer Zeitschrift aus den indo-pazifischen Berichten so wohlvertraut, daß darüber an dieser Stelle nichts gesagt zu werden braucht. Hier haben wir es zu tun mit den Rückwirkungen, die von den ostasiatischen Vorgängen nach dem atlantischen Bereich gelangen; und damit um Einwirkungen, die nicht leicht auf einen Nenner gebracht werden können. Richtig zu verstehen sind sie nur dann, wenn die politische Ausgangslage der großen Weltmächte mit einem Höchstmaß von Nüchternheit gesehen wird.

Von den fünf Weltmächten der Gegenwart haben drei sowohl ein atlantisches wie ein pazifisches Gesicht: das britische Empire; die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Sowjetunion; eine — Japan — ist so gut wie ausschließlich indo-pazifisch bestimmt, eine — Frankreich — hat das Schwergewicht ihrer Interessen (trotz den 20 Millionen indochinesischer Untertanen) im atlantischen, europäisch-afrikanischen Bereich. Von diesen fünf Mächten ist Japan die einzige, die aus der Schmalheit ihrer Basis heraus expansive Politik treibt. Auf Kosten einer ehemaligen, heute passiven und in sich selbst zerfallenden Weltmacht — China — schneidet sich Japan aus dem asiatischen Kontinentalkörper eine für weitere Behauptung als Macht ersten Ranges benötigte Raum- und Rohstoffreserve heraus; damit verändert sich das Gleichgewicht der Macht in riesigem Ausmaß; die Dynamik der mandschurischen Vorgänge zwingt nun die gesamten übrigen großen Mächte zum mindesten zu einer Verlagerung ihrer Wachsamkeit; und dies in einer abgestuften Reihenfolge: Je größer das Besitzinteresse einer Macht im Fernen Osten; je größer daher die Gefährdung durch die japanische Expansion, um so stärker wird das Bedürfnis sein, sich an anderen Stellen der Erde zu entlasten. Versucht man nun, eine Reihe der Besitzgefährdung durch Japan aufzustellen — eine schwierige Aufgabe, die dadurch nicht leichter wird, daß man den Wert des gefährdeten Besitzes für die besitzende Macht recht verschieden einsetzen kann —, so wird sie (abgesehen von China, das der unmittelbar Leidtragende ist) mit der Sowjetunion beginnen müssen; dann folgen die Vereinigten Staaten, dann erst das britische Weltreich; an vierter Stelle kommt Frankreich. Am unmittelbarsten bedroht sind die Besitzungen der Sowjetunion östlich des Baikalsees mit der abgeriegelten Spitze von Wladiwostok, deren Flugentfernung nach der japanischen Hauptinsel allmählich in den Bereich praktischer Bewertung rückt. In zweiter Linie bedroht — erst dann, wenn den Japanern eine Sicherung ihres nordchinesischen Besitzes gelungen sein würde — ist die Philippinenstellung der Vereinigten Staaten, die den Eingang zum austral-asiatischen Mittelmeer gegen Nordosten bewacht; mit ihr die gesamt-angelsächsische Stellung im chinesischen Wirtschaftsbereich. Dann erst — damit aber auch in der

gründlichsten, das heißt lebensgefährlichen Weise — erscheint die Bedrohung des britischen Weltreichs, das sich mit der Aufgabe von Weihaiwei aus dem Ostchinesischen Meer zurückgezogen hat, aber entschlossen sein muß, das Südchinesische Meer zu bewachen — soll nicht der Weg nach Indien freigegeben, sollen nicht Australien und Neuseeland auf lange Sicht geopfert werden. Singapore ist für das britische Weltreich von heute sehr viel mehr, als jemals etwa Gibraltar für ein früheres Britisches Reich gewesen ist. England weiß, daß um Singapore gekämpft werden müßte; und darum bereitet man die Verteidigung vor; aber man ist immer noch der Meinung, daß es lange Weile haben wird, bis ein japanischer Angriff nach Süden möglich sein wird; und es gibt in beiden angelsächsischen Mächten genug Beurteiler, die des Glaubens, vielleicht auch nur der fröhlichen Hoffnung sind, daß die Japaner sich in ihrer kontinentalen Expansionsrichtung zwischen Chinesen und Russen festfahren und so im eigentlich pazifischen Bereich weniger gefährlich sein werden. Am leichtesten wird die Betrachtung der ostasiatischen Entwicklung den Franzosen, denen ihr eigener Besitz in Indochina, und gar in Ozeanien, verhältnismäßig fern liegt. Sie wissen, daß ein Angriff auf Indochina die Angelsachsen ebenso schwer träfe wie sie selbst, und glauben daher in der Lage zu sein, das japanische Vordringen in der Mandschurei noch fördern zu können. Das Entlastungsbedürfnis an anderen politischen Fronten ist daher am geringsten bei den Franzosen, größer bei Engländern und Amerikanern, am größten bei den Russen. Die Konzentration der russischen Armee im Fernen Osten erzwingt eine Friedenspolitik um jeden Preis im Westen; sie ist zugleich nur möglich durch die rücksichtslose Verlagerung des industriellen Schwergewichts in das Gebiet östlich der Wolga, die das Kennzeichen des ersten Fünfjahresplanes war. Liest man den Jahresbericht Stalins, den er, wie üblich, im Januar gehalten hat, vor dem Hintergrund dieser nüchternen Tatsache, so wird manches durchsichtig, was sonst nicht leicht zu verstehen ist. Der große Kontinentalkörper der Sowjetunion ist heute vor allem in seinem Verkehrsgerippe noch nicht stark genug, nach zwei Seiten mit gleicher Festigkeit aufzutreten. Die Vereinigten Staaten haben es darin leichter; aber auch im Fall der Vereinigten Staaten wird man darüber klar sein müssen, daß der Flottenausbau Roosevelts ausschließlich ein pazifisches Gesicht hat — auch dann, wenn man nach der Demonstration der Anerkennung der Sowjets die pazifische Flotte nach den atlantischen Häfen zurückgeholt hat! Auch in Amerika sehen die weitblickenden Köpfe heute mehr nach dem Stillen Ozean als nach dem Atlantischen; und wenn der Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte nach einem Freundschaftsbesuch beim Gouverneur von Niederländisch-Indien in Singapore eintrifft, um eine Konferenz der britischen Kommandeure im indopazifischen Bereich abzuhalten, dann bedeutet das zum mindesten zeitlich, daß er sich weniger für das Schicksal der Genfer Abrüstungskonferenz interessiert... Frankreich ist an alledem sehr viel weniger beteiligt; und die Mittelmeermacht Italien ist es über-

haupt nicht (Mussolinis anti„gelbe“ Worte sollten nicht überschätzt werden; sie haben ihren guten Anlaß darin, daß der japanische Wirtschaftseinfluß nach Abessinien vorgestoßen ist; das ist bitter nicht nur für Italien, aber einstweilen kein Ereignis von unmittelbarer Gegenwartsbedeutung, auch wenn man ein solches Symptom als Wegweiser in eine vielleicht sehr ferne Zukunft wohl beachten darf).

Deuten wir so die Rückwirkungen ostasiatischer Vorgänge auf das Verhalten der großen atlantischen Mächte (die Rückwirkung europäischer Vorgänge auf das ostasiatische Kraftfeld hat uns an dieser Stelle nicht zu beschäftigen) — so müssen wir uns Rechenschaft darüber ablegen, wie verschieden das Abziehen großmächtlicher Wachsamkeit nach dem Fernen Osten gewertet werden kann. Der Rückzug der Vereinigten Staaten aus der europäischen Politik, die Rückwendung der Sowjetunion nach Asien; das steigende Desinteressement der beiden großen Kontinentalmächte an dem europäischen Kleinstaatsensystem kann für Innereuropa eine Entlastung sein; aber es ist eine Druck-Entlastung für sehr verschiedenartige Mächte; und es kann eine Möglichkeit zu gesteigertem Wirken für jene Mächte bedeuten, die an ostasiatischen Entscheidungen erst in zweiter oder dritter Linie beteiligt sind. Das sind neben den Staaten der europäischen Mitte auch die beiden lateinischen Großmächte. Die Waage der Außenpolitik ist im Zeitalter universaler Weltbeziehungen ein so feines Instrument, daß die Vorausberechnung nicht nur großer, sondern auch kleiner Gewichtsverschiebungen zu einer schweren Aufgabe wird.

Das erweist sich auch an der Beurteilung, welche die verschiedenen europäischen Vertragsabschlüsse, Verhandlungen und Vorschläge in den letzten Wochen gefunden haben. Wie völlig widerspruchsvoll sind doch die Beurteilungen, die etwa die Verhandlungen um den Balkan- oder Baltikumpakt, die Memoranda zur Abrüstungsfrage, der deutsch-polnische Zehnjahresvertrag gefunden haben! Dabei wollen wir uns hüten, in dieser Verschiedenheit des Urteils in den einzelnen Ländern lediglich die gewollte taktische Stellungnahme einer dirigierten Presse zu sehen — es liegt ein wirkliches Schwanken des Urteils darin; und dieses Schwanken des Urteils hat einen wesentlichen Grund darin, daß die wenigsten europäischen Beurteiler in der Lage sind, abzuwägen, welches Maß von Kräften der großen Mächte nach dem Fernen Osten abgezogen ist; wie weit man also die Bewegungsfreiheit der Mächte gehemmt oder verstärkt zu sehen hat. So ist es schon schwer genug, den augenblicklichen Stand der Mächtebeziehungen innerhalb einer schnellen Dynamik klar zu sehen; noch viel schwerer ist es, vorherzusagen, welche Folgerungen von den einzelnen Mächten aus dieser Labilität gezogen werden. Um in der Sprache der Vorkriegszeit, etwa der beginnenden Tirpitz-Periode, zu sprechen, wird augenblicklich eine Risikozone durchlaufen, in der durchaus unentschieden ist, ob das britische Weltreich sein europäisches Ruhebedürfnis dadurch zu sichern sucht, daß nach einem neuen Gleichgewicht der Mächte gestrebt wird — dahin deutet die letzte britische Abrüstungsnote —, oder dadurch, daß die Vorherrschaft einer bestimmten

Macht oder Mächtegruppierung bedingungslos gestützt wird — eine Haltung, zu der die britische Außenpolitik in der Nachkriegszeit immer wieder zurückgekehrt ist. Anders ausgedrückt: Wann erscheint das Problem der englischen „Sicherheit“ so eindrucksvoll vor der britischen öffentlichen Meinung, daß Macdonald und Baldwin dadurch in eine Zwangslage kommen? Eine Zwangslage, aus der es wiederum verschiedene Auswege gibt... Daß Ähnliches für Frankreich gilt, braucht kaum gesagt zu werden.

In dieser allgemeinen Druckempfindlichkeit ist es begreiflich, wenn allenthalben, vor allem seitens der kleineren Mächte, nach Entspannung gesucht wird. Die russische Westgrenze ist heute weitgehend entlastet; damit sind es zugleich die Ostgrenzen einer Reihe von ostmitteleuropäischen Staaten. Sie haben nun Zeit, ihre sonstigen Grenzprobleme zu prüfen... Kein Wunder, daß für das Wort Revision eine wenig günstige Zeit ist. Wenn etwas feststeht, so ist es das Zurückweichen des italienischen Einflusses im südöstlichen Europa; damit die diplomatische Notlage sowohl Ungarns wie Bulgariens, aber auch Österreichs. Bulgarien versucht vergeblich, sich dem Druck der Balkanpaktmächte zu entziehen, die unter Führung der Türkei zu einem Dauerfrieden des stark erweiterten Meerengebietes streben; wobei natürlich Bulgarien am meisten zu leiden hat; es ist etwas viel verlangt, wenn Bulgarien auf jede Revision seiner Grenzen verzichten soll... Entlastung durch einen Friedenspakt ist immer doppelseitig. Den größeren Gewinn hat derjenige Partner eines solchen Paktes, der an eigenen Bewegungszielen auf Kosten des anderen weniger zu opfern hat. Jeder Vertrag wird stillschweigend unter der *clausula rebus sic stantibus* geschlossen. Es gibt weite Teile der Erde, in denen man glaubt, schon weiter zu sein; in denen man Grenzsicherungsverträge ohne Vorbehalt schließt; es gibt sogar Gebiete — wie etwa die kanadisch-amerikanische Grenze beweist —, in denen man wegen der Selbstverständlichkeit des Friedens nicht einmal einen Friedenspakt nötig hat. In Europa ist das anders. Die wenigsten Unterzeichner europäischer Friedenspakte werden der Meinung sein, daß damit Grenzen und Machtverhältnisse für alle Ewigkeit gesichert seien... Und weil sie es nicht sind, daher die tiefe Unehrlichkeit etwa der Genfer Friedensatmosphäre.

Wir haben in dem diesmaligen Bericht einmal versucht, ein Gesamtbild zu zeichnen; es bleibt uns noch die Aufgabe, einiges an Einzeltatsachen zu berichten, was sich hier und dort einfügen läßt...

Der japanischen Plantagenkonzession in Abessinien und ihres italienischen Echos haben wir schon gedacht. Wir vermelden weiter das Fortdauern einer gewissen arabischen Unruhe und die Inspektionsreisen Lord Londonderrys und Sir Philip Cunliffe-Listers nach dem vorderen Orient und nach Ostafrika. Der britische Luftfahrtminister hat die Zweigstellen der Imperial Airways besichtigt, der Kolonialminister vor allem Wirtschaftsfragen von Kenya geprüft. In Südafrika steht eine Parlamentstagung bevor, in der sich zeigen wird, wie stark der Einfluß des

intransigenten Flügels der burischen Nationalisten gegen Hertzog und Smuts noch ist. In Südwestafrika bereitet sich neue Bedrückung der Deutschen vor — hier wie anderwärts mit der Einheit des deutschen Volksbewußtseins begründet, der die fremden Staaten feindselig gegenüberstehen. Es handelt sich in Südwestafrika um jenes beste Kolonialdeutschum, das sich ein karges, aber weites Land zur Heimat gewonnen hat und den Anspruch darauf erhebt, die neuen Lebensformen und Symbole des deutschen Volkes auch draußen zeigen zu dürfen. Dieser Konflikt mag juristisch zunächst den Völkerbund in Verlegenheit setzen, handelt es sich doch um ein „Mandat“ — die Rückwirkungen auf dem Umweg über das britische Empirebewußtsein dürfen nicht übersehen werden. Möglichkeiten unangenehmer Kurzschlüsse sind vorhanden — zumal es auf den Tagesordnungen von Genf einige Punkte gibt, an denen sich reichsbritische Empfindlichkeit abreagieren könnte. Die bisherige Behandlung der Saarfrage, in der seitens der Westmächte wiederum jedes Verständnis für die Selbstverständlichkeit der deutschen Haltung fehlt, gehört leider zu diesen Punkten.

In Frankreich wird Parlaments- und Regierungskrise zum Dauerzustand. Ob Chautemps oder Daladier oder ein Dritter regiert, ist an sich verhältnismäßig gleichgültig. Wichtig ist die Frage, ob und wann das Bedürfnis eintritt, innerpolitische Schwierigkeiten außenpolitisch abzulenken.

In den Vereinigten Staaten ist insofern eine entscheidende Wendung eingetreten, als Roosevelt von seinen Vollmachten zur Dollarstabilisierung Gebrauch gemacht hat; es ist eine Frage von verhältnismäßig kurzer Zeit, wenn das Pfund dem Dollar folgen wird; wann also mit Ausnahme des Yen die Welt wieder mit einigermaßen festen Währungsverhältnissen wird rechnen können. In beiden angelsächsischen Ländern läßt sich auf der Höhe des Winters von einer klaren Besserung der gesamten Wirtschaftslage sprechen.

Das Deutsche Reich hat zur gleichen Zeit den ersten Jahresrückblick seiner neuen Gestalt gefeiert und dabei mit der Unterstellung der Länder unter das Reichsministerium des Inneren einen entscheidenden Schritt in der Durchführung seines inneren Gestaltwandels getan. Führung nach innen zur Freiheit nach außen ist die Aufgabe auch für 1934.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

„... Jeder, der Ostasienpolitik recht verstehen und dort Eindrücke sammeln will, die für die europäische und nicht zuletzt für die deutsche Politik von Wert sind, muß nicht nur gelernt haben, in großen Räumen zu denken, sondern auch mit langen Zeitspannen zu rechnen“ (d. h. eben das, was geopolitische Schulung voraussetzt!). „Große Politik, wie sie von Hitler in Deutschland und von

Mussolini in Rom vertreten wird, braucht heute einen langen Atem. Die Zeit der kleinen, kurzatmigen Politik, die vom Tage und für den Tag lebte, ist vorbei.“ Mit diesen, uns aus der Seele geschriebenen Worten schließt Theodor Schulze, Dresden, eine uns vorbildlich scheinende Wochenüberschau in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ (vom 6. 1. 34), „Krieg im Pazifik?“ überschrieben. Ähnliche regelmäßige Übersichten (das einzig Richtige für abgelegene, tiefbewegte Großräume statt verworrener, doch nie einheitlich gesehener Tagestelegramme mit fremden, meist entstellten Namen) geben u. a. Erich Glodschey in Königsberg, Giselher Wirsing in München, ein Washingtonbeobachter in der „Vossischen Zeitung“ („Weltroman um den Pazifik“, 6 Fortsetzungen): sie alle auf Grund von nie verleugneten geopolitischen Leitlinien, den einzigen sicheren Führern gerade in dem großen, aufkommenden Macht- und Wirtschaftswirbel des indo-pazifischen Kraftfeldes.

Sein stärkster, rein geopolitisch erfaßbarer Antrieb ist und bleibt die Strahlung des japanischen Volksdrucks (für 1970 auf den Inseln vorsichtig auf 88, von andern auf 113 Mill. berechnet) und das labile Bevölkerungsgleichgewicht Chinas. Beide stauen sich vor der eine Fremdvolkseinwanderung geradezu anziehenden Siedlungsleere der z. Zt. freilich von Truppenansammlungen (10 Inf., 2¹/₂ bis 3 Kav.-Div.?) erfüllten Fernostgebiete der Sowjets — mit der undurchsichtigen Haltung der Vereinigten Staaten, dann der Kolonialmächte alten Stils zu dieser Lage und vor den Wanderhemmungen der übrigen Pazifikränder.

Diese Wahrheit tritt uns gleichmäßig entgegen, ob wir die Januarnummer der „Geographical Review“ (New York, 1934, S. 152) aufschlagen und dort die Weisheit von F. A. E. Crew, G. H. L. F. Pitt-Rivers und A. M. Carr-Saunders über Volks- und Wanderdruck im allgemeinen oder von Col. Sir Charles Close über den Süd- und Ostasiens im besonderen finden, oder ob wir das von glänzender Sachkunde erfüllte „Memorandum on the Far Eastern District of the UdSSR.“ des „American Council Inst. of Pac. Rel.“ (New York, 15. 12. 33, Nr. 15, II. Bd.) überschauen. Er schildert uns die Siedlungsleere dieses nur von 1 660 000 E. in einer Dichte von 0,7 auf den qkm (im Süden 7,5!) rein kolonial besetzten Gebiets, dennoch mit einem Verstädterungsgrad von 37%, mit 16% der Gesamtbevölkerung in den drei Kolonialstädten Wladiwostok, Chabarowsk, Blagowjeschtschensk, als „integral part of the Far East“, während Tang Liong Li's „The People's Tribune“ in einer Schlagzeile jubelt: „America and Russia join hands“ (Shanghai, 1. 12. 1933, Nr. 9).

Wäre es da ein Wunder, wenn von der „Tokyo Association for Liberty of Trading“ kurz vor dem mühsamen Textilwaffenstillstand zwischen Indien und Japan, mit Lancashire dahinter, eine ausgezeichnete, kleine Broschüre auf die europäischen Schreibtische fliegt: „Das japanische Bevölkerungsproblem und der Welthandel“ (The Japanese population problem and world trade) — das zuletzt gipfelt in der einfachen, echt geopolitisch erfaßbaren Weisheit: „Ehe der Mensch auf zu engem

Raum verhungert, schafft er für Hungerlöhne und wirft damit lieber den ganzen Rest von Welthandelfiktion um, als daß er in den Straßenecken oder vor Maschinengewehren stirbt.“

Wem aber eine solche Auffassung zu pro-japanisch ist, wenn sie von Japan aus verbreitet wird, der findet sie zu seiner Überraschung in dem höchst nüchternen, aber als wirtschaftswissenschaftliches Werkzeug ausgezeichneten Buch der Brookings Institution, Washington, 1931: „Japan. An economic and financial appraisal“ von Harold G. Moulton, dem projapanische Einstellung ganz fern liegt.

Dazu holt sich ein so kritisch eingestelltes Gemüt vielleicht noch die Beweise für das Durcheinander in China, für den Bevölkerungsverlust der vom Kommunismus gerittenen Landschaft Kiangsi von 26 leidlich wohlhabigen auf 20 völlig verelendete Millionen in einem Aufsatz von Wang Ching Wei, Präsident des Vollziehenden Rats in Nanking („The People's Tribune“, Shanghai, 1. 12. 33, S. 437—442). Wang Ching Wei wird nur von rasenden Extremisten der äußersten chinesischen Linken als japanfreundlich beschuldigt, hat eben gegen die Kaiserkrönung von Puyi als Kaiser von Manchukuo und König der Mongolei feierlich protestiert; trotzdem finden sich in seinem Aufsatz: „The crisis in Fukien and the police of the government“ folgende Sätze:

„Im 17. Jahr der Republik (1928) errichtete die Kommunistische Partei in den von Räuberbanden wimmelnden Gebieten einen sogenannten Chinesischen Sowjet... Das war nicht (wie die früheren, von Wang Ching Wei aufgezählten Staatsstreiche Yüan Shi Kais von 1916, Chang Sung von 1917) ein Anlauf zur Wiederherstellung der Monarchie, sondern das Grundgefüge der Republik sollte geändert werden; der Grundsatz der Gleichheit unter den Bürgern wurde umgestürzt und statt dessen zwei Klassen errichtet: eine sollte nach Wunsch rauben und morden dürfen, die andere ohne Gegenwehr Raub und Mord über sich ergehen lassen müssen.“

So scharf hatte doch früher die Kuo Min Tang den Trennungsstrich nicht gezogen, als sie sich von den „Roten“ Borodin und Blücher von Kanton nach Hankau helfen ließ; und etwas mehr Ehrlichkeit und reinliche Scheidung von Anbeginn hätte China, Kuo Min Tang und Sowjets mancherlei Verdruß erspart.

Aber wird man es den Japanern übelnehmen dürfen, wenn sie darüber entrüstet sind, daß die Entwicklung von Manchukuo in eine Reihe mit dem 60-Tage-Reich Yüan Shi Kais, dem 10-Tage-Kaisertum Chang-Hsuns und mit Sowjet-China gestellt wird? Vorläufig beweist es doch größere geopolitische Haltbarkeit und zweifellos eine gewisse Werbekraft landeinwärts. Damit zusammen hängt eine belebende Wirkung auf das geographische Schrifttum, und zwar nicht nur an Propagandawerken, wie das Manchukuo-Hand- oder -Jahrbuch und ähnliche, die natürlich ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen haben (z. B. „Manchukuo, Handbook of Information“, Hsinking 1933), oder Japan nahestehende (wie J. Fischer: „Mandschukuos Kampf und Sieg“, Hamburg 1933). Langsam setzt sich doch auf einer

viel höheren Ebene gegenseitigen Verständnisses auch eine Auffassung durch, deren schönsten Ausdruck etwa Admiral Behncke beim zweiten deutsch-japanischen Rundfunkaustausch Anfang 1934 fand:

„... die Hoffnung, daß zwischen unsern beiden Gesellschaften sich ein immer enger werdendes Zusammenarbeiten entwickeln und daß es unsern beiderseitigen Bestrebungen gelingen möge, zur Verbreiterung und Vertiefung der zwischen unsern beiden Nationen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen wirksam beizutragen... Gerade seit unserer nationalen Erhebung ist die Wertschätzung für die lebendige nationale Gesinnung des japanischen Volkes sowie die von jeher bestehende warme freundschaftliche Sympathie für Japan in Deutschland in starkem Wachsen begriffen. Ähnlich wie Japan wird das neue Deutschland unter seinem Führer Adolf Hitler in seinem berechtigten Kampf um seine Lebensnotwendigkeiten wie auch in seinem ehrlichen Friedenswillen im Auslande schwer verstanden. Um so lebhafteren Widerhall haben die Worte gefunden, die Fürst Tokugawa vor einigen Monaten zu unserer Gesellschaft in Berlin sprach: „Kein Volk der Erde verfolgt Ihre nationale Bewegung mit soviel Verständnis und so warmer Sympathie, wie gerade das japanische.“

„Trotz der weiten räumlichen Trennung verbinden seit Jahrzehnten unsere beiden Völker enge geistige Beziehungen. In ihren Eigenschaften, in ihrer Entwicklung und besonders in ihrer augenblicklichen allgemeinen Lage besteht viel Gleiches oder Verwandtes. Hierdurch haben unsere beiden Gesellschaften einen festen Boden, auf dem sie ihre gleichgerichtete Arbeit aufbauen können. Das deutsche Volk hat für die vieltausendjährige Geschichte Japans und seine starke völkische und kulturelle Geschlossenheit unter der ununterbrochenen Führung seines Kaiserhauses die größte Bewunderung. Ich sehe darum nichts, was die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern stören könnte.“

„Kürzlich gebrauchte S. Exz. Botschafter Nagai, dessen rege Anteilnahme und nachdrückliche Förderung der Ziele unserer Gesellschaft wir dankbar anerkennen, das Bild eines der feinsinnigen japanischen Gedichte“ (Wataru-dori; Verf. war dabei, als der Vergleich erzählt wurde, der dem Kunstsinn des Botschafters alle Ehre macht). „Es spricht von zwei Wandervogelschwärmen, die in getrenntem Flug dahinziehen, aber von dem gleichen Streben und Willen getrieben werden und dem gleichen Ziele zustreben. So sei es, deutete Nagai an, mit unsern beiden Gesellschaften und unsern beiden Nationen. Möchten wir in enger Zusammenarbeit unsere Ziele verfolgen und erreichen!“ —

Dabei können sich selbst wehrlose Wandervogelschwärme mindestens dadurch das Leben erleichtern, daß sie die Schar der gleichen Räuber teilen und von ihren Erfahrungen gegenseitig lernen, namentlich, wenn die Großräuber, die ihnen folgen, die Gefahren, das Volksgedränge ihres Zuges die gleichen sind oder doch wenigstens verwandter Natur. Wenn sie wehrhaft sind, dann vermögen sie sogar Großraubtieren das Spiel zu verderben.

Admiral Behncke also hat an dieser Jahreswende in feinsinnigen, weltpolitisch wohl gewählten Worten zusammengefaßt, was in diesen Berichten aus langfristigen geopolitischen Erkenntnissen heraus oft vertreten wurde: den Wert, aus gleichgerichteten Erfahrungen in weiten Räumen und langen Zeiten mindestens zu lernen.

Gleiche Schwierigkeiten erwuchsen doch den beiden raumbeengten, überindustrialisierten, auf schmalen Grunde hochgetürmten Wirtschaften aus der Raff- und Raumgier des imperialistischen Slawentums, dem Wettbewerb der europäischen und dem tölpischen Zupacken der transatlantischen Angelsachsen, den Zersetzungsständen naher, uralter, aber die Selbstkontrolle verlierender Kulturgemeinschaften, dem enormen Wanderdruck gegen verschlossene Schranken.

Dabei ist kein Zweifel, daß Japan in Ostasien, freilich durch seine Inselbogen-eigenart begünstigt, gegen manche Hindernisse auf seinem Ausdehnungswege und in seinem Wachstum viel geschickter vorgegangen ist, als Deutschland in Europa. Es hat nicht nur mit rückhaltloser Kühnheit (z. B. 1900—1902) Optionen zwischen ozeanischer und Festlandpolitik vollzogen, statt zu schwanken, als es vor der Wahl stand, volkspolitische Fernziele lieber nacheinander sicher, als in Gesamtanläufen mit großem Risiko unsicher anzugehen. Japan hat auch den Nachweis seines unerträglichen Volksdrucks vor dem Weltgewissen überzeugender geführt und führt ihn noch, vor allem an solchen Stellen, wo das Ausland diese Nachweise liest und darüber nachdenklich wird. Eine Probe dafür ist nicht nur das schon angeführte Heft über die untrennbare Verquickung zwischen dem japanischen Volksdruck und der Welthandelserholung, die unausgesetzte Aufklärungstätigkeit in den weltüber verbreiteten: „Pacific Affairs“, der am besten geleiteten Pazifiküberschau in Politik und Wirtschaft, sondern auch eine jüngst erschienene vorzügliche Betrachtung von Kiyo Sui Jnui: „Östliche Einwanderung in britische Kolonien und Dominien“ („Oriental Immigration in British Colonies and Dominions“; „Far Eastern Review“, Shanghai, XI. 1933, Bd. XXIX; S. 481—489). Hält man sie mit „Danger signals in Malaya“ zusammen (Peoples Tribune, 1. 12. 1933, Shanghai) und mit der Übersicht, die man aus gleichen Warnungszeichen britischer Zeitungen gewinnt, so hebt sich der Gesamtdruck Ost- und Südasiens deutlich darin ab.

„Großes wird nicht durch einmalige Kraftleistungen (strength), sondern zähes Durchhalten (perseverance) geleistet“ — mit dieser echt kolonialpolitischen Erkenntnis weist gerade ein britisches Erfahrungswort auf die stete Arbeit des steinbezwingenden Tropfens hin, die namentlich in der Wanderungspolitik wirksam wird, gleichviel ob im Bevölkerungswandel Malayas, im Besiedlungsproblem der Mandschurei oder des menschenleeren russischen Fernen Ostens, der Angleichung Koreas oder den Erscheinungen des natürlichen Bevölkerungsgefälls im Nahen Osten des deutschen Volksbodens. Darum eben sind geopolitische Erfahrungen übertragbar, wenn man nur entsprechend über sie nachdenkt und durch gründ-

liche Orts- und Sachkenntnis über ausreichende Fähigkeit zum Ausscheiden des Vergleichbaren und des Unvergleichbaren verfügt. Kiyo Sue Inui verfügt über diese Fähigkeiten; er war eine Zeitlang Lehrer der politischen Wissenschaft internationaler Beziehungen an der Handelshochschule in Tokyo, Generalsekretär des Japanverbandes in USAmerika, Dozent in Kalifornien, in der Japanischen Völkerbundsgesellschaft, 1925/26 Delegierter zur Zollkonferenz in Peking, 1927 zur Weltwirtschaftstagung in Genf und ist jetzt bei der japanischen Gesandtschaft in China. Er kennt also von hinten sämtliche Öfen, in denen Strohfeuer und wirkliche Gluten unterhalten werden: Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Ostafrika werden als Wanderungsziele von Kiyo Sue Inui mit ihren Hemmungen abgewandelt, mit sichtlicher Stoßrichtung gegen eine weitere Linie geringsten Widerstandes, trotz „Singapore, dem östlichen Gibraltar“, das viel schwerer zu halten sein wird, als das kleinräumiger angelegte westliche! „Der Gegenstand der Diskrimination gegen Orientalen in andern Ländern, als Amerika, ist von weiter Sicht beherrscht und erfordert ganz besondere Behandlung“ — und doch liegt hier der wundeste Punkt aller pazifischen Fragen. Wenn nicht eine Lösung auf weite Sicht gefunden wird, ist die Auseinandersetzung darüber unvermeidlicher, als jede zwischen Russen und Ostasiaten — um so mehr, je mehr die Sowjets zwangsläufig mit dem Zusammenbruch ihrer Weltrevolutionsidee zum Staat unter Staaten, zum Reich unter Reichen werden, was sie — bei allen gelegentlichen Tücken ihrer Außenpolitik — an ihrer westlichen Hinterfront schon immer mehr geworden sind, an ihrer asiatischen Vorderseite immer noch werden können.

Das Rassenproblem aber bleibt „das ungelöste Problem des Pazifik“ — „the unsolved problem of the Pacific“, und es bliebe genau so ungelöst, wenn heute das japanische Reich in einem ähnlichen Zusammenbruch, einem Weltenbrand auf ein daseinsunfähiges Mindestmaß zusammengeschnitten und verstümmelt würde, wie das deutsche 1919.

Nur daß ein noch weniger übersehbares Trümmerfeld entstünde und statt den Zehnermillionen des europäischen „Teufelsgürtels“ die Hundertermillionen des auf Jahrhunderte hinaus vernichteten Marktes der Monsunländer hilflos und ordnungslos übrigblieben und als Mahnmal den Raubweg der vereinigten Russen und USAmerikaner mit der zerstörten Altkultur der gesamten Alten Welt bezeichnen würden.

Am wenigsten aber hielte einem solchen Weltbrand die künstliche und gerade in Wanderdruckfragen ganz unfolgerichtige Struktur der britischen Gemeinwelt stand, namentlich, da die Rassenfrage einheitlich aus dem Pazifischen in den Indischen Ozean herübergreift, genau so, wie physisch der pazifische Küstentyp. Eine besonders schwache Stelle aber klafft gerade im Hinterland von Singapore, in dem in voller rassen- und völkerpolitischen (demodynamischen) Umschichtung begriffenen Malaya. Das weiß man in der Londoner Zentrale und „temporisiert“ dementsprechend. Manches, aus europäischen Gesichtswinkeln heraus unbegreifliche

„Piaffieren“ der Britenämter, z. B. Frankreich, Italien, den Russen und USAmerikanern gegenüber, ist aus weltumspannenden Durchblicken sofort verständlich: Mitleid, statt Furcht erweckend! Man würde von London aus ja so gern die Mächte der Zukunft abrüsten, um den Raub der Vergangenheit und das Durcheinander der Gegenwart besser erhalten zu können! „Posteris timeo“, der Spruch eines Brandenburger Kurfürsten gilt auch für Weltreiche im vierten Stadium. Zustände, die noch vor 1914 gerade von britischen Verfassern mit hellem Hohn übergossen wurden, wenn diese Splitter davon im Habsburger Staat wahrnahmen, sind nun als Balken in Malaya, Ostafrika, Südafrika vorhanden: in Singapore Chinesenkinder, denen Malayisch eingebläut wird, von dem sie nichts wissen wollen; 300 000 Malayen in Südafrika, die man dorthin verschleppt hat; in reichen Monokulturgebieten rechtlose Inder und Ostasiaten, die man wohl zur Arbeit nötig hat, aber sonst nicht an den Gütern des Lebens teilnehmen lassen möchte: kurz „Danger-signals“, wie sie Zersetzungszuständen vorauszugehen pflegen.

Sind es bei den Angelsachsen die Volksdruckverhältnisse, die Rassenfragen, die das Hauptkopferbrechen verursachen, so bei den imperialistischen Russen die unbeherrschten, unzulänglich organisierten und verkehrsüberspannenen Räume.

Hören wir an, was ihnen USAmerika darüber zu sagen weiß: „An einer Stelle von USAmerika nur durch 96 km getrennt, an Japan auf 125 km, an China mit mehr als 4000 km grenzend, mit einer Küstenlinie von über 22 000 km ist ihr pazifisches Gebiet ein „integrierender Bestandteil des Fernen Ostens“. Wie weit es zugleich eine von der Roten Armee zu verteidigende Heimat sein kann, muß der Washington-Sonderbericht der „Vossischen Zeitung“ rechtfertigen — der es behauptet. Freilich macht das Fernostgebiet mit 2 497 000 qkm etwa 12% der gesamten Landfläche der Sowjets aus, obendrein in abenteuerlicher Form, mit seinen 40 Rayons, von denen einer „Biro-Bidjian“, das neue Judenheim im Fernen Osten ist. Von der dürftigen Volkszahl des — zur Zeit freilich mit 10 Inf.-Div. und 2½ Kav.-Div besetzten — Riesenraumes haben wir bereits die Zahlen gegeben; weiterhin erhält er Farbe durch ein buntes Völker- und Rassengemisch, darin neben einer Million reiner Russen 180 000 radikale Koreaner, 50 000 Chinesen, aber nur etwa 62 000 Ureinwohner, neben 12 000 Juden stecken. In einem Jahrfünft (1925 bis 1929) ist es gelungen, 109 000 Siedler aus dem europäischen Rußland hinüberzubringen; seit 1932 soll die Umsiedlung mit 18 500 Landwirtschaftsfamilien und 27 000 Industriearbeiterfamilien jährlich weiterbetrieben werden; der Verstädterung wird also noch Vorschub geleistet, obwohl Fleisch und Getreide ohnehin eingeführt werden müssen, der einzige Überschuß im Fischereiertrag steckt (1931: 3½ Mill. Ztr.). Das ist auch der Hauptzankapfel zwischen Japan und Rußland; weniger die kaum angekratzten Bodenschätze: die Kohle von Suchan bei Wladiwostok, von Sachalin, von Artem; das reichlich vorhandene Gold. Beide Lebensadern, die 2380 km unter Flankenwirkung laufende Armur-Begleitbahn mit ihren sechs Stichlinien zum

Amur und dessen gewaltiges, 6000 km Wasserstraßen erschließendes Netz selbst, laufen heiklen Grenzen entlang: der Haupthafen Wladiwostok bedroht ebenso sehr, wie er bedroht ist. Ein Zusammenstoß schädigt beide Fernost-Mächte mehr, als er jeder Gewinn bringen kann — zugunsten eines lachenden Dritten jenseits des Pazifik und zum größten Leid eines weinenden Vierten in China. So erscheint uns Glück und Unheil eines Fernost-Kriegs zwischen Japan und Sowjets, auf die kürzeste geopolitische Formel gebracht. Zum Glück beißen oft gerade die lautesten Hunde nicht!

COLIN ROSS:

Gedanke und Tat im Weltgeschehen

Eine Auseinandersetzung mit Spengler

Aus der Arktis zurückgekehrt, finde ich hier in Chicago Spenglers letztes Werk „Jahre der Entscheidung“ (bei C. H. Beck in München) vor nebst einer Aufforderung der Schriftleitung, es für die Geopolitik zu besprechen.

Die Arktis mit ihrer Einsamkeit ist ein guter Platz, über die innersten Triebkräfte des Weltgeschehens nachzudenken, und Chicago nicht minder geeignet, die letzten Auswirkungen dieser Triebkräfte zu beobachten, so wie sie ein bestimmtes Gedankenbild, eine gegebene Weltkonzeption der sogenannten zivilisierten Menschheit im Gefolge hatte. So kam mir das Werk eines Mannes gerade recht, der mit seinem „Untergang des Abendlandes“ so bestimmenden Einfluß auf das Weltdenken seiner Epoche ausgeübt hat.

Diese bewundernde Anerkennung des Spenglerschen Einflusses — auch auf mich — möchte ich an den Anfang einer Besprechung des letzten Werkes des großen Denkers setzen, da sich diese mir unter den Händen zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung auswuchs.

Ich weiß, wie Spengler über Buchkritik im allgemeinen und die seiner Bücher im besonderen denkt, ohne je eine Äußerung darüber von ihm gehört zu haben. Auch ich habe immer das Mißliche aller Kritik empfunden. Im Grunde wäre doch nur der zu einer „Kritik“ berufen, der das Werk, das er wertet, nicht nur ebenso gut, sondern besser zu schaffen vermöchte. Darüber hilft alle Unterscheidung zwischen schöpferischer und kritischer Begabung nicht hinweg.

Aus diesem Grunde hätte ich mich auch nie an eine Besprechung etwa des „Unterganges des Abendlandes“ gewagt. Anders steht es jedoch mit den „Jahren der Entscheidung“. Mit diesem Buche begibt sich Spengler auf ein Gebiet, das ich beherrsche, ja, ich wage zu sagen, in mancher Hinsicht sogar besser als Spengler. In dieser Ansicht liegt weder Unbescheidenheit noch Anmaßung; denn ich verdanke diese bessere Kenntnis ja lediglich dem glücklichen Umstande, daß es mir vergönnt gewesen, die ganze Welt aus eigener Anschauung kennenzulernen.

Diese Legitimierung ist nicht überflüssig einem Werke gegenüber, in dessen Einleitung es heißt: „Ich sehe weiter als andere. Ich sehe nicht nur große Möglichkeiten, sondern auch große Gefahren, ihren Ursprung und vielleicht den Weg ihnen zu entgehen. Und wenn niemand den Mut hat, zu sehen und zu sagen, was er sieht, will ich es tun.“

In dem letzten Satze liegt ein so schwerer Vorwurf für alle andern, die sich mit weltpolitischen Fragen beschäftigen, daß er nicht unwidersprochen bleiben darf. Schließlich habe ich ein Recht zu diesem Widerspruch; denn ich weise immerhin seit gut zehn Jahren unausgesetzt auf genau die gleichen Gefahren und Möglichkeiten hin, die Spengler in diesem, im Jahre 1933 geschriebenen Buche behandelt. Übrigens nicht nur ich, sondern auch der Herausgeber dieser Zeitschrift, wie die „Geopolitik“ überhaupt.

Und wenn Spengler in den ersten Sätzen des ersten Kapitels fragt: „Hat heute irgendein Mensch der weißen Rasse einen Blick für das, was rings umher auf dem Erdball vor sich geht? — Für die Größe der Gefahr, die über dieser Völkermasse liegt und droht?“, so darf ich ihn vielleicht auf ein Buch aufmerksam machen, das ihm augenscheinlich nicht bekannt ist. Es ist dies „Die Welt auf der Waage“, 1929 erschienen und heute in der 23. Auflage vorliegend. In diesem ist sehr ausführlich von dieser Gefahr die Rede, insbesondere von der der farbigen Weltrevolution, und ich schrieb in ihm damals schon — vor fünf Jahren — von der Möglichkeit, daß einmal weiße Länder Kolonien farbiger Völker werden könnten.

Es ist überaus interessant, daß Spengler, obgleich er „Die Welt auf der Waage“ nicht kennt, doch zu den gleichen Ergebnissen kommt, sowohl was die farbige Weltrevolution anbetrifft, wie auch die Wertung des Weltkrieges, in dem Spengler genau wie ich nicht die Ursache der gegenwärtigen Weltkrise sieht, sondern eine Erscheinungsform eben dieser Krise, während ihre Wurzeln viel weiter zurückreichen.

Über diese Wurzeln aber besteht zwischen der Spenglerschen und meiner Auffassung eine grundlegende Verschiedenheit, wie auch über ihre letzten Auswirkungen und die Möglichkeiten, ihnen zu begegnen. Oswald Spengler wie Colin Roß — um nicht ständig in der ersten Person von mir zu sprechen — sind im Grunde beides Fatalisten, die an die schicksalhafte Gegebenheit des Weltgeschehens glauben. Spengler setzt seinem letzten Buch das Motto voraus „Im Zwange der Welt weben die Nornen; sie können nichts wenden noch wandeln“, und im „Wille der Welt“ von Colin Roß ist von der Welt ausdrücklich als einem „Seienden“, einem „Gegebenen“ die Rede.

Aus dieser Einstellung heraus kommt Spengler denn auch immer wieder zu der Ansicht, daß wir am Weltablauf nichts ändern können, und er schloß ja auch eines seiner Bücher, ich glaube, es war „Der Mensch und die Technik“, mit dem pessimistischen Ausspruch, daß uns nichts bleibt als in heroischer Größe den unvermeidlichen Untergang zu erleben.

Diese Unvermeidlichkeit des Schicksals betont Spengler auch in seinem letzten Werke, und so ist es ein gewisser Widerspruch, wenn er in der Einleitung zu eben diesem Werke schreibt, daß er, Spengler, vielleicht einen Weg sieht, den drohenden Gefahren zu entgehen.

Das ist ein Widerspruch, aber es wäre unrichtig, ihn Spengler vorzuwerfen; denn es ist der große Widerspruch, der nun einmal auf allem menschlichen Leben und Denken lastet. Keine wirklich tiefgründige Weltkonzeption kommt darum herum, die Welt als ein „Seiendes“ hinzunehmen, das „Weltgeschehen“ als Schicksal, Fatum, Kismet, Prädestination. Aber wollen wir nicht alle Ethik, alle Moral, alle Kultur, im Grunde alles Leben preisgeben, können wir den „freien Willen“ nicht entbehren. Und alle Philosophie und alle Religion dreht sich eigentlich um das eine Problem, diese beiden Gegensätze und Widersprüche zu vereinen.

Eine solche Vereinigung von Prädestination und freiem Willen, von einem in die Sterne geschriebenen Schicksal und der Idee der Selbstverantwortlichkeit ist möglich, wenn man Welt und Leben als „Gedanke“ nimmt, nicht aber bei ihrer Auffassung als „Tat“.

Und so ist es erstaunlich, daß Spengler, der an die Gleichzeitigkeit von Fatum und freiem Willen glaubt, die Welt ausschließlich als Tat sieht, nicht als Gedanke. Ja, der große Denker Spengler kann sich gar nicht genug tun, alle Gedankenarbeit lächerlich zu machen und voll Hohn von den sinn- und nutzlosen Bergen bedruckten Papiere zu schreiben, die unsere Epoche hinterläßt, obgleich seine Tätigkeit doch in nichts anderem besteht. Der Philosoph Spengler schreibt mit einer, man möchte beinahe sagen zärtlichen Bewunderung von dem Bolschewisten, der mit Revolver und Messer Weltgeschichte macht, während er für die großen Denker, die sowohl die Russische wie auch die Französische Revolution mit ihren Ideen erst auslösten und den Mann mit Dolch und Pistole erst in Bewegung setzten, nur Hohn und Spott übrig hat. Meiner Ansicht nach hat Spengler mehr Weltgeschichte gemacht, als etliche tausend Bolschewisten, die noch so eifrig mit Revolver und Messer gearbeitet haben.

Es mag sein, daß die Bewunderung des Denkers Spengler für die Tat, für Aktion, für Blut, Gewalt und Krieg, für das Raubtier Mensch aus einem gewissen Ressentiment herrührt. Es mag sein, daß ein hinter dem Schreibtisch in der Welt der Gedanken verbrachtes Leben Spengler zu dieser Überschätzung des Tatmenschen und der Tat überhaupt verführt. Ich weiß nicht, ob Spengler im Krieg war, allein ich möchte eigentlich das Gegenteil annehmen. Niemand, der im Kriege war, im wirklichen Kriege, da, wo er Tag für Tag mit dem Tod auf Du und Du steht, schreibt so hemmungslos bewundernd über den Krieg wie den Krieger, sieht im ersteren das Leben selbst und im letzteren den eigentlichen Menschen. Ich glaube, daß gerade der Krieger, gerade der tätige Mensch, sofern er überhaupt denkt, immer mehr dazu kommt, im Gedanken das eigentliche Agens aller Tat zu sehen.

Es fällt nicht schwer, dafür Beispiele aus der Weltgeschichte zu zitieren. Die Reiche aller reinen Tatmenschen waren von erschreckend kurzer Dauer. Das gilt von dem Alexanders ebenso wie von dem Tamerlans oder Napoleons. Dagegen hat das eine Reich, das ausschließlich auf Männern beruhte, „die Gedanken haben“, das chinesische, die größte Menschenzahl die längste bekannte Epoche hindurch in einer politischen wie kulturellen Einheit zusammengefaßt.

Aber es ist nur verständlich, daß Spengler, der Bewunderer der Tat und Verächter des Gedankens, für dieses Reich, das auf Gedanken beruht, nichts übrig hat. Und so redet er denn auch von den Chinesen wie den Indern als Fellachenvölkern, die in der großen Politik nie mehr eine Rolle spielen würden, es sei denn als Objekte der Herrschaft anderer. Bei dieser Beurteilung der Inder wie der Chinesen fragt man sich nur, wie Spengler dazu kommt, eine farbige Weltrevolution zu fürchten! Was bleibt denn noch von der farbigen Front, wenn man die beiden bedeutendsten Völkergruppen herausbricht? Japan? — Japan allein ist keine Gefahr, ganz abgesehen davon, daß Japan durchaus bereit ist, „weiß zu werden“, das heißt sich in die Front der weißen Mächte einzugliedern, falls diese es nur anerkennen und einer solchen Front die Weltherrschaft sicher scheint. Scheiden Ostasien und Indien aus, dann kann auch von einer braunen, schwarzen oder roten Gefahr keine Rede mehr sein. Spengler rechnet freilich auch Sowjetrußland zur farbigen Front. Aber da irrt er, genau wie bei seiner Beurteilung der Chinesen. Rußland gehört heute wohl zu Asien, nicht aber zur Welt der Farbigen. Da liegt ein tiefgreifender Unterschied.

Nein, das Weltgeschehen ist heute genau wie zur Zeit der Pharaonen oder Cäsaren eine Funktion des Gedankens, nicht der Tat, das heißt, das, was wir Weltgeschehen und Weltgeschichte nennen, ist im Grunde nichts anderes als ein in Erscheinungbringen, ein sich Bewußtwerden der seienden, ewigen, unveränderlichen Welt. Um den scheinbaren Widerspruch zwischen dem statischen Universum — als dem gegebenen Weltganzen — und dem dynamischen Ablauf des Weltgeschehens aufzulösen, muß man sich immer wieder bewußt werden, daß für den Menschen das Absolute unzugänglich ist und bleibt, das er nur relativ als Teilerscheinung, von einem bestimmten Blickpunkt, in einem bestimmten Bewegungssystem erkennen kann.

Einem „Tatmenschen“ wie Spengler mögen diese Überlegungen als überflüssige philosophische Spielereien erscheinen. Sie sind aber de facto das Entscheidende. Wie wir die Welt ansehen, so ist sie. Spengler zieht immer wieder das römische Weltreich und seinen Untergang zum Vergleich mit unserer Epoche heran. Mit Recht übrigens. Aber gerade bei einer Untersuchung der Gründe, die zum Untergang Roms führten, kommt man nicht um die Tatsache herum, daß es nicht „Taten“ waren, die zu diesem Untergang führten, sondern Gedanken. Nicht die Einfälle der Barbaren haben Roms Untergang besiegelt, sondern eine Änderung im römischen Denken, im Weltbild, im Gedankenbau des Römers. Ohne diese Wandlung wäre es

der überlegenen Kriegskunst der römischen Legionen ein Leichtes gewesen, diese Einfälle abzuweisen.

Aber wir können auf ein viel näherliegendes Beispiel hinweisen, auf die nationale Revolution. Diese siegte nicht durch die Tat, sondern durch den Gedanken. Ihr Versuch, durch die Tat die bestehenden Machtverhältnisse zu ändern, scheiterte 1923 an einem Pikett Landespolizei. Sie siegte durch den Gedanken, der die Massen des Gegners erfaßte und gewann. Das heißt natürlich nicht, daß der Gedanke allein genügt. Er siegt nur dann, wenn er so stark ist, daß die Tat wie selbstverständlich aus ihm folgt.

Und so kann auch der „Cäsar“, der Weltherrscher, von dem Spengler ständig spricht, den er als Ende und Abschluß unserer abendländischen Epoche am Horizont aufsteigen sieht — vielleicht bereits in diesem Jahrhundert! —, nur aus einem überragenden Gedanken geboren werden. Wenn Spengler schreibt, daß Heere an die Stelle von Parteien treten werden, so stimmt das. Aber diese Heere erwachsen doch nicht von selber aus dem Boden, sondern erst der große Gedanke zeugt sie. Wenn Spengler schreibt, daß die Legionen Cäsars wieder aufwachen, so mag doch daran erinnert werden, welche Gedankenkraft es Cäsar kostete, diese Heere zu schaffen. Und Cäsar wurde ja auch nicht als Cäsar geboren, sondern er kam erst durch seine Gedanken und die Art, wie er mit ihrer Hilfe die Massen beeinflusste, zu seiner Machtposition und zu seinem Heer.

Spengler behandelt in seinem Buche die gesamte Weltgeschichte nach dem Grundsatz der Felddienstordnung. Im Krieg hat nur das Einfache Erfolg. Und so vereinfacht er. Freilich vereinfacht er so weit, daß die gesamte Arbeiterbewegung, von den Gracchen angefangen, lediglich zu einem Sklavenaufstand zusammenschrumpft, einem Aufruhr der Massen, gegen die Wenigen, die zu ihrer Herrschaft berufen sind. Dabei sind nach Spengler die Wenigen immer im Recht, mögen sie auch noch so korrupt und dekadent sein wie Regierung und Gesellschaft Frankreichs vor Ausbruch der Revolution, in dem Spengler lediglich eine Blüte der Kultur sieht.

Spengler ist das lebende Gegenbeispiel seiner eigenen Theorie. Wenige zeitgenössische Menschen haben den Blickpunkt für das Weltgeschehen und damit dieses selbst so beeinflusst wie der Denker Spengler, der die Wirkung des Gedankens leugnet und lediglich die Tat gelten läßt. Die Gedankenmacht Spenglers hilft mit, den Tatmenschen, den großen Cäsar Wirklichkeit werden zu lassen.

Es mag sein, daß das einmal geschehen wird, meiner Ansicht nach allerdings nicht in so naher Zukunft wie Spengler es annimmt. Meiner Überzeugung nach werden noch Jahrhunderte, um nicht zu sagen Jahrtausende vergehen, ehe die Zeit reif ist für einen Weltcäsar.

Wir leben in einer Epoche, in der die bisher gültigen Gedankengebilde ablaufen. Aber gerade deshalb ist es so wichtig, auf die ungeheuerere Bedeutung dessen hinzuweisen, was die Menschen denken. Man erinnere sich nur, welch unabsehbare Folgen

der eine Gedanke von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Sphäre der Tat und der Realität auslöste.

Was wir brauchen, ist nicht die Prophezeiung eines Cäsars, auf dessen Kommen wir geduldig warten und dessen Herrschaft in Blut und Schrecken wir schicksalsergeben auf uns nehmen, um bestenfalls in tragischer Größe unterzugehen. Was wir brauchen, wir weiße Menschheit, ist die Konzeption einer neuen Schicksalsidee an Stelle der ablaufenden, ein neues Weltbild, eine neue Kosmogonie, eine neue Religion an Stelle der ungültig werdenden. Von einer solchen möglichen Religion spricht Spengler nur mit Verachtung, als einer Zuflucht für jene, die sich aus der Welt flüchten, die nicht den Mut haben, dem unerbittlichen Schicksal ins Auge zu sehen.

Religion aber heißt nicht Flucht aus der Welt, sondern Einwirken auf die Welt und Gestaltung der Welt. Man denke nur an das Christentum. Man denke nur an den Fortschrittsgedanken, der als Nachfolger des Christentums die eigentliche Religion des 19. Jahrhunderts war.

Und so wird die neue Religion, die im Werden ist, eine neue Welt schaffen. Meiner Ansicht nach liegt all den nationalen Revolutionen unserer Zeit eine religiöse Idee zugrunde, der russischen wie der italienischen und der deutschen. Auch die bolschewistische Revolution ist trotz ihres internationalen Gewandes eine nationale. Die internationale Idee ist lediglich Camouflage. Sowjetrußland ist viel nationalistischer als es das Zarenreich je war. Ebenso ist die bolschewistische Revolution im Grunde gleichfalls eine religiöse, und lediglich ihre religiösen Ideen, deren sich freilich die Bolschewiken größtenteils nicht bewußt sind, trugen sie über den bisherigen materiellen Mißerfolg hinweg.

Ganz besonders stark aber ist die religiöse Grundlage in der deutschen Revolution. Und darin liegt auch ihre große Bedeutung. Nur so ist die außerordentliche Reaktion im Ausland auf alles, was in Deutschland vor sich geht, zu erklären. Aber auch in Deutschland ist sich die Masse der Nationalsozialisten, vielleicht sogar ein Teil der Führer im Grunde nicht bewußt, um was es sich handelt. Sie sehen vielleicht nur das begrenzte Ziel einer deutschen Erneuerung und Wiedergeburt, während es sich de facto um die grundlegende Vorarbeit zur Schaffung eines neuen Weltbildes, einer neuen Weltreligion der weißen Rasse handelt. Vielleicht erklärt sich hieraus die geradezu schlafwandlerische Sicherheit aller Maßnahmen Adolf Hitlers und der beinahe schicksalhaft gewaltige und unwiderstehliche Ablauf seiner Bewegung.

Das Gelingen oder Versagen dieser neuen Weltvorstellung entscheidet darüber, wie wir das Geschick des Abendlandes erleben. Die neue Idee ist bereits da. Um ihre Formulierung wird in den verschiedenen „nationalen“ Revolutionen gerungen. Vom Bewußtwerden der tiefsten Bedeutung dieser verschiedenen nationalen Formulierungen, die im Grunde alle das gleiche besagen, hängt das Schicksal der weißen Rasse ab.

HANS OFFE:

Zum Problem der Staatspersönlichkeit

Vorliegende Untersuchung setzt die Erörterung der im Beitrag „Der Staatenspiegel“ (Zeitschr. f. Geopolitik, IX, Juli/August 1932) angeregten Probleme fort.
Die Schriftleitung.

Allzeit unverrückbar bleibt das Verdienst Kjelléns, mit der Geopolitik, der er den „linken Flügel“ der politischen Wissenschaften zuwies, ein sicheres und letztes Fundament für die Staatswissenschaft der Zukunft gelegt zu haben. Auf dem Wege, welchen die Staatsauffassung seit etwa einem Jahrhundert zurücklegte, lassen sich nun fünf Stationen unterscheiden, jede gekennzeichnet durch ein zeitweiliges Überwiegen innerhalb des allgemeinen Bewußtseins: der Staat als Herrschaft, als gesellschaftliche Ordnung, als Wirtschaftsraum, als Hüter des Volkstums, schließlich als politisch-geographisch scharf umrissenes Gebiet, als „Reich“. Für die unmittelbare Gegenwart beginnt der letztgenannte Gesichtspunkt langsam den Reiz der Neuheit zu verlieren — um so besser, wenn dergestalt die geopolitische Betrachtung als selbstverständlich empfunden wird. Es erscheint notwendig, den bisher zurückgelegten Weg staatspolitischen Allgemein Denkens bis zum nationalsozialistischen Staatsgedanken rückschauend nochmals zu überblicken. Heute, an der Grenze zu einer stark naturwissenschaftlich gefärbten Auffassung, gewahren wir, daß der Staat als Gegenstand der politischen Geographie den Organismus-Charakter mit Recht in den Vordergrund stellt. Der Staat der Politik dagegen ist kein bloßes Naturwesen mehr, vielmehr ein „Kulturwesen auf Naturgrundlage“¹⁾.

Von dieser Grundvoraussetzung gewinnen wir erneut Zugang zu der Unterscheidung der beiden ruhenden Pole in der geopolitischen Erscheinungen Flucht: dem geographisch Raumhaften und der Idee — dem Staatsorganismus und der Staatspersönlichkeit. Als „Kulturwesen“ ist der Staat mittels spezifisch kulturwissenschaftlicher Forschungsmethoden zu untersuchen, wie sie besonders durch Rickert²⁾ während des letztverflossenen Menschenalters mit steigender Deutlichkeit dargetan wurden und inzwischen weitreichende Anerkennung und praktische Geltung gefunden haben. Man kann selbstverständlich nach wie vor Der Nibelunge Not oder das Beowulf-Lied, man kann das Mahabharatam oder Homer, Dante, Chrestien de Troyes und Shakespeare — sozusagen von der Naturseite her — rein phonetisch-sprachwissenschaftlich analysieren; und ähnlich kann man ebenfalls jegliche Staatspolitik unter die Brille einer „isolierten Geopolitik“ nehmen. Hier wie dort befinden wir uns teils überwiegend, teils gänzlich im Bereich einer nicht wertenden und rein quantitativ verfahrenen Wissenschaft. Man darf aber keinesfalls

1) Ztschr. f. Politik, März 1933, S. 775. 2) Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung. 5. Aufl. 1928.

vergessen, daß auf diese Weise verhängnisvolle Einseitigkeiten heraufbeschworen werden — dort für das literarische Weltbild, hier für das politische. Konkret gesprochen: in dem Maße, wie die Geopolitik aus dem für ihre Zwecke zu eng gewordenen Ideenkreise und aus dem Methodenbereich der Geographie heraustritt, zur „Staatskunde“ wird, tritt neben den obersten Bezugspunkt des Organischen derjenige der Persönlichkeit. Damit erhebt sich zugleich die bedeutsame Frage nach dem inneren Verhältnis von Organismus und Persönlichkeit im Rahmen des Staatsdaseins.

Das Personsein des Staates ist gerade vom Raumstandpunkt her deutlich erkennbar¹⁾. Als überindividuelles Gebilde freilich steht der Staat den Grundfragen sittlich-religiösen Lebens mit innerer Notwendigkeit anders gegenüber als das die menschliche Persönlichkeit tun kann; das gilt schon vom Selbstbehauptungstrieb, aber vor allem in Richtung auf die Hingebungsfähigkeit seiner selbst. „Ein weicher deutscher Staat (von der Art der Jahre 1918—1932) hätte nie vorgetäuscht werden sollen, auch kein liebenswürdiger Staat. Ein Staat in Gefahr muß hart sein, muß ehern zupacken, niemals nachgeben, fern sein und allgegenwärtig“ (Erich Lienthal). Also unbedingt streng, aber auch unbedingt gerecht — nicht heute kalt-schnäuzig negieren, was er gestern mit vollendetem Pathos als Ideal verkünden ließ. Kurz: der Staat muß den kategorischen Imperativ vertreten als Minimum einer anständigen Gesinnung seinerseits, ein Minimum, das als Vorbild praktisch doch wiederum so unendlich viel besagt. Bei der verzeihenden Gemütlichkeit aber, mit der nicht wenige Gesetzesübertretungen behandelt wurden, bei der gegenüber dem normalen Staatsbürger geübten Sanftheit und Unentschlossenheit des behördlichen Tons (die jedoch den Korporalston gegenüber pflichtgetreuen, relativ wehrlosen Beamten nicht ausschloß!) wurde Deutschland allmählich — zur Mörderhöhle. —

Im ganzen ist die Staatspersönlichkeit so gut wie die des Menschen dem „Prinzip der Geistigkeit“ untergeordnet. Wie diese, sondert sich auch jene von den übrigen Lebewesen durch den in ihr wirkenden Geist („Logos“) ab. Damit zeigt das Staatsleben gegenüber dem rein Organischen gleichsam eine neue Dimension: dort völliges Zusammenstimmen von Umwelt und Innenwelt („Bios“); hier — mangels solcher Harmonie — die Notwendigkeit tragischer innerer Konflikte. Als ein Wesen, dem die Fähigkeit zu vernunftgemäßem Abwägen und zweckbewußter Willkür zuteil geworden, muß der Staat die Zwiespältigkeit seiner Person — die Welt der Dinge und die Welt des Ich — als gegeben hinnehmen, mit allen ihren Folgen. Selbst in Sachen der „Herrschaft“ ist der Staat an seine biologischen Grundlagen (weitesten

1) Soweit die allgemeinen (charakterologischen) Grundlagen berührt werden, stehen die Ausführungen dieses Abschnittes im engen Anschluß an H. Prinzorns „Persönlichkeits-Psychologie“ (1932). Zum Zweck eingehenderen Verständnisses der fraglichen Probleme sei auf dieses Werk nachdrücklich hingewiesen.

Sinnes) durchaus gebunden. Die hiermit angedeutete Spannung wird nicht ohne die stete Wahrscheinlichkeit stärkster Nackenschläge außer acht gelassen. „Einige Einrichtungen, die in Inselstaaten und Völkern, kraft deren insularen Abgeschlossenheit und der schweren Abtrennbarkeit von Teilen, vortrefflich arbeiten, können für durchgängige, nirgends durch feste Naturgrenzen gestützte Übergangsgebiete im Innern von Erdteilen verhängnisvoll sein. Ein Beweis dafür ist das brauchbare Spiel des Zwei-Parteiensystems in Japan und USA. nach dem britischen Vorbild des 18. Jahrhunderts, und sein völliges Versagen in Mitteleuropa, namentlich in weltanschaulich gespaltenen Raumkörpern mit schizophrener (sinngespaltener) Volksseelenanlage¹⁾.“

Soviel für das innere Staatsleben. Wie aber läßt sich die Entwicklung der Staatspersönlichkeit in ihrer unverrückbaren Eigenart und mit ihrer Pflicht als selbständiges Glied der Staatengesellschaft vereinigen? Im vollendeten Gegensatz zu Jeremy Bentham (1749—1832), seinen angelsächsischen und kontinentalen Gläubigen, sah das Genie Bismarcks diesem Problem ohne jedes Schielen nach dem „höchstmöglichen Glück der größtmöglichen Zahl“ gelassen ins Auge, wohl wissend, daß auch das sinnvolle Wechselverhältnis staatlicher Lebenstrieb zu den Anforderungen des weltweiten Allgemeinen nicht immer und überall gegeben sein kann.

So gesehen, wird die nationale Ideologie in ihrem wahren Wesen und in ihrer ganzen Tragweite offenbar. Sehr im Unterschied zu Franzosen und Angelsachsen, zu Russen und Japanern sind ja wir Deutschen das einzige Volk, das eine Ideologie der Arbeit besitzt — deutsche Arbeitskultur in Forschung, Wirtschaft, Erziehung, kurz, etwas Fortzeugendes, das dem deutschen Geiste eigentümlich ist. Nun aber die Kehrseite: Jene „universale missionarische Ideologie“ ist weitaus am fernsten von den „Realitäten“ raumbestimmten politischen Besitzes; dafür trägt sie in sich die Verheißung irdischer Unsterblichkeit, dergestalt ein beständiger Zeuge der unaufhebbaren Spannung zwischen Geistig-Persönlichem und Organisch-Räumlichem, zwischen Logos und Bios. —

Nur vom Reiche naturhaften Lebens und seiner Hintergründe erscheint die Hierarchie der Werte — nicht zuletzt der politischen — in ihrer natürlichen Ordnung: Gesetzgebung, gesellschaftliche Schichtung und Wirtschaft haben sich zu richten nach den Bedürfnissen des wirklichen Lebens; dieses selbst findet seine Grundlage und letzte Voraussetzung in der Eigenart des geographisch bestimmten Raumes. Und wiederum ist es das Wesen aller Geschichte und Kultur, daß der Geist als Erkenntnis und Wille immer herrschender wird. Angesichts einer im Grunde nicht unberechtigten neuzeitlichen Kulturkritik, die jedoch mehrfach schon übersteigerte Formen angenommen hat, muß diese Tatsache betont werden: die Geschichte lebt, und mit ihr alles Triebhafte und Willensmäßige, alles Bewußte und

1) K. Haushofer, Geopolitik der Pan-Ideen. S. 71.

Unbewußte staatlichen Lebens. Ohne ein geistiges Prinzip, einen bodengebundenen festen und letzten Bezugspunkt des Staatslebens, besteht die Gefahr, daß sich das geschichtliche Leben um seine wertvollsten Früchte bringt. Keine Denkmode, zumal keine mechanistische oder formalistische, schafft das uralte Wissen um die Zwispältigkeit des Menschenwesens aus der Welt; dasselbe gilt sinngemäß vom Staate. Es hat als eine wichtige Aufgabe geopolitischer Forschung zu gelten — will sie anders Schritt halten mit der gleich ihr zwischen Natur und Geisteswelt stehenden charakterologischen Erkenntnis nicht erst unsrer Zeit — über die hier in Frage stehenden staatspolitischen Probleme allseitige Klarheit zu schaffen. „Vertrauen zum Reiche des Lebens“ bedeutet ja keineswegs einen Naturalismus, der das Personsein am liebsten überhaupt nicht sehen möchte. Wiederum bedeutet ein begründetes Mißtrauen gegen die Vormachtstellung eines „reinen Geistes“ ebensowenig ein Außerachtlassen der weltbewegenden, raumgestaltenden geistig-seelischen Kräfte. Es bietet somit allein ein biozentrisch geordnetes Denksystem, wie es in manchen Teilen der Kjellénschen Architektonik vorgezeichnet ist, die tragfähigen Säulen für den Aufbau einer Staatswissenschaft, die zuversichtlich hoffen darf, den Zweifeln gelehrten Denkens zu begegnen wie auch den Feuerproben einer in ihrem Sinne getätigten staatlichen Ordnung.

Die biozentrische Denkweise in der Geopolitik ist jedoch nicht die ausschließliche. Unbedingt wird der Primat des Geistig-Persönlichen überall da gegeben sein, wo die Lebensgrundlagen der Staaten gleiche oder — dies die Regel — ähnliche Bedingungen aufweisen. Je näher diese einander kommen, desto reiner wird sich jeweils das Bild der Staatspersönlichkeit von dem Hintergrunde des bloß Organisch-Raumhaften abheben. Namentlich für die vergleichend-politische Betrachtung dürfte somit die vom Geistigen ausgehende Darstellung der Staatspersönlichkeit angebracht sein. Zur Veranschaulichung des Gesagten sei einstweilen auf das „Problem der Artung“ verwiesen: Australien — USA. (Zweiter Hauptteil.) —

Innerhalb des Spannungsgegensatzes zwischen dem Bios und dem Logos kommt dem „Ich“ die Schlüsselstellung zu. Erübrigen dürfte sich in diesem Zusammenhang der eingehende Beweis dafür, daß schon das Ich des einzelmenschlichen Daseins und seine Erkenntnis weit entfernt ist, die Grenzen seiner praktischen Wirksamkeit an den vier Wänden philosophischer Studierstuben zu finden. Soweit es sich um das staatlich-überindividuelle Ich handelt, soll im folgenden versucht werden, seine Stellung im Staatsganzen kurz anzudeuten und bezügliche Untersuchungen dieser Art anzuregen.

Als „Ich“ wird verstanden „der Ausdruck, mit dem der denkende Mensch das eigene psycho-physische Dasein in seiner Gesamtheit bezeichnet, um es als Subjekt von anderen Subjekten zu unterscheiden, die in bezug auf das Ich als Objekte, Gegenstände bezeichnet werden“. Psychologisch genommen stellt das Ich dar „das Gefühl des Zusammenhanges aller individuellen psychischen Erlebnisse, gebunden

an die Gemeinempfindungen und die Vorstellung des eigenen Körpers“¹⁾. Der so gebildete Gefühls- und Vorstellungsinhalt ist das Selbstbewußtsein.

So reizvoll es wäre, auch die der geistig-seelischen Haltung des Frühmenschen und dessen „im Lebensgrund verweilenden Ich“ entsprechende psychische Konstitution antiker und frühgeschichtlicher Staatenbildungen einzugehen, wollen wir uns hier doch beschränken auf die neuzeitlichen Staaten des abendländischen Kulturkreises. — Wie im menschlichen Einzeldasein, gibt es auch im Staatenleben „Gruppenschicksale“. Es kommt ja für den Staat als überindividuelles Gebilde ein Hingebungsdrang praktisch kaum in Betracht, desto häufiger ein leidenschaftliches Parteiergreifen in bezug auf Gruppen, d. h. außenpolitische Stellungnahme. Charakterologisch weitaus am interessantesten sind die Zwischenformen zwischen echter Unparteilichkeit und offener Parteiergreifung aus Überzeugung, und weiterhin die Formen scheinbarer Parteilichkeit bei tatsächlicher Parteilosigkeit. Im ganzen ist Prinzhorn nur beizupflichten und das folgende Urteil auf unser Sondergebiet auszudehnen, wenn es nach ihm „zu den dringlichsten Aufgaben der Persönlichkeitspsychologie gehört, das Wissen um das verwickelte Spiel der Motive etwas volkstümlicher zu machen“. Gleichfalls aufs sehnlichste zu wünschen wäre die allseitige „Gesundung des Wirklichkeitssinnes, das Durchschauen und die Entlarvung von Scheinidealen“, desgleichen die Erkenntnis der „wahren Tendenzen von Programmen (also auch der staats- und weltpolitischen!), die vor lauter Wohlgesinntheit triefen“. — An diesem Punkte zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit der Wesensunterschied einer altherkömmlichen, die Geschichte einseitig vom Standpunkt der Geisteswissenschaften betrachtenden Analyse gegenüber der weit umfassenderen geopolitischen. Statt hundert ähnlicher Beispiele: der Geopolitiker hält zurück mit dem billigen landläufigen Verdammungsurteil bezüglich Italiens Eintritt in den Weltkrieg; aber umgekehrt durchschaut er ebenfalls die wahren Hintergründe weitverbreiteter weltpolitischer Werbethesen — etwa: „Frankreichs Sache ist stets zugleich die Sache der Menschheit“ — „Wenn die Welt besser werden soll, muß sie immer englischer werden“ — „Rettet die Welt für die demokratische Idee“ (d. h. ihre klassische Form, God's own country, gemeinhin USA. genannt).

Das „Ich“ zwischen den „beiden Fronten“ der Person, dem Lebensgrunde (Bios) und der Leistung (als Auswirkung des Logos) — dies eine grundlegende Erkenntnis neuerer charakterologischer Forschung. Ins Geopolitische übertragen: Das Reich des Naturhaften und seiner relativ unverrückbaren Grundlagen ist und bleibt uns vorgegeben. Das Reich des Logos begegnet uns als

1) Heinrich Schmidt, Philosophisches Wörterbuch. 4. Aufl. 1919, S. 142. — Die m. W. bedeutendste Darstellung des erwachenden Ich, eine „untrügliche Vision“, im neueren deutschen Schrifttum findet sich bei R. C. Muschler: „Der Weg ohne Ziel“. (Tagebuchblätter des Zoologen und Bildhauers Ular.)

eine am Faden der Zeit sich abwickelnde Reihe von lockenden Aufgaben, die bald kontinentales, bald ozeanisch-weltumspannendes Vorzeichen (oder welches immer sonst) tragen. Sie alle drohen mit um so tödlicheren Gefahren, je williger sich Staat und Volk vom Lebensgrunde lösen. Höchste staatsmännische Einsicht bekundete daher beispielsweise Bismarcks nur zögernder Übergang zur Kolonial- und Weltpolitik, Moltkes durch die Geschichte bestätigtes Wort von dem ein Halbjahrhundert erfordernden Ringen um den Sieg von 1871, und, mit freundlicheren Aspekten, Monroes Doktrin, die jedoch in ihren Grundzügen bereits auf das Genie Washingtons und seiner Mitarbeiter zurückgeht.

Die vorliegende Untersuchung stellte den Staat unter den Gegensatz Leib—Geist. Bedarf es eines Wortes darüber, daß dieser Gesichtspunkt keinesfalls, wie man gesagt hat, in charakterologischer Hinsicht eine „Verarmung“ bedeutet im Vergleich zu den fünf Kategorien: Material, Gefüge, Artung, Aufbau, Haltung¹⁾? Der Lebenswirklichkeit und Lebensfülle vermag nur eine umfassende vielseitige Auffassung nahezukommen; nur durch sie gelangen wir auch zur Möglichkeit unmittelbar praktischer Anwendung der hier in einigen Punkten angedeuteten Theorien. Aber auch die Grenzen einer möglichen Charakterologie des Staates dürfen nicht übersehen werden. Auch eine staatspolitische Charakterologie der Zukunft kann das Letzte, schlechthin Einmalige und in entscheidenden Augenblicken Bedeutungsvolle der Staatspersönlichkeit nicht gleichsam *more geometrico* oder aber empirisch-planmäßig einzufangen trachten. Hier beginnt vielmehr der Wirkensbereich des wahrhaft großen Staatsmannes; nur bis an die Schwelle des Irrationalen begleite ihn die Wissenschaft — aber eben wirklich bis dorthin! Schließlich ist ja die politische Wirklichkeit, sind die praktisch ausschlaggebenden Blickpunkte nur durch Einzelfälle gegeben, deren keiner dem andern restlos gleicht. In der mit unerbittlicher Folgerichtigkeit durch die Jahrhunderte beobachteten obersten (formalen) Richtlinie erfolgekrönter britischer Politik, die jene Erkenntnis nie aus dem Auge verlor, liegt die glänzende praktische Bestätigung dessen, was die neuere deutsche Philosophie sich in ihrer Weise mühsam erarbeitete. Mit ihrer rechten Würdigung des Einzelfalles im Ganzen des Kulturgeschehens rückt die Kulturwissenschaft unserer Zeit im ganzen bewußt ab von der einstigen Überbetonung oft so inhaltleerer Unterschiedslosigkeiten und von der Nichts-als-Kausalverknüpfung in der Wissenschaft vom Geistes- und Kulturleben der Menschheit — eine Grundhaltung, die namentlich der zweiten (positivistischen) Hälfte des 19. Jahrhunderts eignete. An unmittelbar praktische Aufgaben mit Erfolgsaussicht sich wagen darf nur eine Arbeitsweise, welche die geopolitischen Gegebenheiten in ihrer Gesamtheit, dazu die jeweiligen politischen Konstellationen aufs vielseitigste und ausgiebigste erfaßt und verbindet.

1) Ztschr. f. Geopolitik. 1932, S. 444.

In diesem Sinne sei es auch verstanden, wenn nunmehr behauptet wird, das staatliche Leben — inneres wie zwischenstaatliches — müsse „aus sich“ gebessert werden: nicht also irgendwelche, seien es ideologische, seien es materiologische, bloße „Prinzipien“, im besonderen nicht um rein wirtschaftlich-rationalistische Ideen gruppierte Theoreme mit dem Kehrreim „die Wirtschaft unser Schicksal“! Vielmehr eine Gestaltung des staatlichen Lebens aus seinen inneren Bedingungen und nach deren Ganzheit — um nicht zu sagen: eine Pathologie und Therapie des Staatslebens (im Sinne neuester Medizin, die ja Leiblichem und Geistig-Seelischem zur vollen Auswirkung verhelfen möchte)¹⁾. —

Endlich das innerpolitische Leben für sich: der naive Staatsbürger vermag im allgemeinen keine Verantwortung aufzubringen gegenüber einem Staat, der ihm als eine unpersönliche Macht entgegentritt (Nietzsches „kältestes der kalten Ungeheuer“¹⁾). Bewußte und standhafte Hingabe des Einzelnen über seinen persönlichen Interessenkreis hinaus setzt ein überindividuelles Etwas voraus, demgegenüber man sich als sittlich verpflichtet klar empfindet. Dazu nicht am wenigsten diene uns der Gedanke der Staatspersönlichkeit.

Ein Problem der „Artung“

Vergleich Australien—USA.: ein extremer Fall des Logos.

„Das Geheimnis, das Wesen, der Kern der Politik liegt oft erheblich tiefer“ (als es nämlich die bloße angewandte politische Geographie wahr haben will) . . . und erst hinter der Geopolitik beginnen oft die eigentlichen Probleme²⁾.“ Aus dieser allerdings für die in dieser Zeitschrift vertretene Haltung der Geopolitik nicht zutreffenden Ansicht fordert Wilh. Ziegler für die Geopolitik die gleichzeitige Beherrschung der naturwissenschaftlichen und der historisch-genetischen Methode, als „Geheimnis der wirklich politischen Betrachtung“. Ihm scheint ein Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und Australien vielleicht am ehesten geeignet, „die tatsächliche Unberechenbarkeit des Einflusses von Land und Leuten in der Politik und das Walten irrationaler, rein mathematisch nicht faßbarer Kräfte in der machtpolitischen Entwicklung der Länder und Völker zu studieren“³⁾.

Ausgehend von den geographischen Verhältnissen der beiden Riesenländer, ihrem natürlichen Reichtum und ihrer jeweiligen Entfaltung stellt nun Ziegler — bezeichnend für eine im Quantitativen befangene, nicht am Erbbiologischen orientierte Denkweise — den 75 000 nach Australien deportierten Sträflingen der ersten beiden Menschenalter des neuzeitlichen Australien die rund 1,5 Millionen „freie“ Engländer gegenüber, die ihnen 1851—1890 dorthin folgten. „Wir glauben jeden-

1) Überzeugend veranschaulicht wird dieser Gedanke am Beispiel der deutschen Nachkriegsrevolutionen durch Louis v. Kohl: „Erkrankung des Staates“. Deutsche Rundschau, Juni 1933.

2) W. Ziegler, Einführung in die Politik (1927) S. 91. 3) W. Ziegler, a. a. O. S. 85.

falls nicht“, heißt es abschließend, „daß diese geringe Differenz in der Menschenkategorie ein ausreichendes Motiv für den krassen, enormen Abstand in der wirtschaftlichen und politischen Aufgeschlossenheit beider Inselkontinente abzugeben vermag.“ Als Beweis der anfänglichen Blüte Australiens (1845) wird dabei die betreffende Darstellung von Friedrich List in Rottecks „Staatslexikon“ angeführt.

Versuchen wir nun von unserm Standpunkt und zugleich im Sinne der von Ziegler geforderten „wirklich politischen Betrachtung“ die in der Tat erstaunlichen Entwicklungsunterschiede der genannten Staatswesen zu deuten, so scheint methodisch an erster Stelle erwähnenswert (doch darum keineswegs schon entscheidend!) der Hinweis, daß die Zahl der Deportierten von Ziegler im ganzen viel zu niedrig angenommen wird¹⁾. Beachtlicher ist bereits die lähmende Wirkung, die mit dem Aufhören der Deportation im Jahre 1868 im Wirtschaftsleben Australiens hervortrat: so vermochte z. B. Westaustralien, ein allerdings als Kolonistenland gegründeter Staat, dessen männliche Bevölkerung noch 1859 zu 41% aus wirklichen oder vormaligen Sträflingen bestand, erst seit etwa 1900 seine Staatsausgaben aus eigenem zu bestreiten²⁾. Die von Friedrich List geschilderte „Blüte“ von 1845 war offenbar trügerischer Schein: die Einstellung der Deportationen verlangsamte zusehends die wirtschaftliche Entwicklung Westaustraliens derart, daß alsbald der „Schrei nach Deportierten“, d. h. nach menschenunwürdig niedriger Bezahlung zugunsten einiger Weniger hörbar wurde.

So bildete sich denn in Australien vielfältig der genius loci des Gefängnisses von ehemals, der ernstes Arbeiten und zumal harte Landarbeit mit „Strafe“ gleichsetzt.

1) Nach Wegerdt-Hohlfeldt (Helmoltz Weltgeschichte, Bd. 9, S. 328 ff.) wurden allein in Neusüdwesten zwischen 1788 und 1839 59 788 Sträflinge gelandet; für Tasmanien wurde für den Zeitraum 1803—1853 die Zahl 67 655 angegeben, worunter (1853) gegen 20 000 Schwerstverbrecher. — Australian Encyclopaedia (Bd. I, S. 297) nennt als Gesamtzahl die gelandeten Sträflinge für Neusüdwesten (1788—1841) 88 290, für Tasmanien (vgl. oben!) 67 655, für Westaustralien (1850—1868) 97 18, zusammen 160 663. Es muß zugegeben werden, daß jene Sträflinge nicht sämtlich als Verbrecher im Sinne neuzeitlicher Anschauungen zu gelten haben; befanden sich doch unter ihnen nicht ganz wenige, zumal Iren, die nach der von ihnen freimütig bekundeten politischen Überzeugung eher unter die als Charaktere wertvolleren Menschen zu rechnen sind. Im ganzen aber verdient der erbbiologische Gesichtspunkt größte Beachtung. Es ist bezeichnend, wenn Australian Encyclopaedia, Sidney 1926, ein bewußt neuzeitliches und umfassendes Werk, ungeachtet der mannigfachen Seiten, die es dem fraglichen Problem abgewinnt, doch den erbbiologischen Blickpunkt meidet. Vgl. Bd. I, Artikel „Convicts“, S. 297—304; Bd. II, Artikel „Transportation“, S. 581—587. Immerhin wehrt man sich, pro domo redend, gegen die Annahme eines „convictblood, inherited by later generations“ (Bd. I, S. 297), gesteht aber (a. a. O. S. 299) daß „das ganze Strafsystem der Blutauffrischung nicht förderlich war“; denn „es ließ den Menschen zum Stumpfsinn hinabsinken, vernichtete seine Denkfähigkeit und ließ ihm keine anderen Gedanken oder Wünsche als die der unmittelbaren Befriedigung seines Hungers“. — Nichts durchgreifend Neues konnte die um 1840 im Sinne pädagogischer Grundsätze geänderte Behandlungsmethode der Sträflinge schaffen: der einmal hervorgetretene genius loci war und blieb der geistig-seelische Sinn der australischen Staatswesen — selbst inmitten des Heeres späterer Einwanderer mit strafrechtlich meist uninteressanter Vergangenheit. 2) Helmoltz, a. a. O. S. 341.

Wie anders dagegen die Idee der Arbeit in den Vereinigten Staaten! Arbeit als göttliches Gebot, ihr äußerlich sichtbarer, zumal aber der geldliche Erfolg unumstößlicher Beweis göttlicher Gnade und himmlischen Wohlgefallens! Man mag den puritanischen Standpunkt teilen oder aber ihn — zumindest in dieser spezifisch-alttestamentlichen Erscheinungsform — ablehnen: unbestreitbar bleibt er als wirtschafts- und staatspolitische Kraftquelle ersten Ranges, unbestreitbar auch in seiner großen Wirkung auf die Ausdehnung und Erstarkung des Staatsganzen, nicht zuletzt für den gesellschaftlichen Aufbau.

Wie für den Einzelmenschen häufig gerade die „kleinen“, d. h. von einer oberflächlichen Betrachtung wenig oder gar nicht bemerkten Züge besonders charakteristisch sind, so gilt Ähnliches für die vergleichende Betrachtung der Staatspersönlichkeiten.

In USA. besteht noch jetzt ein Verband der Nachkommen der „Pilgerväter“, welche im Jahre 1620 die May Flower herüberbrachte. Könnte man sich im Ernst eine entsprechende Vereinigung der Deszendenz jener 750 „klassischen“ Deportierten vorstellen, die im Januar 1788 in Sidney landeten? Allein auch Australien „hat seinen Stolz“ — vor allem auf den früher als irgendwo sonst erreichten Achtstundentag, den die Erinnerungssäule in Melbourne verkörpert; und auf das bereits 1899 in Queensland erstmalig zustande gekommene reine Arbeiterkabinett, dem 1908 ein entsprechendes Bundesministerium folgte.

Nicht unwesentlich für die Beurteilung der inneren Entwicklung Australiens ist weiterhin die Tatsache, daß die Einwanderer — zu 99% Engländer! — meist schon Stadtkinder waren, also landfremd. Demgegenüber die vorwiegend agrarische Bevölkerung, wie sie vor allem die besonders anspruchslosen Slawen in stetig wachsendem Anteil nach USA. entsandten! Und diese Einwanderer sahen sich alsbald eingetaucht in eine Umgebung mit stark ausgeprägtem Nationalgefühl, dem natürlichen Erbgut einer mit dem Boden engverwachsenen Bevölkerung der Neuenglandstaaten. Schon aus solchen allgemeinen Erwägungen wird es verständlich, daß die Verstädterung Australiens „nicht einfach als ein Zug der Zeit zu entschuldigen ist“; vielmehr hat sie zu gelten als ein Ergebnis der Staatsführung, als Folge bewußter Förderung der städtisch-proletarischen Instinkte einer in dieser Hinsicht zum Teil vorbelasteten Bevölkerung¹⁾.

In Australien führte das Leitmotiv des Untermenschen: Wie schaffe ich mir mit möglichst wenig Arbeit ein möglichst bequemes Leben? zu der allgemeinen Erstarrung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In USA. zeitigte die Wahndee des big success auf allen Lebensgebieten und um jeden Preis, mit ihrem Gefolge der vergötterten Technik und eines rein quantitativen Denkens („The world's greatest...“) jene plötzliche und gewaltige Depression, über die sich heute

1) Ztschr. f. Geopolitik, 1932, S. 530. Vgl. auch Gattineau, Verstädterung und Arbeiterherrschaft. 4. Beiheft z. Ztschr. f. Geopolitik, 1929, 8^o, 245 S. Kart. 6,80 RM., Leinen 7,60 RM.

jedes weitere Wort erübrigt. Beide aber, Australien und USA., sind als Staatspersönlichkeiten in unsern Tagen an dem Punkt angelangt, wo sie, jede in ihrer Weise, in einen beachtenswerten Gegensatz zu den neuauftretenden Kräften und Ideen treten. Am deutlichsten ist das Gesagte im Falle Australiens, dem ausgedehnten politisch-wirtschaftlichen Depressionsgebiet bei andrängender gelber Rasse. Doch auch God's own country mit seinen hochgespannten, nun aber zwangsläufig rückgestauten Energien muß umlernend begreifen, daß weit jenseits von Dollar und alttestamentlicher Gottwohlgefälligkeit (mitsamt den sattsam bekannten politischen Kombinationsmöglichkeiten beider) Welten liegen, deren eingehendes Studium und Nachachtung auf die Dauer schwerlich ganz zu umgehen ist.

In der Gegenwart, für die der Erdball immer offensichtlicher zu einem einzigen politisch-wirtschaftlich-kulturellen Kraftfelde wird, während gleichzeitig der soziale Gedanke wie kein zweiter das Weltgeschehen beherrscht, beginnt ein Arbeiter-Reservat vom Schlage Australiens nachgerade wie ein Museumsstück der Weltgeschichte zu wirken. Und gleichermaßen dürfte ein staatlich konzessioniertes Weltausbeutertum, das seine als Missionare verkleideten, augenverdrehenden Agenten nach China und Innerafrika entsendet, in Kürze anfangen, weltweit Anstoß zu erregen.

Der 1. Mai 1933 machte es schließlich auch dem letzten Deutschen klar — sofern er überhaupt noch belehrbar war oder dieser Belehrung noch bedurfte —, in welchem hohem Maße das Problem der Arbeit in seiner ganzen Vielgestaltigkeit und nach seiner ganzen Weite und Tiefe an die Staatsidee, an den Lebensnerv von Volk und Staat heranreicht. Unsere deutsche Auffassung ist vielleicht gleichweit entfernt von der australischen wie von der nordamerikanischen — Grund genug, in der Stellung zur Arbeit ganz allgemein ein wichtiges Beweisstück zu erblicken für die Artung der jeweiligen Staatspersönlichkeit. —

Zurückkommend auf die von W. Ziegler geforderte „historisch-genetische Methode“ ist für den Bereich der geopolitischen Wissenschaft festzustellen, daß erst die eindringende Erforschung der Staatspersönlichkeit im Sinne neuzeitlicher Charakterkunde das nötige Gegengewicht schafft gegen eine „zu sehr naturwissenschaftliche“, d. h. am Organischen und Quantitativen haftende Betrachtung. Es geht vollends nicht an, geopolitische Vergleiche anzustellen, die sich wesentlich auf die in diesem Falle allerdings sehr beachtenswerten geographischen Tatsachen stützen, um alsdann den gesamten Fragenkreis des Ideellen — nach Abzug des rein Historischen — als „Mystik in der Wissenschaft von der Geo- und Ethnopolitik“ abzutun¹⁾. Was „irrationale, rein mathematisch nicht faßbare Kraft“, ist darum noch nicht ohne weiteres einer streng wissenschaftlichen Behandlung entzogen. Entscheidend bleibt freilich der zutreffende Oberbegriff für alle nicht dem Staatsorganismus als solchem zuzurechnenden Kräfte.

1) Ziegler, a. a. O. S. 89.

KARL HAUSHOFER:

Hans Spethmanns Werk und die Geopolitik

In gewaltigen Werkstücken — würdig der Landschaft, der hauptsächlich sein Wirken galt: des Ruhrgebiets — steht heute Hans Spethmanns Werk vor uns getürmt. Die jüngste Krönung sind die wuchtigen zwei Bände: „Das Ruhrgebiet“ (Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1933). Aber sie ist undenkbar ohne die Vorleistungen: „Zwölf Jahre Ruhrbergbau“, in fünf Bänden, deren letzter als „Ruhrkampf“ sein eigenes Leben führt, ohne die vielen anderen Arbeiten gleichen Ziels und verwandter Namengebung, und vor allem die kühnen Streitschriften um das Eigenrecht seiner Darstellungsweise, zu denen der Abschnitt XIII im Band 2 des Ruhrgebietes noch einmal überschauend Stellung nimmt.

Darin glänzt ein Leitwort auf, das gerade der Geopolitik besonders verlockend erscheint: „Die Landschaft ist etwas Lebendiges, das ist das Grundmotiv der vorliegenden Arbeit!“ — Das dünkt wohl die Mehrheit unserer Leser, wie unser beständiges Eintreten für Spethmanns Dynamik und Fingerspitzengefühl in seiner überlegenen Handhabung niederrheinischer Wirtschaftsgeographie, etwas so Selbstverständliches, daß sie sich wundern mögen, warum es mit solcher Schärfe verkündet werden muß. Aber diese Selbstverständlichkeit besteht eben noch nicht überall! Nicht überall und jedem ist es geläufig, daß die Lebenseinheit einer Landschaft nicht durch Zergliederung herausgestellt werden kann, die wohl beim Aufbau des Stoffes unentbehrlich sein mag, aber nicht, wenn der vorherrschende Bagedanke durch Zusammenschau Leben gewinnen soll. So verstehen wir vom Standpunkt der Geopolitik sehr gut, warum Hans Spethmann dem 1. Band seines jüngsten Ruhrwerks den altdeutschen Spruch voransetzt: „Wer vergang'ne Ding betracht', der gegenwärtigen hat Macht und Künft'ges draus ermassen kann — den halt' ich für ein' weisen Mann.“ Eine solche, echt geopolitische Auffassungsweise durch die stattlichen zwei Bände verfolgend, gestehen wir, daß wir kaum wissen, ob wir der feinfühligsten Betrachtung der vergangenen Dinge — namentlich der geistvollen Schilderung der Romanisierungsanläufe — die Krone zuerkennen sollen oder dem Aufkommen, Ausweiten und Aufbau des Großreviers, oder alledem, was sich für die künftige Weiterentwicklung auf und zwischen den Zeilen Spethmanns ermassen läßt.

Für die Vorausschau und Vorhersage vor allem (die Prognose) denken wir uns ja, daß der Bergbauverein einen der begabtesten deutschen Jünger der Erdkunde und der Geopolitik in seinem Bann hielt, in einem Raum, in dem so unendlich viel für die beständige vorbeugende Umwandlung der Landschaft durch den Menschen geschah und die Großsiedelung solche Triumphe feierte. Käme freilich der vorbeugenden Wissenschaft und der Umsicht der Unternehmer nicht eine so beständige, durchhaltende Rassenkraft aus dem Blut der seit mehr als zwei Jahrtausenden über diesem Boden wachenden und waltenden Menschen entgegen: sie würden vielleicht doch von der Wucht ihres Bergsegens erdrückt worden sein.

So aber beweist gerade die Ausstattung der Bände mit den sparsam verwendeten Bildern der Wirtschaftsführer dieser Landschaft, welche Kraft und Vision zugleich in diesen Köpfen steckte; und wenn wir noch einen Ergänzungswunsch an Spethmann hätten, so ginge er dahin, das Aufeinanderprallen der fränkischen und sächsischen Besiedlung, der Rheinländer und Westfalen auch noch durch Rassentypen aus den tragenden Schichten zu ergänzen. Sie würden sicher das Bild nur verstärken, das man geopolitisch aus den Bänden gewinnt, wie sehr, in übersteigerter Leistung, eine gewiß nicht nur wirtschaftlich, sondern menschlich und künstlerisch zu umfassende Landschaftseinheit im Ruhrgebiet erwuchs, die auch ihr volles politisches Eigenrecht fordert.

Das wird vielleicht auf eine, nur mit großer Kunst zu vollziehende, gewiß auch für viele schmerzliche innenpolitische Loslösung von der jetzigen Umwelt hinauskommen; aber wenn jemand zu zeigen vermochte, daß er aus tiefstem Verständnis für das eigenste Wesen der Geopolitik, „zum Gewissen der Staaten zu werden“, der rechte Mann ist, bei einer solchen Kraftprobe der Neugliederung am Niederrhein an entscheidender Stelle beratend mitzuwirken, dann ist es — Hans Spethmann.

OSKAR AUST: Weltmacht Japan

Prof. Dr. K. Haushofer, Generalmajor a. D.: Japans Reichserneuerung, Strukturwandlungen von der Meiji-Ära bis heute. Mit 6 Karten und wichtigen Anhängen, 158 Seiten, Sammlung Götschen Nr. 1025, Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1930, in Ganzleinen gebunden Preis RM. 1,80.

Prof. Dr. K. Haushofer, Generalmajor a. D.: Japans Werdegang als Weltmacht und Empire. Mit 8 Karten und wichtigen Anhängen, 152 Seiten, Sammlung Götschen Nr. 1068, Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1933, in Ganzleinen gebunden Preis RM. 1,80.

Karl Haushofer, Verfasser einer Reihe grundlegender und bahnbrechender Werke über die mit der alten asiatischen Kulturwelt und insbesondere mit dem Pazifik zusammenhängenden Weltprobleme, muß es warm gedankt werden, daß er aus seinem umfassenden Wissen und seinen in Ostasien selbst, zum Teil in enger Fühlungnahme mit japanischen Staatsmännern gesammelten Erfahrungen dem Kreis derjenigen, die an den geschichtsbildenden Geschehnissen im Sturmfeld der Welt Anteil nehmen, zwecks schneller und gewissenhafter Orientierung diese beiden handlichen Bändchen darbietet.

Den Kern, die Seele, die uralte Volksseele Japans entschleiert uns Haushofer mit bewundernswertem Geschick. Haben wir diese erkannt, dann vermögen wir bis zu einem verhältnismäßig weitgehenden Maße im voraus den Gang des Völkergeschehens zu erschauen, wie es auch Haushofer hier versucht. Die Nichtbeachtung dieser Wahrheit, die Nichtkenntnis der asiatischen Geschichte und der Psyche der asiatischen Völker, insbesondere des japanischen, hat doch gerade Deutschland schon schwere Fehlgriffe, vermeidbare Enttäuschungen und Verluste genug gebracht!

Einer kunstvollen Verschlingung von Uralt und Neu sehen wir uns bei dem Gegenstand der beiden Schriften gegenübergestellt: ein Volk, seit zweiundeinhalb Jahrtausenden unbesiegt, Träger eines mächtigen Kulturreiches schon zu Zeiten der Römer, versank nach wechselvollen inneren Schicksalen für mehr als zwei Jahrhunderte in einen so tiefen Dornröschenschlaf, daß selbst die Auswanderung, bis 1854 (!), mit schwerer Todesstrafe bedroht und der Bau von Schiffen für große Fahrt ebenso wie fast jegliche Verbindung mit der Umwelt auf das peinlichste unterbunden war. Gestählt an innerer, an seelischer Kraft, wie von einem Zauberstabe berührt, hat Japan sich dann innerhalb nur eines biblischen Menschenalters mit der gesamten westlichen Zivilisation „bepanzert“. Zum zweitenmal in seiner Geschichte ist es in ein fremdes Kulturgewand geschlüpft — um doch letztlich nur seine Eigenart, seine Seele und seine bedrohte nationale Unabhängigkeit unverletzt zu bewahren.

Auf knappstem Raum führt Haushofer uns dies alles, plastisch, spannend und doch wissenschaftlich, zum Bewußtsein. Geographisch, staats- und verfassungspolitisch, allgemein historisch sowie staats-, kultur- und wirtschaftsgeschichtlich, völkerkundlich, rassenpolitisch und bevölkerungspolitisch, mit einem Wort geopolitisch begründet er den leitenden Gedanken: Kultur und Lebensinhalt, ja Religion des Japaners ist der Patriotismus, die Liebe zur angestammten Heimat und das unermüdliche Streben, die ruhmreiche Entwicklung seines Vaterlandes in alle Zukunft fortzuführen.

Ich möchte dieser ebenso ernsten wie zeitgemäßen Lehre und Warnung mit Worten des japanischen Staatsmanns Sabori in seinem Werk über „Japans Lage und Fernostpolitik“ Ausdruck geben: „Der Osten — nicht länger passiv, sondern mehr und mehr seiner selbst bewußt werdend — bestreitet mehr und mehr die Herrschaft des Westens!“

HANS HUMMEL: Büchertafel

Volkswirtschaft und Weltwirtschaft

1. **Karl C. Thalheim hrsg.:** Das ABC der Volkswirtschaft. 325 S. Seemann, Leipzig 1934. Geb. 5,— RM.

Th., W. Große, H. Jecht, W. Ramin und der den Lesern der „Geopolitik“ altbekannte G. Herrmann haben unter den 1200 Stichwörtern dieses einzigartigen Lexikons alles zusammengetragen, was den Laien in Fragen der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik interessieren muß. Sie haben scharf die Spreu vom Weizen gesondert und so ein knappes, leicht zu gebrauchendes Handbuch geschaffen, das sich auch ausführlich mit den Problemen beschäftigt, die durch die nationale Revolution tägliche Fragestellungen geworden sind.

2. **Ludwig Reiners:** Die wirkliche Wirtschaft. 2 Bde., 304 und 300 S., 75 und 49 Diagr. Beck, München 1933.

In anderer Form als (1) versucht R. dem Laien die Tagesprobleme der Wirtschaft zu erklären und ihre theoretischen und geschichtlichen Hintergründe aufzuzeigen. Der 1. Bd., dessen 4. Aufl. hier vorliegt, ist vor der nationalen Revolution geschrieben. Wir weisen besonders auf die Kapitel über Bevölkerungspolitik, das Arbeitslosenproblem, die Verflechtung der Wirtschaft und die soziale Schichtung hin. Der 2. (Ergänzungs-) Bd. behandelt ausführlich die Agrar- und Siedlungspolitik, gibt einen Überblick über die sowjetische Wirtschaft und klingt in einen Ausblick über die Formen einer nationalen Wirtschaftspolitik aus. Besonders zu begrüßen sind die klaren, eindeutigen Diagramme, die das Verständnis des an sich schon voraussetzungslosen Handbuchs noch erleichtern.

3. **E. S. von Oelsen:** Währungen, Maße, Gewichte der ganzen Welt. 93 S., 3 Tab. Seidel, Wien 1933. Geh. 2,40, geb. 3,— RM.

Ein unentbehrliches Handbuch, das mühe-los alle ausländischen, oft sehr differenzierten Flächen-, Raum-, Längen- und Gewichtsmaße in das metrische System übersetzt. Außerdem genaue Angaben über Paritäten der Währungen aller Länder.

4. **Julius Werner:** Wissenschaft und Technik. 54 S. Rohrer, Brünn 1933. Geh. 1,20 RM.

Hoffentlich bleibt der Gedanke der Technikokratie auf den kleinen Kreis von Menschen beschränkt, denen Geistigkeit und Seele, Ehrfurcht und Sehnsucht, Rassenstolz und Kamp-

fesfreude abhanden gekommen sind. Gott bewahre uns vor einer „Hierarchie“ der Technik und der exakten Wissenschaften, damit wir uns unser ewig neues Kampfleben bewahren.

5. **Paul Mannewitz u. Gerhard Tischer:** Weltbefriedung und Wirtschaftsaufbau. 52 S. Neuzeitverlag, Leipzig 1933. Br. 1,— RM.

Eine Kampfschrift von NS-Seite gegen Kapital und Zinsherrschaft. M. erklärt ausführlich den Wert der Boden- und Verkehrsverbesserungsarbeiten. Kampf der Landnot und der Bauernnot durch eine langsame Tilgung des Kapitals überhaupt! Ein mit heißem Herzen geschriebenes Heft.

6. **Wilhelm Rehm:** Der deutsche Mensch in der Wirtschaft. 160 S. Soziale Erneuerung, Leipzig 1933.

Untertitel: Wenn ich der Kanzler wär! Wenn R. der Kanzler wäre, würden wir fortwursteln, würden weiter dem Staat noch gerade die Rechte des Nachtwächters zuerkennen, würden allerdings unsere private Freiheit behalten, die aber der Deutsche gern der Nation opfert. Aufgewärmter Liberalismus!

7. **Michael Mundorf:** Vorschläge zur wirtschaftlichen Neuorganisation Europas. 73 S. Triltsch, Würzburg 1933. Kt. 3,— RM.

Kurzer Abriss aller seit dem Kriege gemachten Vorschläge zur wirtschaftlichen Reorganisation Europas. Ein nützliches Überblicksbild einer irreführenden Wirtschaft.

8. **Otto Schlier:** Ausbau der europäischen Industrie nach dem Kriege. Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, Teil I, 1. H. 56 S., 2 Karten. Junker & Dünnhaupt, Berlin 1932. Br. 2,80 RM.

Auswertung der europäischen Industriestatistik nach dem Standorts- und Absatzproblem. Die Gliederung wird nach material-, konsum- und arbeitsorientierten Industrien durchgeführt und mit reichem statistischem Material belegt.

9. **Jos. Hellauer:** Die Europäisierung des Überseehandels. 15 S. Bechhold, Frankfurt a. M. 1933. Geh. 0,80 RM.

H. weist in einer Reichsgründungsrede auf die Veränderungen der Betriebswirtschaft im Überseehandel hin, die eine schnelle Angliederung an den europäischen Handel erkennen lassen. „Je mehr sich die Welt europäisiert, desto weniger wichtig wird Europa für die Welt.“ Zwar eine alte Weisheit, aber hier einmal von der Betriebswirtschaft her nachgewiesen.

10. **Christian Eckert:** Englands Aufstieg und Gefährdung in der Weltwirtschaft. Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, H. 19. 66 S. Junker & Dünhaupt, Berlin 1932. Br. 2,80 RM.

In gedrängter Form gibt E. ein Bild der Wirtschaftsentwicklung Englands seit seinem Eintritt in die Reihe der Kolonialmächte, um dann ausführlich auf die Krise der englischen Volkswirtschaft in der Nachkriegszeit einzugehen und die Umbaupläne der Wirtschaft des Britischen Weltreiches zu erklären.

11. **H. H. von Schneidewind:** Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika. 170 S. Triltsch, Würzburg 1933. Kt. 4,— RM.

Ein sehr brauchbares Buch der realen Tatsachen der amerikanischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Die soziologischen und politischen Kräfte der USA. werden vom wirtschaftlichen Blickwinkel gesehen. Eine Übersicht gibt die wichtigsten Verflechtungen der USA-Wirtschaft mit dem Auslande an.

12. **Max Meisner hrsg.:** Die Versorgung der Weltwirtschaft mit Bergwerkserzeugnissen, II. 1920—1930. 443 S., 187 Tab., 93 Diagr. Enke, Stuttgart 1932. Geh. 47,— RM., geb. 49,— RM.

Die von der Preußischen Geologischen Landesanstalt herausgegebene Weltmontanstatistik ist ein unentbehrliches wirtschaftsgeographisches Hilfsmittel, das in unglaublicher Fülle und Genauigkeit Weltproduktion und Welthandel mit allen denkbaren Bergwerkserzeugnissen bis zum Titan und Lithium verzeichnet, eine statistische Arbeit, wie sie wohl nur in Deutschland erscheinen kann. Übersichtliche Wirtschaftskarten und Diagramme geben die Einleitung in die einzelnen Kapitel, die nach den Stoffen (Kohlen, Erdöle, Salze, Erze, Nichterze) gegliedert sind. Politische Weltfragen lassen sich hier aus den Zahlen ablesen, sei es der Kampf der Rohstoffe, sei es die wachsende Weltwirtschaftskrise.

Reinhold Lorenz: Türkenjahr 1683. Das Reich im Kampf um den Ostraum. 272 S., 16 Abb. Braumüller, Wien-Leipzig 1933. Geb. RM. 5.—.

Man nimmt das Buch etwas skeptisch zur Hand. Die Türkenbelagerungsliteratur ist nachgerade zu einer Bibliothek angewachsen. Man ist geneigt, das Buch von Lorenz a priori unangelesen wegzulegen. Aber schon die Widmung an „Heinrich Ritter von Srbik als Baustein für eine gesamtdeutsche Geschichtsauffassung“ stimmt nachdenklich, und das eine weite geschichtliche Schau verratende Inhalts-

13. **Alfred Thoran:** Die Erdölversorgung unter dem Einfluß der geographischen Verhältnisse der Förderländer. 152 S., 7 Karten. Teubner, Leipzig u. Berlin 1932. Kt. 6,— RM.

Th. hat ein bestimmtes Schema, nach dem er die Bindung zwischen dem Förderland mit allen seinen geographischen und geopolitischen Faktoren und der Erdölproduktion nachzuweisen sucht. Dieses Schema wird leider oft so stark durchgeführt, daß die Übersicht über manche Länder eher einer Dreiseitenländerkunde gleicht, als dem Thema gerecht wird. Die Abschnitte über die Verkehrslage der Förder- und Verbrauchsländer sind sehr anschaulich und mit guten Karten versehen.

14. **Herbert Merx:** Der Kaffeeanbau auf Sumatra. Veröff. d. geogr. Sem. d. Univ. Leipzig, H. 6. 142 S. Beltz, Langensalza 1931. Br. 7,50 RM.

M. geht von der geographischen Eignung Sumatras als Kaffeeanbaugbiet aus und bespricht im Hauptteil die gegenwärtige Lage des Kaffeebaus auf Sumatra, ohne zu stark auf die marktwirtschaftlichen Probleme, die gerade beim Kaffee außerordentlich verwickelt sind, einzugehen. Dadurch bleibt der Rahmen einer rein wirtschaftsgeographischen Arbeit, die durch erhebliches Zahlenmaterial und einwandfreie Quellen gestützt wird, erhalten.

15. **Gustav Karl Hübner:** Der Kautschuk. 258 S., 7 Karten, 2 Diagr. Chemisch-technischer Verlag, Berlin-Steglitz 1934. Geb. 15,— RM.

Nach einem historischen und botanisch-physikalischen Überblick kommt H. auf die allgemeine Entwicklung der Kautschukweltwirtschaft zu sprechen, auf den Kampf zwischen Wild- und Plantagenkautschuk, den Stevenson-Plan, das britische Weltmonopol und den Kampf der USA. gegen England. Der zweite Abschnitt bringt die Aufzählung der Produktionsgebiete mit hervorragendem statistischem Material, der dritte die Versorgungsfragen, den Kautschukwelthandel. 320 wichtige Quellen sind im Literaturverzeichnis angegeben.

verzeichnis überrascht bereits: das Buch ist der erste großangelegte und tatsächlich auch gelungene Versuch, das politische Geschehen des 17. Jahrhunderts bis zur dramatischen Zuspitzung von 1683 nach geopolitischen, großräumlichen Gesichtspunkten zu sehen.

Klar die Herausarbeitung der Rolle Wiens: „Wenn (Deutschland) geopolitisch in die von drei oder vier Strömen bestimmten Verkehrsräume zerfiel, so ist Wien der einzige Punkt gewesen, in dem sich die süddeutsche Verkehrsader der oberen Donau mit der verlängerten westdeutschen Rhein-Main-Linie und

der nordostdeutschen Elbe- und Oderlinie schnitt.“ Diese Lage Wiens mußte entscheidend auf die Reichspolitik einwirken. Sehr wertvoll erscheint die lebendige Schilderung der eigenartigen rechtlichen Verfassung des Reiches, dessen Idee das eigentlich bindende Moment war, wichtig der Blick hinter die Kulissen in die türkisch-asiatischen Räume und ihre treibenden Kräfte, aufschlußreich die Behandlung des „Ostraums“. Was uns aber das Buch als eines der bedeutendsten Erzeugnisse der politischen Literatur der letzten Zeit erscheinen läßt, ist die Darstellung der französischen Politik, deren Konzeption in größtem Rahmen erfaßt und in Schwarz-Weiß, aber absolut eindeutig scharf umrissen wird. In den Detailschilderungen wird der Leser immer wieder auf die schon damals virtuos gehandhabte französische Ostpolitik hingewiesen, die ihre realpolitischen Fäden bis hinüber zu den Tatarenchanen spannt und nichts an Sichtweite der römischen Konzeption nachgab, die sogar bis zum Versuch eines persischen Bündnisses gegen die Türkei kam. Es steckt alte, sehr alte Tradition in dem Bau der Kleinen Entente...

Man ist über diese raumweite Schau und die schlaglichtartige Behandlung eines kurzen, aber ereignisreichen Abschnitts der deutschen Geschichte mit ihren Kräften und Gegenkräften fast geneigt, dem Verfasser allzu stark überspitzte „Austriazismen“ zu verzeihen, die ja übrigens zwecklos sind, weil der Ballhausplatz sie zu seiner Rechtfertigung nur im Falle „gesamtdeutscher Geschichtsbetrachtung“ heranziehen könnte! Ein ausgezeichnetes Literaturverzeichnis ergänzt den Text des Buches.

Walter Hagemann: Richelieu's politisches Testament. 300 Jahre europäischer Unsicherheit. Heymann, Berlin 1934. RM. 3.—.

In gedrängter Kürze eine Zusammenstellung der traditionellen Territorialpolitik Frankreichs gegenüber seinem mitteleuropäischen Nachbarn. 10 geopolitische Karten unterstützen im Verein mit einer Reihe nicht immer glücklich

gewählter Bilder den Text. Gut ist die vergleichende Tabelle „Folgen der Friedensverträge von 1815, 1871, 1919“. Dagegen scheint uns die französische Ostraumpolitik etwas zu kurz gekommen zu sein, auch in den Karten.

Staatsminister Dr. Hartnacke: Unter-gang oder Kampf für neues Leben? Die Grundlagen unserer geistigen Zukunft. Quelle & Meyer, Leipzig 1934.

Die kleine Schrift, die gewissermaßen ein Arbeitsbekenntnis des Verfassers ist, gehört deshalb zu den bedeutenderen bevölkerungspolitischen Schriften, weil sie die biologische Förderung der Geburtenvermehrung in den Vordergrund stellt. Der Kampf gegen das Bildungsübermaß und gegen die Bildungsüberschätzung ist vielleicht die wichtigste Aufgabe bei der Lösung der Bevölkerungsfrage, die mit steuerpolitischen Mitteln allein, wie uns das Beispiel der angusteischen und französischen Gesetzgebung lehrt, nicht gelöst werden kann.

Bei einigen Ansichten des Verfassers können wir allerdings nicht ganz mitgehen: für uns ist der Japaner keineswegs zu den Halbzivilisierten zu rechnen; das wäre ein kultureller und politischer Irrtum, der sich u. U. auch an Mitteleuropa rächen könnte.

Gedenkschrift zum hundertsten Jahrestag der Errichtung des Deutschen Zollvereins. Herausgegeben vom Reichsfinanzministerium, Berlin 1934.

Eine übersichtliche Zusammenstellung der geschichtlichen Vorgänge um die Bildung des Deutschen Zollvereins, wie sie allerdings in jedem besseren Geschichtswerk zu finden ist. Man vermißt eine kritische Behandlung, die z. B. an Hand der Rolle Kurhessens gleichzeitig gute außenpolitische Aufklärungsarbeit auch für unsere Zeit liefern könnte. Bedenklich, daß auf die Darstellung der Entwicklung der Verbrauchssteuern die Hälfte des Buchumfanges verwandt wird. Der Deutsche Zollverein kann doch wohl auch von anderen Gesichtspunkten gesehen werden!

Rupert von Schumacher.

EIN ENGLÄNDER ÜBER DEN LIBERALISMUS

Wir haben von Christus gelernt, nicht nach dem Enderfolge zu urteilen, sondern „sie an ihren Früchten zu erkennen“. Gewiß ist diese schlichte Prüfungsmethode auch auf die Bekenner des Liberalismus anwendbar. Habt ihr getan, was ihr zu tun versprochen habt? Ihr habt versprochen, das Reich der Vernunft zu gründen, den Menschen frei zu machen, den Krieg abzuschaffen. Versprochen, ihr würdet den Menschen so führen, daß er sein wahres Erbe antrete, das Gottesreich auf Erden. Nichts von alledem ist in Erfüllung gegangen. Ihr hattet also entweder von Anfang an ein nicht zu verwirklichendes Programm und seid dann Betrogene oder Lügner gewesen, oder die Dinge sind euch über den Kopf gewachsen. In diesem Falle wart ihr Feiglinge. Die Menschen gehorchen aber auf die Dauer den Geboten von Lügnern oder Feiglingen nicht, die sich selbst dazu bekannt haben. Sie wenden sich, wie von anderem, auch vom Liberalismus ab.

★

Der Liberale verstand sich aber nicht darauf, Krieg zu führen. Selbst ein gerechter, notwendiger und erfolgreicher Krieg verursachte ihm beschämende Wissensbisse. Wie eine alte Jungfer, die sich bestimmen läßt, ein paar Tage in Brighton zuzubringen und dann im Zustand großer Angeregtheit und bedeutender Erweiterung ihres Gesichtskreises heimkehrt, dennoch eine verneinende Gegenregung und Widerwillen gegen ihre Stranderlebnisse verspürt und sich vornimmt, nie wieder, wenigstens bis zum nächsten Male, einen solchen Fehltritt zu begehen, so führte auch die liberale Partei, wenn sie Krieg führen mußte, ihre Feldzüge in der Weise, als schämte sie sich, und ließ nichts unversucht, sie baldigst zu beenden, koste es auch die Preisgabe jener falschen Götter, wie nationale Würde, Treu und Glauben. Leben und Ehre der im Feld Stehenden waren dabei billig wie Brombeeren. War der Krieg beendet, tat man, als sei es nie dazu gekommen.

★

Mein aufrichtiger Rat für den Staatsmann wäre dieser: Lieber gar nicht als mit halber Kraft einschreiten. Muß ein Huhn getötet wer-

den, so bedarfs nur etlicher Drehungen und eines Zugs, und die Sache ist abgetan. Man kann schließlich auch Rosenkohl essen und die Hühner in Ruhe lassen. Aber nur nicht versuchsweise und mit allerlei Humanitätsbedenken an dem armen Tiere stundenlang herumzupfen und rupfen, bis es gar nicht mehr zu essen ist. Repressivmaßregeln, die reizen und nicht ganz niederschlagen, sind nur grausam. Eine mit liberalen Gedanken arbeitende Regierung aber befand sich in der Zwangslage, entweder mit aller Strenge strafend einzuschreiten oder offene Zugeständnisse zu machen.

★

Die mit allgemeiner Volksbildung verbundene Gefahr liegt nicht an der Oberfläche. Eine Einrichtung dieser Art nötigt die Nation, vom Kapital zu leben. Ist die Ausbildung eine durchgängige, allgemeine, so werden die jungen Leute nach Beendigung ihrer Ausbildung Anstellungen suchen und erreichen, die ihren Fähigkeiten und besonderen Schulungen entsprechen. In einem Lande, wo es keinen Bauernstand gibt, bedeutet das aber für die fähigeren Köpfe städtische Berufe. Nun ist aber das Stadtleben bekanntlich der Kindererzeugung abträglich. Daraus ergibt sich, daß wir ein Auslese-system geschaffen haben, wonach die Fähigeren teilweise zur Unfruchtbarkeit bestimmt sind, während das Fortpflanzungsgeschäft hauptsächlich den tieferen Schichten überlassen bleibt. Die Fähigkeiten aber vererben sich. Werden somit die Fähigeren entmutigt, sich fortzupflanzen, und umgekehrt die Unfähigeren dazu ermutigt, so geraten wir in den Abgrund.

★

Wir leben in einer Übergangszeit. Noch ist der letzte Sonnenuntergang nicht gewesen, das letzte Kapitel nicht geschrieben. Jene schöpferische Urkraft, deren Energien in so vielen Bezirken so mächtig wirksam sind, sie wird sich auch im Bezirk des Politischen und Gesellschaftlichen offenbaren. Dann wird der Mensch sein Schmachgewand mitsamt den Läusen verbrennen. Diese wohlthätige Wendung der Dinge werde ich freilich nicht erleben. Der Jugend aber möchte ich zurufen: „Hoch die Herzen! Ich kündige Euch noch edlere Kämpfe.“

CARTHILL / DIE ERBSCHAFT DES LIBERALISMUS

Leinen M. 4.80

erschien **1926**

eingeleitet vom damaligen Reichswehrminister Geßler im
KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

Hier abschneiden und einbinden
Aus dem **KURT VOWINCKEL VERLAG** erbitte ich durch die Buchhandlung
☐ **CARTHILL: Erbschaft des Liberalismus.** M. 4.80
☐ **BURGÖRPER: Volk ohne Jugend.** Kart. M. 5.50
☐ desgl. Leinen M. 7.50
Name: _____
Anschrift: _____

FRIEDRICH BURGDÖRFER

Volk ohne Jugend

**Geburtenschwund und Überalterung
des deutschen Volkskörpers**

9. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik

8°, 500 S. Text, 30 graph. Darstellungen

2. Auflage

ergänzt, erweitert, billiger:

Kartoniert M. 5.50

In Leinen M. 7.50

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.